

**Interview:**

**Kein Ende abzusehen**

WIFO-Experte Stephan Schulmeister über die aktuelle Krise

8

**Schwerpunkt:**

**Die Abkassierer**

Von den Beschäftigten werden Opfer verlangt, die Manager kassieren

26

**Schwerpunkt:**

**Gegen Korruption**

Bulgarien wurden von der EU jetzt Fördergelder gestrichen

40

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 7–8 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



## Wo ist das Geld?

ab Seite 8



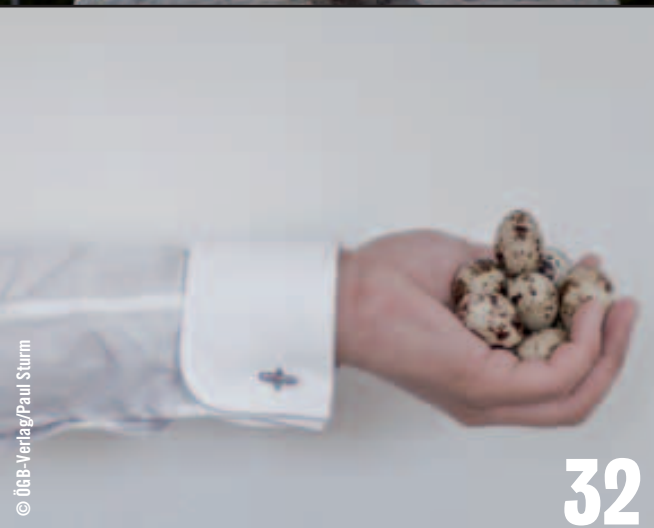
8

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



26

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



32

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



34

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Schwerpunkt:

### Reich und reicher

12

4.400.000.000.000 Dollar betrug 2008 das gemeinsame Geldvermögen der reichsten Menschen der Welt. 2009 nur mehr 2,4 Bill.

### Inseln ohne Palmen

14

Steueroasen und die Steuervermeidungsstrategien sind für die Finanzmarktkrise mitverantwortlich.

### Bei uns geht man stiften

16

Österreich ist eine Steueroase. Nicht dass rundum Wüste wäre, aber bei uns kann »Geld« besser wachsen, dank Privatstiftungen.

### Das 134 Mrd. Dollar Ding

18

Im Juni haben zwei Männer versucht Wertpapiere für Mrd. Euro in die Schweiz zu schmuggeln. Jetzt will niemand etwas wissen.

### Scheinheilig

20

Der Tanz ums goldene Kalb: TheologInnen sehen mittlerweile im Kapitalismus die erste weltumspannende Religion.

### Kulturtechnik Geld

22

Geld und Zahl sind in unserer Sprache eng miteinander verwoben. Ohne Rechnen ist unsere Zivilisation unvorstellbar.

### Kaufen und aussaugen

24

Die Gewerkschaften verlangen eine effektive Regulierung von Private Equity Fonds, die Firmen aufkaufen.

### Die süßesten Früchte ...

26

Steigende Gehälter für Manager, hohe Ausschüttungen für Aktionäre, Kurzarbeit und Kündigungen für die Beschäftigten.

### Sag mir wo das Geld ist ...

28

Ob AUA, Post oder Telekom: angeblich überall kein Geld da, weshalb gespart und Personal reduziert werden müsse. Wirklich?

### Ende der Talfahrt

30

Aber kein Ende der Krise? Auf die wirtschaftliche Stabilisierung müssen deutliche Wachstumsimpulse folgen.

### Alle wollen Wachteleier

32

Die Armut in Österreich wächst. Der Reichtum ebenso. Genaue Daten liegen nicht vor.

**Biographie des Geldes 34**

Geld bringt Vorteile, aber auch große Nachteile wie die Entkopplung von Wert und Wertschätzung.

**Die anderen Banken 36**

Wenn etablierte Banken Kredite verweigern, bieten in Österreich und auch international Banken Hilfe zur Selbsthilfe.

**Die Kosten der Krise ... 38**

... tragen wir alle. Die Ursachen liegen in Ungleichheit, Ungleichgewicht und Unvernunft.

**Korruptionsgefährdet 40**

Erstmals in der EU-Geschichte wurden einem Mitglied – nämlich Bulgarien – Fördermittel gestrichen. Ein Grund: Korruption.

**Interview:****Am Beginn des 2. Aktes 8**

WIFO-Experte Stephan Schulmeister über den Stand der Krise, Hirten und Schafe sowie seine Ansichten zum Thema Kurzarbeit.

**Wirtschaft&Arbeitsmarkt:****Verbraucherpreise 39****Standards:****Standpunkt: Das liebe Geld 4****Veranstaltung: Arbeit und Alter 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Das Elend anderer... 11****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Internationales:****Krise des Nordens 42****Noch Hoffnungsträger? 44**

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

**Geld regiert die Welt****Redaktion intern**

Erst langsam wird uns allen der volle Umfang der aktuellen Wirtschaftskrise bewusst. Es ist nur sehr schwer vorstellbar, wieviel Geld durch Spekulation wo verschwunden ist. Deshalb fragen wir in der Sommerausgabe der »Arbeit&Wirtschaft«, Nr. 7-8/2009: »Wo ist das Geld?«

Diese Frage haben wir auch an WIFO-Experten Stephan Schulmeister gestellt. Seine Antwort war ebenso kurz, wie erschreckend: »Es ist weg.« In unserem Interview ab Seite 8 erklärt er, wie es zur Krise kommen konnte und dass ein Ende noch nicht abzusehen ist.

Am Anfang der Krise standen auch Steuervermeidungsstrategien und Steueroasen – jetzt wäre es dringend notwendig, den Faktor Arbeit endlich steuerlich zu entlasten (Seite 16).

Mitte Juni wurden in Italien zwei Männer beim Versuch 134 Mrd. Dollar in Wertpapieren in die Schweiz zu schmuggeln verhaftet. plötzlich liest man kaum mehr etwas darüber – wir fassen ab Seite 18 zusammen.

Ab Seite 22 macht sich Philosophieprofessor Wolfgang Pircher Gedanken über die Kulturtechnik Geld.

Die wirtschaftlich angespannte Lage im Norden hat ihre Auswirkungen auf die ärmeren Länder des Südens (Seite 42). Und ab Seite 44 stellen wir uns die Frage, ob US-Präsident Obama noch Hoffnungsträger ist.

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegh.at](mailto:aw@oegh.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee



# Standpunkt

## Das liebe Geld

**Ü**ber Geld spricht man nicht, das hat man«, sagt man hierzulande gerne und hält sich auch daran. Sogar diejenigen, die keines haben. Aber sprechen wir doch einmal über Geld: »Entscheidend sind die Funktionen des Geldes, unabhängig davon, in welcher Form sie sich darstellen. Geld dient 1. als Mittel zum Tausch, als solches ist es 2. Maßstab für den Wert eines Gutes und es ermöglicht 3. Werte über längere Zeit aufzubewahren. Geld ist Tauschmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel«, definiert die Österreichische Nationalbank auf ihrer Homepage.

### Geld erfüllt unsere Träume

Wir bekommen Geld im Tausch gegen Güter und Leistungen und tauschen es wiederum gegen Güter und Leistungen. Wir brauchen Geld zum Leben. Wir tauschen es gegen Kleidung und Lebensmittel. Geld gibt uns ein Dach über dem Kopf und bringt uns von A nach B. Und Geld erfüllt unsere Wünsche und Träume: bessere Kleidung, bessere Lebensmittel, ein Haus, eine Reise. Wir kaufen uns Sicherheit, Fürsorge und/oder Macht. Liebe kann man sich vielleicht tatsächlich nicht kaufen, aber wohl etwas, was ihr ziemlich ähnlich sieht. Denn Geld ist auch ein Wertmaßstab und Liebe ist ein Wert. Mit Geld drücken wir aus, wie viel

uns etwas oder jemand wert ist – am Markt wie auch im emotionalen Umfeld. Wir messen unseren Wert zu oft, an dem was wir verdienen und demonstrieren ihn mit dem, was wir uns leisten können. Das prägt unser Leben sogar im familiären Rahmen vom Taschengeld, Zeugnisgeld über Weihnachts- oder Geburtstagsgeschenke, Verlobungs- oder Ehering bis hin zum Testament, indem wir ein letztes Mal erklären können, wer uns was wert ist.

Das können wir, weil wir Geld längere Zeit aufbewahren können. Wir können es zu Hause unter dem Kopfpolster verstecken, es im Garten vergraben oder einer Bank geben. Die verlangt nichts dafür, dass sie unser Geld aufbewahrt, sie zahlt sogar etwas. Nämlich dann, wenn sie unser Geld »arbeiten« lässt. Immer öfter wird Geld auch gegen Geld getauscht.

Dann hat Geld längst schon nicht mehr seine gewohnte Form in Münzen und Papierscheinen. Wir müssen Geld nicht mehr wiegen, sehen und fühlen, wir haben gelernt an Geld zu glauben. Und akzeptieren es nun auch in Gestalt von Aktien und Wertpapieren, Fonds und Börsenkursen, reduziert auf Zahlen.

»Jedes Gut kann Geld sein, sobald es durch Gewohnheit oder soziale Übereinkunft und positive Erfahrung als solches akzeptiert wird,« erklärt die Österreichische Nationalbank weiter: »Die Voraussetzung dafür ist das Vertrauen in seinen

Wert und seine Stabilität.« Dieses Vertrauen ist aber vielen von uns mittlerweile verloren gegangen – vielleicht auch, weil es immer schwerer wird, sich Werte hinter all den Zahlen vorzustellen. In den letzten Jahrzehnten haben Menschen auf den internationalen Finanzmärkten für uns alle kaum nachvollziehbare Gewinne gemacht. Sie haben Besitz angehäuft, den man in einem Leben kaum nutzen noch genießen kann.

In den letzten Monaten wurden auf den internationalen Finanzmärkten immense Verluste gemacht. Sehr viel Geld ist weg, auch das kaum vorstellbar, wären da nicht Millionen Obdachlose in den USA, deren Traum vom Eigenheim geplatzt ist und tausende Arbeitslose weltweit, die ohne ihr eigenes Zutun um ihr Einkommen gekommen sind.

### Höchste Zeit über Geld zu reden

Stillschweigend wurde viel Geld in den letzten Jahren verzockt: Nicht nur Einzelne hofften auf den schnellen Gewinn, Gemeinden, Länder, die Bundesbahnen, sogar die Bundesfinanzierungsbehörde – sie alle haben beim großen Finanzmarktpoker mitgespielt, ohne große Worte, auch mit unserem Geld. Damit das nicht wieder passiert, ist es höchste Zeit, dass wir anfangen über Geld zu reden – solange wir noch eines haben.

# Arbeit und Alter

**Gesund und produktiv älter werden im Betrieb ist möglich – das war das Ergebnis einer Podiumsdiskussion der Sozialpartner Anfang Juli in der ÖGB-Fachbuchhandlung.**

**Österreichs Bevölkerung und Arbeitskräfte** werden älter. In den Betrieben ist mittlerweile jeder zweite Mitarbeiter bzw. jede zweite Mitarbeiterin über 40 Jahre alt – Tendenz steigend. Und wir alle wollen – nicht zuletzt im Umfeld unserer beruflichen Tätigkeiten – möglichst gut älter werden. Sicher ist auch: Die Wirtschaft braucht das Wissen und die Fachkenntnisse der Älteren. Für die MitarbeiterInnen ist eine altersgerechte Arbeitswelt eine wichtige Voraussetzung, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in jeder Lebenszyklusphase produktiv und sinnvoll einzusetzen. Für die Volkswirtschaft ist

eine möglichst lange und produktive Beschäftigung ein wichtiger Eckpfeiler für Wettbewerbsfähigkeit und Finanzierung des Sozialstaates.

Die Sozialpartnerveranstaltung zeigte, wie diese Tatsachen und Ansprüche in den Alltag österreichischer Betriebe einzug halten können, sodass die Umsetzung auf selbstverständliche Weise zum Vorteil aller Beteiligten führt. Ziel der Veranstaltung war es, konkrete Möglichkeiten der Umsetzung altersgerechter Arbeitsgestaltung aufzuzeigen und auf den Nutzen und die Notwendigkeit von vermehrtem Engagement in Fragen der Arbeitsorga-

**W E B L I N K S**

Info-Website Arbeit und Alter:  
[www.arbeitundalter.at](http://www.arbeitundalter.at)

nisation, Gesundheit und Weiterbildung von MitarbeiterInnen jeden Alters hinzuweisen.

Die Veranstaltung bot den zahlreichen Gästen Informationen, Anregungen und positive Beispiele aus dem betrieblichen Alltag sowie die Präsentation der Informations-Website [www.arbeitundalter.at](http://www.arbeitundalter.at)



Manfred Arthaber, Leiter der ÖGB-Fachbuchhandlung, freute sich, so viele Interessierte begrüßen zu dürfen.



Einleitende Worte sprach Mag. Christine Schwanke vom Institut für Humanökologische Unternehmensführung (IBG).



Mag. Helene Pumm zuständig für Personalentwicklung und Recruiting in der Erste Bank mit Moderatorin Bettina Kerschbaumer.



Am Podium: Dr. Martin Gleitsmann (WKÖ), Mag. Bernhard Achitz (ÖGB), Mag. Alice Kundtner (AK), Dr. Wolfgang Tritremmel (IV).

## IMPRESSUM

## Redaktion »Arbeit&amp;Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,  
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

## Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

## Redaktionskomitee

Arthur Ficzkó (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,  
Alexander Schneider, Erik Türk

## Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

## Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Mag. Lucia Bauer,  
Mag. Ruth Bauer, Mag. Kai Biehl, Mag. Martin Bolkovac, Astrid  
Fadler, Andreas Gjecaj, Dr. Barbara Lavaud, Dr. Wilfried Leisch,  
Mag. Gertraud Lunzer, Dr. Franz Mangelberger, Mag. Gabriele  
Müller, Mag. David Mum, Maja Nizamov, Mag. Markus Oberrauter,  
Dr. Brigitte Pellar, Dr. Wolfgang Pircher, Mag. Reinhold Russinger,  
Mag. Martin Saringer, Dr. Ulrich Schönbauer, Dr. Robert Stöger,  
Mag. Christina Wieser, Mag. Josef Zuckerstätter

## Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

## Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

## Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

## Arbeiterkammer:

## Datenspuren im Web

## Facebook &amp; Co: Sorgsam mit persönlichen Daten umgehen!

**Web 2.0-Plattformen**, also soziale Netzwerke wie Facebook oder MySpace, boomen. Weltweit sind nach Betreiberangaben allein bei Facebook 200 Mio. Menschen angemeldet, rund 500.000 davon in Österreich. Ein neuer AK Ratgeber »Soziale Netzwerke im Internet« gibt Tipps, wie NutzerInnen ihre Privatsphäre schützen können.

Weltweit im Netz Kontakte knüpfen, sich selbst durch ein Profil darstellen oder einen digitalen Treffpunkt zu haben, das sind einige Vorteile der sozialen Netzwerkplattformen.

Aber DatenschützerInnen sorgen sich zunehmend, wie freizügig NutzerInnen bei Angaben über sich oder andere sind und wie einfach das Anlegen von kommerziellen Interessens- und Verhaltensprofilen über Einzelne ist. Und noch immer wird vergessen, dass das Gedächtnis des Internets lang ist. Veröffentlichte

Bilder und Texte sind oft nur noch schwer zu entfernen. Netzwerke – zuletzt Facebook – sind auch Ziel von Phishing-Angriffen: Mails mit versteckten Programmen werden in Umlauf gebracht, die die Login-Daten und Informationen von UserInnen ausspähen.

Die AK fordert mehr Schutz für Internet-UserInnen. So sollten die Web 2.0-NutzerInnen die Kontrolle über einmal im Internet veröffentlichte Daten stets behalten. Sie sollten das Recht haben, für selbsterzeugte Inhalte ein Verfallsdatum vorzusehen und personenbezogene Daten auf Wunsch wieder löschen zu können. Derzeit sind die NutzerInnen auch bei den einfachsten Datenschutzmaßnahmen auf den guten Willen der Anbieter angewiesen.

Mehr Infos:

[www.arbeiterkammer.at/online/facebook-achtung-datenspuren-48805.html](http://www.arbeiterkammer.at/online/facebook-achtung-datenspuren-48805.html)

## vida:

## Gewerkschaft im Ohr

## vida setzt mit eigenem Podcast auf moderne Wissensvermittlung.

**vida gibt's jetzt** auch für unterwegs auf dem iPod oder zum Anhören auf dem Computer. Mit dem neuen Serviceangebot, dem vida Podcast, bietet die Gewerkschaft allen Interessierten Themen und Tipps rund um die Arbeitswelt – zum Nulltarif. Ein weiterer großer Vorteil: Die HörerInnen entscheiden selbst, wann und wo sie mehr über Themen der Gewerkschaft vida erfahren wollen. Der vida Podcast macht's möglich.

Der Begriff Podcasting ist in letzter Zeit immer öfter zu lesen und vor allem zu hören. Aber was bedeutet Podcasting überhaupt? Das neue Modewort setzt sich aus den beiden Wörtern iPod, also ein mobiler MP3-Player, und Broadcasting, deutsch Rundfunk, zusammen. Ein einzelner Podcast ist somit eine Serie von Medienbeiträgen, die über das Internet abonniert werden können. Seit dem Sie-

geszug des iPod erfreuen sich Hörstücke aller Art immer größerer Beliebtheit vor allem bei jung aber auch alt. Podcasts sind längst Teil der Lebenswirklichkeiten von InternetnutzerInnen geworden.

vida geht mit der Zeit und passt sich der Mediennutzung der ÖsterreicherInnen an. In Form von selbst gestalteten Radiosendungen vermittelt vida Wissen über gewerkschaftliche Themen. Die vida-PodcastmacherInnen setzen auf Information, Unterhaltung, Emotion und Authentizität. Schließlich ist der Podcast von Menschen für Menschen.

Abrufbar ist der vida Podcast über die eigens installierte Plattform [podcast.vida.at](http://podcast.vida.at)

Hier kann man die einzelnen Episoden anhören, downloaden oder gleich abonnieren. Auch iTunes-NutzerInnen finden den vida Podcast.

**GMTN/GdC:**

## pro.ge setzt auf Mitglieder-Meinung!

Das Arbeitsprogramm der neuen Gewerkschaft pro.ge.

Die **Bundesvorstände** der Gewerkschaften Metall-Textil-Nahrung (GMTN) und der Chemiarbeiter (GdC) haben beschlossen, ihre bisherige Zusammenarbeit mit der Gründung der Produktionsgewerkschaft »pro.ge« in neue Bahnen zu lenken. Die »pro.ge« wird rund 250.000 Mitglieder vertreten und jährlich 144 Lohn- und Kollektivverträge verhandeln. Vom 25. bis 27. November 2009 finden daher der 2. GMTN-Gewerkschaftstag,

der 18. GdC-Gewerkschaftstag und anschließend der erste Gewerkschaftstag der neuen pro.ge statt.

Die neue Gewerkschaft braucht auch ein Arbeitsprogramm, das die Ziele und Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre und konkrete Forderungen zu einzelnen Themen festlegt. Ein erster Entwurf des Programms wurde von der Arbeitsprogramm-Kommission erarbeitet. Als wichtige Grundlage für die Inhalte dienten die

Anträge, die auf den Konferenzen im Vorfeld des Gewerkschaftstages beschlossen wurden. Der nunmehr vorliegende Entwurf des pro.ge-Arbeitsprogramms wird am Gewerkschaftstag zur Diskussion stehen und anschließend von den Delegierten beschlossen. Natürlich interessiert auch die Meinung der Mitglieder zu den Schwerpunkten der zukünftigen Arbeit der pro.ge.

Mehr Infos: [www.gewerkschaftstag.at](http://www.gewerkschaftstag.at)

**Arbeiterkammer:**

## Gesundes Naschen nur in der Werbung

Die AK hat 41 Kinderlebensmittel getestet: Zwei von drei untersuchten Produkten nicht empfehlenswert.

**Täuschen und tarnen** – das gilt oft für die Werbung mit Lebensmitteln. Ein Bild etwa suggeriert, dass es sich um ein gesundes Produkt handelt, aber beim genaueren Hinsehen wird der schöne Schein oft schnell entzaubert. Auch die aktuelle Diskussion um Käse-Imitate zeigt, dass oft nicht drinnen ist, was drauf steht. Und für Kindersnacks gilt, gesundes Naschen gibt es nur in der Werbung.

Ein aktueller AK-Test von 41 Kinderlebensmitteln zeigt: Zwei von drei der untersuchten Produkte sind nicht empfehlenswert und sollten demnach nur selten konsumiert werden. Sie sind häufig zu fett und zu süß. Vitamine werden oft nicht gezielt und damit sinnlos verabreicht. Viele Produkte enthalten Zusatzstoffe. Acht Prozent sogar Azorofarbstoffe, die im Verdacht stehen Allergien

auszulösen und zu Hyperaktivität bei Kindern beizutragen. Das Ergebnis bestätigt den AK Test von 2006 – leider hat sich seither nichts geändert.

Detaillierte Ergebnisse sowie weitere Informationen zum Thema Lebensmittelkennzeichnung:

[www.arbeiterkammer.at/online/kinderlebensmittel-zu-suess-und-zu-fettig-49232.html](http://www.arbeiterkammer.at/online/kinderlebensmittel-zu-suess-und-zu-fettig-49232.html)

**Arbeiterkammer:**

## Mit dem Handy im Urlaub

Seit 1. Juli 2009 sind die Preise für Auslandsgespräche und SMS im EU-Raum gefallen.

**Ab Juli 2009** dürfen im EU-Raum Kosten für eingehende Anrufe maximal 23 Cent, für ausgehende Anrufe höchstens 52 Cent betragen.

Für Länder außerhalb der EU-Zone bleibt Telefonieren teuer. Anrufe nach Österreich und bei der Mehrzahl der Betreiber auch Gespräche innerhalb des Urlaubslandes kosten zwischen 0,49 und 4,50 Euro pro Minute. Die Gespräche werden von allen Netzbetreibern, mit Ausnahme von Telering und Drei in der EU-Zone die ersten 30 Sekunden und dann im Sekunden-Takt abgerechnet, in

den weiteren Zonen wird die erste Minute voll und dann alle 30 bzw. 60 Sekunden abgerechnet. Bei Anrufen aus Österreich wird die Weiterleitung des Gesprächs in den Urlaubsort dem Rufempfänger verrechnet. Rufen Urlauber einander im Urlaubsland mit in Österreich gemeldeten Handys an, zahlen beide Teilnehmer: der Anrufer die Gesprächsgebühr im Urlaubsland, der Angerufene die Gebühr für ankommende Gespräche.

Eine Sparmöglichkeit ist die Deaktivierung der Mobilbox durch Anruf beim Netzbetreiber. Damit wird verhindert,

dass Anrufe ins Reiseland gesendet werden. Bei Umleitung auf die Mobilbox fallen nämlich beim Angerufenen die Passivgebühr und dazu der Roamingtarif für die Rückleitung der fehlgeschlagenen Anrufe zur Mobilbox in Österreich an.

Die Kosten für das Versenden von SMS bewegen sich zwischen 25 und 84 Cent. Für die Reisezeit bieten Netzbetreiber auch spezielle Urlaubsangebote an. Informieren Sie sich auf der Homepage Ihres Betreibers.

Mehr Infos: [www.arbeiterkammer.com/online/handy-im-urlaub-35832.html](http://www.arbeiterkammer.com/online/handy-im-urlaub-35832.html)

# Am Beginn des 2. Aktes

*WIFO-Experte Stephan Schulmeister über den Stand der Krise, Hirten und Schafe sowie seine Ansichten zum Thema Kurzarbeit.*

## ZUR PERSON



### Mag. Dr. Stephan Schulmeister

Geboren: 26. August 1947

1965–1970 Rechtswissenschaften Dr. jur., Universität Wien

1968–1972 Ökonomie Mag. Rer.soc oec., Universität Wien M.A.

1972–74 Ökonomie, Gasthörer, Institut für Höhere Studien Wien

1975–76 Bologna Center, John Hopkins University

1983 Gastprofessor, Forschung über Wechselkursdynamik, New York University

1987 bis 1988, Visiting Scholar, Forschung über die Anwendung der technischen Analyse auf den Devisen- und Aktienmärkten, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

1998, 2005 Visiting Scholar, Forschung über Handelssysteme auf Finanzmärkten, University of New Hampshire, Whittemore School of Business and Administration

Seit 1972 ist Dr. Stephan Schulmeister als Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) Experte für mittelfristige Prognose, längerfristige Wirtschaftsentwicklung, Finanzmärkte und Internationalen Handel.

Die »Arbeit&Wirtschaft« traf ihn zum Gespräch im Cafe Sperl.

**Arbeit&Wirtschaft: Herr Mag. Dr. Stephan Schulmeister – als Wirtschaftswissenschaftler müssten Sie es ja am besten wissen: Wo ist das Geld?**

**Stephan Schulmeister:** Es ist weg. Der größte Teil der Vermögensverluste besteht in Bewertungsverlusten. So ist z. B. Wert des Kapitals in betrieblichen Pensionskassen gesunken, weil die Aktienkurse so stark eingebrochen und ein Teil in Aktien angelegt wurde. Die aktuelle Krise unterscheidet sich von allen anderen seit dem Zweiten Weltkrieg dadurch, dass drei Vermögen massiv entwertet werden, Aktien, Immobilien und Rohstoffe – und das

gleichzeitig. Das letzte Mal, dass dies passiert ist, war zwischen 1929 und 1933.

Wenn drei Vermögensarten in so gigantischem Ausmaß an Wert verlieren, verschärft das die Wirtschaftskrise enorm.

Die US-Haushalte müssen sparen – das bedeutet eine Art Schubumkehr nach 20 Jahren Wirtschaftswachstum durch privaten Konsum. Das ist ein ungeheurer Bremsfaktor. Die US-Amerikaner haben ja sehr viel Geld in Pensionsfonds und College-Funds angelegt. Man muss bedenken, dass dort die Hochschulausbildung für zwei Kinder im Jahr etwa 60.000 bis 80.000 Dollar kostet.

Ein anderer Kanal über den die Vermögensentwertung die Realwirtschaft in Mitleidenschaft zieht, ist der Verfall der Rohstoffpreise. Die Rohstoffproduzenten

müssen die Importnachfragen einschränken. Durch den Rückgang der Hauspreise dann am Immobilienmarkt haben in den USA Millionen Menschen ihr Eigenheim verloren und mussten in der Folge ihre Konsumnachfrage drastisch reduzieren.

**A&W: Und wurden arbeitslos – dabei hatte man uns doch allen geraten: Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten...**

**Stephan Schulmeister:** Geld arbeitet eben nicht. Oder genauer gesagt: Wenn Geld über Kreditvergabe der Finanzwirtschaft realwirtschaftliche Aktivitäten finanziert, kann Geld arbeiten. Letztendlich arbeiten aber doch wieder die Menschen mit ihrer Ausbildung und den Maschinen, die mit dem Geld finanziert wurden.





Im zweiten Akt wird sich die Krise durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit verschärfen, wenn es nicht gelingt, diesen mit nahezu allen Mitteln einzudämmen. Denn jener Stoff aus dem sich die Krise am besten nährt, ist die Ausbreitung von Arbeitslosigkeit.

© UCB-Verlag/Paul Sturm

Die Essenz des Neoliberalismus, jenes Wirtschaftssystems, das sich in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat, besteht darin, Geld durch Tausch gegen andere Arten von Geld zu vermehren. Hier gilt das »Schulmeister'sche Fundamentalgesetz« »Aus nix wird nix«. (schmunzelt)

Im Klartext: Im Finanzkapitalismus werden keine realen Werte – und damit auch keine Arbeitsplätze – geschaffen, sondern Einkommen und Vermögen umverteilt, und zwar in der Regel von den Amateuren zu den professionellen Investoren.

Die wichtigste Spielart dieser Umverteilung besteht in der »Inszenierung« von Booms, auf die die Profis früher setzen als die Amateure – und zu letzteren zähle ich auch diverse Pensionskassen.

Da jedem Boom zwingend ein Absturz folgt sind jene die »Blöden«, die erst in der Spätphase eines Booms eingestiegen sind.

So gesehen ist die aktuelle Wirtschaftskrise nichts anderes als die notwendige Folge der Booms von Aktien, Immobilien und Rohstoffpreisen zwischen den Jahren 2002 und 2007.

Ich formuliere es so: Im Boom wurde das Absturzpotential aufgebaut, doch hat dies in der euphorischen Stimmung der Boomphase kaum jemand gesehen.

**A&W: Sie sagten aufgebaut – steuert das jemand?**

**Stephan Schulmeister:** Das ist weder ein Zufall noch gesteuert im Sinne einer Verschwörungstheorie, wie sie im Krisenfall gerne kursieren.

Die Finanzmarktkrise ist insofern kein Zufall, als dass gerade die Finanzmärkte durch einen Herdentrieb mitgeprägt wer-

den. Man kann das mit Hirten und Schafen vergleichen. In der Phase in der die Herde in zunehmenden Maße in eine Richtung läuft – hungrig auf die Weide – spielt gezielte Informationspolitik von den Hirten, den Profis sehr wohl eine Rolle.

Und die wurde betrieben: So wurde etwa die Verfünfachung des Ölpreises mit einer Unzahl »wissenschaftlicher« Argumente legitimiert.

**A&W: Das Öl wird knapp und steigt damit konstant im Preis...**

**Stephan Schulmeister:** Natürlich ging es sehr darum, den Boom am Leben zu erhalten, indem Amateure zum Ankauf motiviert wurden. Die Schafe wurden geschoren. Es ist eine alte Weisheit der Profis: »Wenn die Amateure einsteigen, steigen wir aus. Das signalisiert, dass die Blase bald platzt.«

**A&W: Und das ist dann ja auch passiert...**

**Stephan Schulmeister:** Vor genau einem Jahr, im Juli 2008, kippt die Entwicklung mit einem geradezu unfassbaren Verfall: dem Verfall von Ölpreisen, von allen anderen Rohstoffpreisen, von Aktienkursen. Der Preisverfall von Immobilien beschleunigt sich. Dieser Prozess entwertet nun Vermögenswerte, die unter anderem auch von Banken gehalten wurden.

**A&W: Und damit hat die Krise auf die Realwirtschaft übergegriffen?**

**Stephan Schulmeister:** Die Krise war ja zunächst eine Krise der Vermögensbewer-

tung. Mit Schritt Eins, dem Verfall der Vermögenswerte, hat sie all jene beeinträchtigt, die solche Vermögen besaßen. Darunter sind die Banken jene, die die größte Gefahr für das System insgesamt darstellen, weil das Eigenkapital der Banken durch den Vermögensverfall in enormem Tempo verzehrt wird. Hätte man nichts unternommen, so wäre durch einen Dominoeffekt das weltweite Bankensystem zusammengebrochen. Aus diesem Grund ist man dann im Oktober 2008 eingeschritten. Zuerst hat man ja noch versucht, eine Bank »symbolisch« eingehen zu lassen.

**A&W: Das waren die Lehmann Brothers?**

**Stephan Schulmeister:** Ja – heute wissen wir, dass das ein Riesenfehler war, aber man muss die Amerikaner ein bisschen verteidigen. Sie haben Lehmann Brothers unter anderem auf Grund der Kritik aus Europa pleite gehen lassen.

**A&W: Wie lautete die Kritik aus Europa?**

**Stephan Schulmeister:** In Europa hat man gesagt: Ihr Amerikaner predigt Wasser und trinkt Wein. Ihr predigt neoliberale Grundsätze, nach dem Motto: »Der Markt regelt alles am besten.« Kaum gibt's Schwierigkeiten seid ihr die ärgsten Staatsinterventionisten. Ihr verstaatlicht die großen Hypothekenbanken – Fanny Mae und Freddie Mac. Ihr Kurz und gut: Ihr haltet euch nicht an die Spielregeln. Und daraufhin hat man kurzerhand Lehman Brothers in den Konkurs geschickt mit

## WEBLINKS

Homepage:

<http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at>

Stephan Schulmeisters Studie »Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien« aus den Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft ; AK Wien: [www.wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=48626](http://www.wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=48626)

verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft.

**A&W:** *Das Geld war weg.*

**Stephan Schulmeister:** Durch die diversen Bankenrettungspakete konnte zwar ein globaler Finanzkollaps verhindert werden, nicht aber das Übergreifen der Krise auf die Realwirtschaft. Und schon wieder werden jetzt, wo die Arbeitslosigkeit massiv steigt, gerade in Europa zunehmend Bedenken gegen eine Strategie der massiven Krisenbekämpfung geäußert. Diese Reaktion ist Ausdruck des neoliberalen Smogs der sich über 20 Jahre in den Köpfen der Eliten festgesetzt hat. Aus der Losung »Lassen wir unser Geld arbeiten« wurde in der Krise: »Lassen wir uns unser Geld retten.« Dafür war der Staat gut genug. Wenn es aber darum geht, Arbeitsplätze zu retten, tauchen wieder dieselben Bedenkenträger auf und sprechen von Staatsinterventionismus.

**A&W:** *Was kann ein kleines Land wie Österreich tun?*

**Stephan Schulmeister:** Am wichtigsten erschiene mir eine noch stärkere Förderung der Kurzarbeit. Ausgangspunkt ist folgende Beobachtung: In Deutschland ist die Wirtschaft merklich stärker geschrumpft als in Österreich. Dennoch ist die Zahl der Arbeitslosen bisher nur um etwa fünf Prozent gestiegen – in Österreich aber um etwa 30 Prozent. Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass in Deutschland Kurzarbeit stärker in Anspruch genommen wird als in Österreich. Dafür ist wiederum bestimmend, dass Kurzarbeit für UnternehmerInnen in Deutschland billiger ist als in Österreich. Vereinfacht ausgedrückt: In Deutschland zahlt ein Un-

ternehmer nur jene Arbeitsstunden, die er in Anspruch nimmt, die gearbeitet werden. Bei uns sehen kollektivvertragliche Regelungen vor, dass unabhängig vom Ausmaß der Kurzarbeit bis zu 90 Prozent des Nettolohnes zu zahlen sind. Das Kurzarbeitsgeld, das der Unternehmer von AMS bekommt, kann diese Belastung umso weniger ausgleichen, je stärker die Arbeitszeit reduziert wird.

**A&W:** *Das werden aber die Gewerkschaften nicht gerne hören...*

**Stephan Schulmeister (schmunzelt):** Ich weiß, das klingt absurd. Ich vertrete – zum Teil unbedankt (lacht) – eine Position der Industriellenvereinigung. Die Gewerkschaften haben ein sehr gutes Verhandlungsergebnis erzielt mit teilweise 90 Prozent. Aber meiner Ansicht nach ist das ein Schuss ins Knie. Ein Unternehmer sagt sich halt: »Was 90 Prozent soll ich zahlen – dann hau ich sie raus.« Da kann man dann zwar moralisch argumentieren – »ihr habt uns eure fetten Umsätze zu verdanken« – aber das ist der Kapitalismus.

Hier bedürfte es daher einer weiteren sozialpartnerschaftlichen Kraftanstrengung mit dem Generalziel: Die krisenbedingte Reduktion des Arbeitsvolumens durch Kurzarbeit soll für den Unternehmer nicht teurer sein als Kündigungen. Dies erfordert eine einheitliche Lösung für alle Branchen.

Ein solches Kurzarbeitsmodell wäre keinesfalls nur eine Notlösung, sondern stellt auch langfristig eine grundlegende Reform dar. Es stärkt die Solidarität unter den ArbeitnehmerInnen, denn es geht nicht an, dass die Menschen in der Krise in Arbeitsplatzbesitzer und –verlierer aufgespalten werden. Es fördert gemeinsame Interessen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen – denn auch für Unternehmen ist eine Reduktion des Arbeitsvolumens bei gleicher (Stamm)Belegschaft günstiger als Kündigungen. Und es eröffnet einen Weg, auch langfristig den Produktivitätszuwachs – je nach Branche – zumindest teilweise in mehr Freizeit »auszuzahlen.«

**A&W:** *Wie geht es weiter?*

**Stephan Schulmeister:** Aus meiner Sicht stehen wir am Beginn des 2. Aktes der

großen Krise. Sie wird also noch zumindest zwei bis drei Jahre dauern. Unsicher bin ich nur darüber, ob es ein Drama in drei oder fünf Akten wird.

Im zweiten Akt wird sich die Krise durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit verschärfen, wenn es nicht gelingt, diesen mit nahezu allen Mitteln einzudämmen. Denn jener Stoff aus dem sich die Krise am besten nährt, ist die Ausbreitung von Arbeitslosigkeit.

Hier hätte Europa bessere Möglichkeiten als etwa die USA, wo der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit die expansiven Effekte des riesigen Konjunkturprogramms markant schwächt.

Wenn sich die Wirtschaft in den USA nicht nachhaltig erholt, dann wird den USA nichts anders übrig bleiben, als ihre Wirtschaft durch Schwächung des Dollarkurses zu stützen. Die exportabhängigen EU-Länder wurden dadurch zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen.

**A&W:** *Kann man mit Steuern gegensteuern?*

**Stephan Schulmeister:** Mit Steuern steuern hilft jetzt wohl eher nicht. Allerdings müsste man jetzt eine grundlegende Reform des Steuersystems planen, deren Ziel es ist, auch durch das Steuersystem realwirtschaftliche Aktivitäten zu fördern und Finanzspekulation, aber auch die Belastung der Umwelt, teurer zu machen.

In politökonomischer Sicht hat die Stärkung der gemeinsamen Interessen von Arbeit und **Realkapital** für mich oberste Priorität. Ein wesentlicher Faktor, der in die große Krise führte, besteht nämlich darin, dass die Unternehmer(-vertreterInnen) den Neoliberalismus als ihre Ideologie »adoptierten« während er tatsächlich die Ideologie des Finanzkapitals ist.

*Wir danken für das Gespräch.*

*Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft*

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Das Elend anderer ...

*Richard Wagner, Leiter der freigewerkschaftlichen Bildungszentrale, über Gewinner und Verlierer in der großen Inflation nach 1919.*

Indessen war die Krone ... stark im Wert gefallen. Die ganze Welt kam nach Österreich kaufen, der große »Ausverkauf« begann: Zunächst kaufte man Luxuswaren, dann Industrieprodukte und kurbelte so die österreichische Produktion wieder an. ... Schon im Sommer 1919 hatte die Hausse an der Börse begonnen. Wer Geld hatte, kaufte auf der Flucht vor dem Währungsfall Effekten und Devisen. Die Börsenpapiere kletterten schnell hinauf. Bald hatte sich eine tolle Spekulation entwickelt, an der nicht nur die reichen Leute, auch Bürger, Beamte und Angestellte bis in die unteren Schichten hinein teilnahmen. ... Die Banken errafften ungeheure Gewinne. ... Die Banken zogen auch immer mehr Industrien an sich, eine Gefahr für die Betriebe und Löhne, als dann der große Krach kam.

Aber nicht nur Börsenspekulanten, auch Schieber aller Art, inländische wie ausländische, kamen leicht zu Reichtum. Große Schiebergestalten ... tauchten in Wien auf, wurden berühmt und berüchtigt zugleich durch die Schnelligkeit, mit der sie ganze Handelszweige, Industrien und Banken, auch alte angesehene Großbanken wie billige Lumpen zusammenrafften. ... Man konnte mit verhältnismäßig wenig Dollar oder Pfund oder Franken, auch schon mit Mark oder Tschechenkronen, viel verdienen. ...

Nur für den Arbeiter und kleinen Angestellten, der weder an der Börse spielen noch Waren verschieben konnte, sank das Realeinkommen mit dem Fallen des Kaufwertes der Krone ungeheuerlich. Arbeiter und kleine Angestellte gingen zerlumpt herum und hatten immer weniger zu essen. ...

Die »Gewerkschaft«, das Organ der Gewerkschaftskommission, fasste die Zustände und die Stim-



Die einfachen Soldaten, die aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrten, gehörten zu den Verlierern der Inflationskonjunktur, die 1919 begann und mit der »Genfer Sanierung«, einer Sanierung von Staatshaushalt und Währung zu Lasten der Volkswirtschaft, endete. Viele von ihnen bekamen zwar wieder Arbeit, aber die Inflation fraß den Lohn auf, den die Gewerkschaften erkämpften.

mung der Arbeiterschaft in die Worte zusammen (Jahrgang 1921, Nr. 3, Seite 17): »... Heftige Begierde nach Genuss ... beherrscht die einen, ärgste Not und bittere, bis zur Verzweiflung treibende Sorgen die anderen.

Frauen, einem wandelnden Juwelierladen gleichend, begegnet man auf der Straße. Das Elend anderer schleicht nebenher. Die Zustände schreien förmlich in aufreizender Art nach gründlicher Änderung.

Zwischen all dem ertönen die gelehrsam Theorien der Volkswirtschaft von der Preisbildung und dem Abbau der Preise. ... Die von Löhnen oder Gehalt Lebenden sollen geduldig hoffen und harren, sollen demütig ihr Schicksal ertragen. Sonst fällt die Valuta oder es kommt noch schlimmer. Die Armen

sollen im Stillen zugrunde gehen. Aber diese wollen nicht. Ihr Recht auf Leben machen sie geltend.«

*Dr. Richard Wagner, der Autor dieser Zeilen, leitete bis 1934 die freigewerkschaftliche Bildungszentrale. Als Sozialdemokrat verlor er 1934 seinen Job, als Jude musste er 1938 fliehen. Er kämpfte in Jugoslawien mit den Partisanen gegen Hitler-Deutschland und wurde erschossen, nachdem er andere jüdische Flüchtlinge gerettet hatte.*

Ausgewählt und kommentiert von

Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Reich und reicher

*4.400.000.000.000 (=4,4 Billionen) Dollar betrug 2008 das gemeinsame Geldvermögen der reichsten Menschen der Welt. 2009 waren es nur 2,4 Bill.*

Autorin: Mag. Lucia Bauer

Grundlagenabteilung GPA-djp

Einmal jährlich erstellt das Managermagazin Forbes eine Liste der DollarmilliardärInnen. 2008 schafften es 1.125 Namen auf diese Liste. Im Jahr 2009 waren es nur noch 793. Im Schnitt haben die MilliardenInnen durch die Finanzkrise ein Drittel ihres Geldvermögens eingebüßt. Der größte Verlierer auf der Forbes-Liste ist der indische Telekomunternehmer Anil Ambani. Er verlor mehr als 30 Mrd. Dollar. Auch Spitzenreiter Bill Gates hat laut Forbes etwa 18 Mrd. Dollar eingebüßt. Geld eingebüßt haben auch die Österreicherischen MilliardenInnen: Billa-Gründer Karl Wlaschek genauso wie Red-Bull Erfinder Dietrich Mateschitz und die Erbin des Kaufhauskonzerns Horten Heidi Horten. Während 658 der 793 MilliardenInnen Verluste hinnehmen mussten, gelang es immerhin 44 Personen ihr Vermögen trotz Krise zu vergrößern. Der größte Gewinner dieses Jahr war New Yorks Bürgermeister Michael R. Bloomberg.

## World Wealth Report

Dass die Finanzkrise auch das Geld der Reichen verringert hat, bestätigt auch der **World Wealth Report** 2009, der einmal im Jahr von Capgemini und Merrill Lynch herausgegeben wird. Im Jahr 2008 ist die Zahl der Personen mit einem Nettofinanzvermögen von mindestens

## Die Top 10 auf der Forbes-Liste der Milliardäre 2009

| Rang | Name             | Vermögen in Mrd. US-Dollar | Quelle des Vermögens | Land        |
|------|------------------|----------------------------|----------------------|-------------|
| 1    | Bill Gates       | 40,0                       | Microsoft            | USA         |
| 2    | Warren Buffett   | 37,0                       | Berkshire Hathaway   | USA         |
| 3    | Carlos Slim Helú | 35,0                       | Telmex u. a.         | Mexiko      |
| 4    | Larry Ellison    | 22,5                       | Oracle               | USA         |
| 5    | Ingvar Kamprad   | 22,0                       | Ikea                 | Schweden    |
| 6    | Karl Albrecht    | 21,5                       | Aldi Süd             | Deutschland |
| 7    | Mukesh Ambani    | 19,5                       | Reliance Industries  | Indien      |
| 8    | Lakshmi Mittal   | 19,3                       | Arcelor Mittal       | Indien      |
| 9    | Theo Albrecht    | 18,8                       | Aldi Nord            | Deutschland |
| 10   | Amancio Ortega   | 18,3                       | Inditex + Zara       | Spanien     |

Quelle: [www.forbes.com/billionaires](http://www.forbes.com/billionaires)

## Die reichsten Österreicher auf der Forbes Liste

| Rang | Name                | Vermögen in Mrd. US-Dollar | Quelle des Vermögens              | Rang auf Forbesliste |
|------|---------------------|----------------------------|-----------------------------------|----------------------|
| 1    | Karl Wlaschek       | 4,2                        | Billa                             | 124                  |
| 2    | Dietrich Mateschitz | 3,7                        | Red Bull                          | 151                  |
| 3    | Heidi Horten        | 3,0                        | Erbin des Kaufhauskonzerns Horten | 205                  |
| 4    | Helmut Sohlen       | 1,3                        | Schiffahrt                        | 559                  |

Quelle: [www.forbes.com/billionaires](http://www.forbes.com/billionaires)

einer Million Dollar weltweit um fast 15 Prozent zurückgegangen. Die der Superreichen – also laut Capgemini-Definition jener Personen mit einem Finanzvermögen von mehr als 30 Millionen Dollar – um fast 25 Prozent. Auch die österreichischen MillionärInnen blieben davon nicht verschont. Ihre Zahl fiel von 77.700 auf nur mehr 70.100. Bis 2013 soll das

Vermögen der Reichen und Superreichen weltweit allerdings wieder wachsen – um mindestens 8 Prozent.

Wenn man über Vermögen spricht, stößt man rasch auf die Frage, wer denn überhaupt reich ist. Der US-amerikanische Milliardär **J. P. Getty** beschwerte sich einmal, dass er sein Vermögen nicht einmal durch die verschwenderischste

## INFO & NEWS

**1.000.000.000.000 = 1012 = 1 Billion = 1000 Milliarden**

Würde man eine Billion Euro, bestehend aus 500-€-Scheinen, aufeinander stapeln, so wäre dieser Stapel etwa 210 Kilometer hoch.

Leicht zu verwechseln ist das deutsche Wort Billion mit dem US-amerikanischen Wort billion, das aber dem deutschen Wort Milliarde entspricht.

Party verringern könne. Denn selbst dann würde es ihm nicht gelingen, alles auszugeben, was er im selben Zeitraum allein an Zinseszinsen verdiene. Doch reich sind nicht nur die Superreichen à la Getty und Gates.

Der Frage nach der Definition des Begriffs »reich« hat sich der Ungleichheitsforscher Anthony B. Atkinson ausführlich gewidmet. Die einfachste Möglichkeit ist ohne Zweifel die im Journalismus angewandte Methode der Positivlisten. Reich ist, wer mehr als den Betrag  $x$  besitzt. Der Nachteil dieser Methode ist, dass Reichtum in dieser Definition nicht in Relation zum Rest der Bevölkerung gesetzt wird. Sehr oft wird als »reich« daher auch ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung definiert. Die obersten 10 Prozent oder auch das oberste eine Prozent. Nachteil dieser Definitionen ist, dass sie nicht berücksichtigt, dass die Gruppe der »Reichen« nicht immer gleich groß ist. Atkinson definiert daher als »reich« all jene, die ein Vielfaches des mittleren Einkommens besitzen. »Reich« ist für ihn wer über 30 mal so viel verfügt.

### Vermögensverteilung

Wesentlich interessanter als die Zahl der MilliardärInnen und deren Vermögensentwicklung in der Krise ist die Frage der Verteilung von Vermögen. Weltweit ist

Vermögen sehr ungleich verteilt, wobei die globale Vermögensverteilung noch wesentlich konzentrierter ist als die in den meisten Staaten. Im Schnitt besitzen die reichsten 10 Prozent eines Landes etwa 50 Prozent des Vermögens. Weltweit besitzen die 10 reichsten Prozent der erwachsenen Bevölkerung dagegen sogar etwa 85 Prozent des Vermögens.<sup>1</sup>

Unausgewogen ist auch die Vermögensverteilung zwischen den einzelnen Staaten. Ein Drittel des gesamten Vermögens befindet sich in den USA und in Kanada (2000), weitere 30 Prozent in Europa, 24 in den reichen Staaten des Pazifik-Raums. Besonders unproportional ist die Reichtumskonzentration in Nordamerika. Denn dort leben nur 6 Prozent der Weltbevölkerung. Afrika, Lateinamerika und der Rest von Asien teilen sich die restlichen 12 Prozent. Aus einer globalen Perspektive betrachtet, ist in den armen Ländern das Vermögensniveau noch deutlich niedriger als das Einkommensniveau.

### Situation in Österreich

Auch in Österreich sind Vermögen höchst ungleich verteilt. Der **Gini-Koeffizient** zur Ungleichheit der Geldvermögensverteilung in Österreich beträgt 0,66 und liegt damit im internationalen Vergleich eher hoch.<sup>2</sup> Über zwei Drittel der Haushalte besitzen keine nennenswerten Geldvermögen. Das oberste Zehntel besitzt hingegen 54 Prozent des gesamten Geldvermögens. Das reichste Prozent der Haushalte hält 27 Prozent des gesamten Geldvermögens. Die Nationalbank weist im Sozialbericht darauf hin, dass Besitzer hoher Geldvermögen nur eingeschränkt erfasst werden. Die tatsächliche Ungleichverteilung beim Geldvermögen ist demnach noch viel größer.

Immobilienvermögen ist im Übrigen noch ungleicher verteilt als Geldvermögen und Unternehmenseigentum überhaupt nur in den höchsten Vermögensstufen von Relevanz. Eine Studie von Synthesis Forschung<sup>3</sup> kommt zum Schluss, dass im Jahr 2002 die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in Österreich rund 70 Prozent des gesamten Vermögens (also Immobilien, Geldvermögen und Unternehmensvermögen) besessen haben.

## WEBLINKS

Forbesliste der Reichsten:  
[www.forbes.com/billionaires](http://www.forbes.com/billionaires)

Von der aktuellen Krise besonders betroffen sind die Finanz- und Immobilienvermögen vor allem in den entwickelten Staaten. Es ist daher damit zu rechnen, dass sich die Ungleichheit in der weltweiten Vermögensverteilung kurzfristig leicht reduziert – sowohl zwischen als auch innerhalb der Staaten.

### Vermögen wachsen rasch

Mittel- und längerfristig lässt sich vermuten, dass Vermögen rascher wachsen werden als Einkommen.<sup>4</sup> Ob dabei die Ungleichverteilung von Vermögen weltweit weiter wächst oder sinkt hängt nicht zuletzt von der Entwicklung in einzelnen bevölkerungsreichen Schwellenländern ab. Besonders die Entwicklung im bevölkerungsreichen und wirtschaftlich schnell wachsenden China wird in den nächsten 20 Jahren eine wichtige Rolle spielen.

Atkinson geht davon aus, dass die Vermögensverteilung genauso wie die Vermögen einzelner Personen sich im Laufe der Zeit verändern. Die Konzentration des Reichtums nimmt zu oder geht zurück. Vermögen werden aufgeteilt auf Erben, wachsen, schrumpfen oder gehen auch verloren. Atkinson meint, dass die Art und Weise wie sich Vermögen und Vermögenskonzentration entwickeln, ganz maßgeblich mit den Steuersystemen einzelner Länder zusammenhängt – nicht zuletzt damit, wie wirkungsvoll Einkommen und Vermögen besteuert werden.<sup>5</sup>

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[lucia.bauer@gpa-djp.at](mailto:lucia.bauer@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Wim Naudee and James C. MacGee: Wealth Distribution, the Financial Crisis and Entrepreneurship, UNU Wider, Wider Angle Newsletter, 3/2009

<sup>2</sup> Sozialbericht 2007/2008

<sup>3</sup> Sozialbericht 2003/2004

<sup>4</sup> James B. Davies, Susanna Sandström, Anthony Shorrocks, Edward N. Wolff: The World Distribution of Household Wealth, UNU Wider, Discussion Paper, Nr 3/2008

<sup>5</sup> Anthony B. Atkinson: Concentration among the Rich, UNU Wider, Research Paper, Nr 2006/151

# Inseln ohne Palmen

*Steueroasen und die Steuervermeidungsstrategien sind für die Finanzmarktkrise mitverantwortlich. Jetzt gilt es den Faktor Arbeit zu entlasten.*

*AutorInnen: Mag. Gertraud Lunzer,  
Mag. Martin Saringer*

*MitarbeiterIn der Abteilung Steuerrecht  
in der AK Wien*

Die Steuerbelastung auf den Faktor Arbeit und die Verbrauchsteuern sind in den letzten Jahrzehnten in der EU generell stark angestiegen, während die Steuerbelastung auf Kapitaleinkommen stagniert. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise hat zumindest dazu geführt, dass diese problematische Entwicklung verstärkt diskutiert wird. Bei einer Analyse dieser Entwicklung ist es notwendig, sich mit der Verantwortlichkeit von Steueroasen und Steuerwettbewerb intensiver auseinanderzusetzen.

## Den Anfang machte eine DVD

Nachdem Anfang 2008 den deutschen Steuerbehörden eine DVD mit geheimen Daten über offensichtliche deutsche Steuerhinterzieher in Liechtenstein in die Hände gefallen ist, wurde insbesondere durch die in Deutschland ausgelösten Diskussionen das Thema Steueroasen auch in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion in Österreich gebracht.

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net)

Durch die fast zeitgleich auftretende Finanzkrise wurden die Steueroasen auch international ein Thema, auch die OECD hat sich verstärkt dem Kampf gegen Steueroasen gewidmet.

## Charakteristische Merkmale

Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffes Steueroase und auch keine abschließende Aufzählung welche Länder tatsächlich als Steueroasen zu bezeichnen sind. Die OECD entwickelt in ihrem Bericht aus dem Jahr 1998 mit dem Titel »Harmful Tax Competition: An Emerging Global Issue« zumindest eine Definition charakteristischer Merkmale. Demzufolge sind Steueroasen durch folgende Punkte gekennzeichnet, wobei nicht zwangsläufig alle Punkte gemeinsam auftreten müssen:

1. Kapitaleinkünfte werden nicht oder nur sehr niedrig besteuert.
2. Eigene Steuerregime für Briefkastenfirmen.
3. Keine Transparenz hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse dieser Briefkastenfirmen zumeist verbunden mit keinerlei Regelungen über Veröffentlichungen und Aufsicht.
4. Kein wirkungsvoller Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten mit anderen Staaten.

Die Anzahl der Steueroasen ist in den letzten Jahrzehnten sprunghaft angestiegen. Das Tax Justice Network führt über 70 Staaten an, die als potentielle Steuer-

oasen bezeichnet werden können<sup>1</sup>. Schlagwortartig können folgende negative Effekte angeführt werden<sup>2</sup>:

- Ansteigen des schädlichen Steuerwettbewerbes, dahingehend, dass Kapitaleinkünfte generell immer günstiger besteuert werden
- Ineffiziente **Allokation** von Investitionen nimmt zu
- Mangelnde Transparenz erleichtert Steuerhinterziehung und führt zu massiven Steuerausfällen in Drittstaaten
- Mangelnde Transparenz in Steueroasen hat die schädlichen Strukturen für die derzeitige Finanzkrise ermöglicht bzw. erleichtert
- Steueroasen führen zu einer ungleicheren Verteilung der Steuereinnahmen

## Nicht immer unter Palmen

Steueroasen werden oft als Inseln (**Cayman Islands, Jersey**, etc.) mit Palmen und Briefkästen verstanden, jedoch steht hinter jeder Steueroase ein bedeutender Finanzplatz. So steht etwa für die Cayman Islands London, für die **Antillen** die Niederlande und für Liechtenstein ist dies Zürich. Banken und Treuhänder richten

<sup>1</sup> Christensen (2009): The Spectre of Tax Havens: Secrecy, global crisis and poverty. Hier werden nicht nur gesamte Staaten sondern auch einzelne abgrenzbare Gebiete wie etwa die City of London als potentielle Steueroasen aufgelistet.

<sup>2</sup> Commission on capital flight from developing countries (Hrsg) (2009): Tax havens and development

in Steueroasen Stiftungen bzw. **Trusts** ein, die Vermögensverwaltung erfolgt aber in den dazugehörigen Ländern. Führend dabei ist die Schweiz. Von dort aus wird ein Drittel aller weltweit angelegten Privatvermögen verwaltet. Die Besonderheit in der Schweiz ist das sogenannte »private banking«, im Rahmen dessen die Vermögensverwaltung für sehr reiche Individuen, die über ein Finanzvermögen von mindestens einer Million Dollar verfügen, durchgeführt wird. Das Vermögen dieser Superreichen stieg bis 2008 deutlich stärker an, als die Weltwirtschaft, lt. Merrill Lynch um mehr als ein Viertel der Bruttoinlandsprodukte aller Länder. Die Spezialität der Schweiz ist die Vermögensverwaltung ausländischer KundInnen, dafür wird sowohl international aber auch von den Schweizer StaatsbürgerInnen Kritik geerntet. Zum einen werden steuerliche Ungleichbehandlungen zwischen SteuerausländerInnen und steuerpflichtigen InländerInnen manifestiert. SchweizerInnen unterliegen ganz normal der progressiven Einkommensteuer, die im europäischen Vergleich etwa mit Österreich vergleichbar ist. Aber auch die eklatante Privilegierung der Besteuerung von Kapital gegenüber Arbeitseinkommen. Dennoch wächst international der Druck, Steuerbetrug bzw. Steuerhinterziehung als strafbares Delikt zu deklarieren, die als Voraussetzung für die Amtshilfeleistung an Finanzverwaltungen gilt.

## 90 Prozent unverteuert

Genaue Daten zum angelegten Privatvermögen gibt es nicht. Dennoch sind die Schätzungen des World Wealth Report von Merrill Lynch und dem Tax Justice Network sehr aufschlussreich. Der Anteil des unverteuerten Vermögens wird auf satte 90 Prozent geschätzt. Auch Schweizer Banken-Insider gehen davon aus, dass »die große Mehrheit« die Steuerpflicht umgeht.

Wenn auch Österreich mit den »klassischen« Steueroasen (Cayman Islands, Jersey, Antillen, etc.), wo kaum Unternehmenssteuern erhoben und Briefkastenfirmen rechtlich erleichtert werden, nicht vergleichbar ist, so kommt Österreich dennoch insbesondere mit der österreichischen Privatstiftung und dem Bankgeheimnis in die Nähe einer Steueroase.

Es geht stets darum, große Vermögen in Steueroasen (zumindest auf dem Papier) zu parken. In den Steueroasen werden die Erträge aus diesen Vermögenswerten nicht oder kaum besteuert. Durch mangelnde Registrierungspflichten, Offenlegungspflichten und **Amtshilfeabkommen** (Informationsaustausch) ist es unmöglich, die EigentümerInnen dieser Vermögen zu fassen, sodass den anderen Staaten durch Steuerhinterziehung wichtige Steuereinnahmen verloren gehen. Entsprechende Daten über die Steuerausfälle sind nicht verfügbar. Schätzungen gehen davon aus, dass die Steuerausfälle zumindest USD 250 Mrd. jährlich betragen. Die in Steueroasen geparkten Vermögen werden mit bis zu USD 11.000 Mrd. beziffert.

Die durch Steueroasen verursachten Probleme wurden in der Vergangenheit bewusst heruntergespielt. Weit weniger bekannt ist auch die Tatsache, dass der Auslöser der Finanzkrise zwar die »**Subprime Krise**« in den USA war. Erst durch die in den Steueroasen möglichen Gestaltungs- und Versteckmöglichkeiten von hochriskanten Finanzprodukten, ist sie zur Krise geworden, die letztendlich weltweit zu Rezession und Arbeitslosigkeit geführt hat. Als eine wesentliche Ursache für das beträchtliche Ausmaß der Finanzkrise wird beispielsweise die Umwandlung der Hypothekarschulden in komplex strukturierte, übertragbare Finanzinstrumente, die in Fonds gepackt wurden, die in Steueroasen angesiedelt waren und die es für Investoren fast unmöglich machte, das ihnen innewohnende Risiko abzuschätzen, angeführt<sup>3</sup>.

## Steuervermeidungsstrategien

Neben den Steueroasen sind aber auch die Steuervermeidungsstrategien der großen multinationalen Unternehmen und der dadurch ausgelöste Steuerwettbewerb für die aktuelle Entwicklung der Abgabensysteme mitverantwortlich. Die mangelnde Harmonisierung der Körperschaftsteuer in der EU führte dazu, dass dieser Wirtschaftsraum jener mit dem stärksten Steuerwettbewerb ist. So sind die nominellen KöSt Sätze in der EU27 zwischen 1995 und 2007 von 34,61 Pro-

3) Commission on capital flight from developing countries (Hrsg) (2009): Tax havens and development

## KURZ GEFASST

**Weitreichende Strukturreformen** in den Abgabensystemen werden zukünftig unerlässlich sein. Der Einsatz vermögensbezogener Besteuerung und die Harmonisierung im Unternehmenssteuerbereich, aber auch der automatische internationale Informationsaustausch sind dazu notwendig.

In Österreich, das neben der **hohen Steuerbelastung des Faktors Arbeit** auch durch die im internationalen Vergleich extrem niedrige Steuerbelastung von Vermögen auffällt, ist der Ausbau vermögensabhängiger Abgaben vordringlich. Dazu sind Änderungen im Bereich des Bankgeheimnisses und der Besteuerung der Privatstiftung notwendig. Zusätzlich zu diesen Änderungen sollte auch die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer, einer Finanztransaktionssteuer und die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie einer reformierten Vermögenssteuer aber auch eine Wertschöpfungsabgabe im Unternehmensbereich eingeführt werden.

**Mit diesen Reformen** wird es möglich, den Faktor Arbeit zu entlasten und die Steuerbelastung von Kapitaleinkommen und Vermögen auf ein angemessenes, international übliches Niveau anzuheben.

zent auf 24,22 Prozent gesunken. Neben dem Rückgang der Steuersätze können weltweit operierende Unternehmen problemlos ihre Gewinne steuerschonend in Länder mit geringer Gewinnsteuerbelastung transferieren. Diese Entwicklung verursacht Steuerausfälle, aber auch Verschiebungen in den Steuerstrukturen, die die Steuerbelastung vom mobilen Kapital hin zum Faktor Arbeit und zur Verbrauchsbesteuerung umschichtet.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[gertraud.lunzer@akwien.at](mailto:gertraud.lunzer@akwien.at)  
[martin.saringer@akwien.at](mailto:martin.saringer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Bei uns geht man stiften

*Österreich ist zu einer Oase geworden – zu einer Steueroase. Nicht dass rundum Wüste wäre, aber bei uns kann »Geld« besser wachsen, dank Privatstiftungen.*

Autor: Dr. Franz Mangelberger

Freier Journalist

**E**ine Oase liegt meist an einer Quelle und kann in ihrer Größen variieren. Oasen werden je nach Herkunft des Wassers unterteilt. Es gibt die Grundwasseroase, die Flussoase, die Quellwasseroase und die artesische Brunnenwasseroase. Die Steueroase findet sich in keiner Enzyklopädie. Quelle der Steueroase müsste obiger Beschreibung folgend die Gesetzgebung sein, in unserem Fall die Gesetzgebung für Privatstiftungen, die 1993 zu sprudeln begonnen hat. Die Größe der Steueroase spielt weniger Rolle als vielmehr die Großzügigkeit der Quelle, vulgo Steuergesetzgebung. Die Unterteilung von Steueroasen wird nicht nach der Herkunft des Wassers vorgenommen, sondern nach Ländernamen. Wer sich Steueroasen nennen darf oder so genannt wird, auch ungewollt, entscheiden ExpertInnen internationaler Organisationen wie OECD oder IWF. Auch Finanzminister können Nachbarländer als Steueroasen bezeichnen, wenn sie der Meinung sind, dass zu viele der eigenen BürgerInnen, ihr Geld dort angelegt haben, wo sie weniger Steuern für ihr Vermögen zahlen müssen. Österreich, so sagt man, hat ausgezeichnetes Steuer-Oasen-Klima und wird dafür auch oft gerüffelt, besonders vom gleichsprachigen Nachbarn.

Anfang 2008 ist die Anzahl der Privatstiftungen in Österreich auf 3.107 gestiegen (Daten aus Forum Privatstiftungen) mit einem geschätzten Vermögen von et-

wa 60 Mrd. Euro. In den von Privatstiftungen kontrollierten Unternehmen sind rund 200.000 Menschen beschäftigt. Ein Blick zurück zeigt, wie gut das steuerschonende Modell angenommen wurde, wohl gemerkt nicht von der Bevölkerung im Allgemeinen sondern nur von Teilen. Im ersten Jahr nach Beschluss des Privatstiftungsgesetzes waren es gerade einmal 14 Privatstiftungen, die in die Welt gesetzt wurden. Ein Jahr darauf waren es bereits 118. Ab 1995 dürfte sich das Steuern schonende Potential der Privatstiftungen dann endgültig bei den Vermögenden herum gesprochen haben. Die Anzahl der neu gegründeten Privatstiftungen explodierte förmlich und erreichte im Jahr 2000 die stolze Zahl von 2067 Stiftungen, in den darauffolgenden fünf Jahren sind 663 Privatstiftungen dazugekommen.

## Vor 1993 mildtätige Stiftungen

Das österreichische Privatstiftungsgesetz gibt es seit 1993, bis dahin gab es nur »mildtätige« Stiftungen. Es ist nicht in die Jahre gekommen sondern in heftige Diskussionen. Von steuerlichen Privilegien ist die Rede. Daher hat sich ein ExpertInnen-Team der Arbeiterkammer angesehen, ob österreichische Privatstiftungen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wirklich so »verlockend« sind. Auslösend für die innerösterreichische Debatte war die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, da sich PrivatstifterInnen durch die Eingangssteuer für Donationen an Privatstiftungen benachteiligt fühlten. Zur »Gesetzwerdung« haben im Wesentlichen zwei Überlegungen geführt. Beteiligungsvermögen an großen

## INFO & NEWS

### Was zahlt die Stiftung?

Steuerfrei sind **Dividenden aus in- und ausländischen Aktien** die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden.

Steuerfrei sind **alle Einkünfte aus Kursgewinnen** von Anleihen sowie Einkünfte aus direkt gehaltenen Aktien.

Fünf Prozent des Vermögens **als Eingangssteuer** bei der Gründung der Stiftung.

25 Prozent Steuer (abzgl. 12,5 Prozent Zwischensteuer) **bei Entnahme von Vermögen**.

Gesellschaften sollten im Falle von Erbschaftsangelegenheiten besser geschützt werden können und die steuerlichen Rahmenbedingungen sollten attraktiv gehalten werden, so dass bereits abgeflossenes Vermögen nach Österreich zurück kommt und den »Standort Österreich« für ausländische Vermögen attraktiv macht.

## Im europäischen Vergleich

In einer Studie, veröffentlicht im März diesen Jahres, haben ExpertInnen der Wiener Arbeiterkammer nachgefragt, ob Österreich tatsächlich, im europäischen Vergleich, günstige Bedingungen bietet, Geld in Stiftungen einzubringen und welchen volkswirtschaftlichen oder fiskalischen Wert die steuerlichen Stiftungsregelungen in Österreich haben. Regelungen, mit denen sich unsere gleichsprachigen Nachbarn ganz und gar nicht anfreunden können. Der deutsche Finanzminister drohte



Wie sich das »Abfluss« des Kapitalvolumens ohne die Stiftungsregelungen entwickelt hätte, kann nicht abgeschätzt werden. Viel einfacher lässt sich kapitalkräftigen BesucherInnen unseres Landes erklären, warum die Steuervorteile so reizvoll sind.

gar, Kavallerie in die »Steueroasen« zu schicken. Sind es angeblich wirtschaftliche Vorteile wirklich wert, sich mit den Nachbarn anzulegen?

### Schweiz und Liechtenstein ähnlich

Fest steht, dass nur in den Nicht-EU-Ländern Schweiz und Liechtenstein ähnlich günstige Bedingungen für Privatstiftungen gegeben sind, wie in Österreich. In einigen Ländern der EU gibt es einen moderaten Körperschaftsteuersatz, wodurch sich ähnliche Effekte der laufenden Besteuerung wie bei österreichischen Privatstiftungen erzielen lassen. Dabei darf man aber die Besteuerung von Zuwendungen aus dem Privatvermögen und die Steuern auf Ausschüttungen nicht aus dem Auge lassen. So werden in Österreich »Zuwendungen« mit 2,5 Prozent und Ausschüttungen des Stiftungsertrages mit 25 Prozent endbesteuert. Ein sogenannter Zwischensteuersatz, der unter bestimmten Voraussetzungen anfallen kann – die anzunehmender Weise oft auftreten – darf von der Endbesteuerung abgezogen werden. Von den untersuchten Ländern findet sich Vergleichbares nur in der Schweiz und Lichtenstein. In allen anderen Ländern sind solche Begünstigungen nur für gemeinnützige Stiftungen vorgesehen. Davon gibt es aber in Österreich weit weniger als bei unserem Nachbarn Deutschland, wo 95 Prozent der rund 14.000 Stiftungen gemeinnützigen Zwecken gewidmet sind. In Österreich verhält es sich nahezu umgekehrt.

Auch wenn es in EU-Länder mit ganz niedriger Körperschaftsteuer gibt und wo auch keine Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben wird, etwa Estland, so

spielt für Stiftungen auch die Stabilität eine nicht zu unterschätzende Rolle. Kein Zweifel Österreich, die Schweiz und Liechtenstein können das bieten und liegen damit an der Spitze der Attraktivität für nicht gemeinnützige Stiftungen auch wenn mittlerweile das bislang wasserdichte Bankgeheimnis aufgeweicht wird.

Stiftungen werden von Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche gegründet. Dass diese Privatstiftungen auch Arbeitsplätze sichern, ein Argument für die wohlwollenden steuerlichen Voraussetzungen, ist nur die halbe Wahrheit: Stiftungen sind in der Regel keine Konzernleitungen sondern Vermögensverwaltungen. Wenn die Stiftung z.B. in der Schweiz angesiedelt ist und das Unternehmen in Österreich produziert, dann wird es auch in Österreich geleitet und nicht von der Schweiz aus. Unmittelbar sichert die Stiftung nur ein paar Arbeitsplätze in Rechtsanwalts- und Vermögensberatungskanzleien.

### Stiftungen bringen Kapital ins Land

Ausländisches Firmenvermögen wird zwar in österreichische Stiftungen eingebracht, um etwa den in Deutschland eklatant hohen Steuerschmerz zu lindern, was aber noch lange nicht heißt, dass Geld ins Land fließt. Vermögenswerte wie Grundstücke und Wertpapiere können irgendwo auf der Welt verstreut sein und werden buchtechnisch zugeschrieben nicht aber »körperlich« transferiert. Allerdings bleibt der fiskalische Ertrag im Land. Weil man aber immer wieder gesagt bekommt, dass das Kapital »flüchtig« ist und wir globalisiert sind, weiß man nicht wie viel Geld zu »Hause« bleibt oder zurückgebracht wird.

### WEBLINKS

AK-Studie zum Download:  
[wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=48336&AD=0&REFP=1411](http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=48336&AD=0&REFP=1411)

Wie sich das »Abfluss« des Kapitalvolumens ohne die Stiftungsregelungen entwickelt hätte, kann nicht abgeschätzt werden. Viel einfacher lässt sich kapitalkräftigen BesucherInnen unseres Landes erklären, warum die Steuervorteile so reizvoll sind. Nimmt man für das gesamte in Privatstiftungen geparkte Vermögen von 60 Mrd. Euro einen jährlichen Ertrag von zehn Prozent – der Durchschnitt über die Jahre seit Einführung – dann beträgt die Steuerersparnis unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, rund 750 Mio. Euro. Das ist etwa das Sechsfache des Aufkommens der kürzlich abgeschafften Erbschafts- und Schenkungssteuer oder ein Drittel der für 2009 vorgesehenen Lohnsteuersenkung. Die Wirksamkeit der Konjunkturpakete zur Krisenbewältigung wird sich erst künftig weisen, gewiss ist aber jetzt schon, dass ausgegebenes Geld wieder verdient werden muss. So kommt die Studie zu dem Schluss, dass unter dem Druck des Faktischen weitreichende Maßnahmen notwendig sind.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[fmang@aon.at](mailto:fmang@aon.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Das 134 Mrd. Dollar Ding

*Mitte Juni haben zwei Männer versucht Wertpapiere für Milliarden Euro in die Schweiz zu schmuggeln. Jetzt will niemand etwas über das Geld wissen.*

Autorin: Maja Nizamov

Freie Journalistin

**K**önnen Sie sich 134 Mrd. Dollar bildlich vorstellen? Oder umgerechnet: Können Sie sich 96 Mrd. Euro vorstellen? Wieviel ist das? Wie sieht das aus? Und was würden Sie mit diesen 134 Mrd. Dollar machen? Ein-kaufen gehen? Villen, Paläste, Autos. Um die Welt reisen. Oder gar zum Mond. Oder die Hälfte des auf inzwischen 184,9 Mrd. Euro angewachsenen Schuldenberg der Rot-Weiß-Roten Republik zu tilgen. Sie könnten diese Summe für wohltätige Zwecke einsetzen: Laut der Weltnahrungsgenerationsorganisation FAO sind »nur« 30 Mrd. Dollar nötig, um den Hunger auf der Welt zu beseitigen.

## Im doppelten Boden

134 Mrd. Dollar ist eine gewaltige Summe, die unser Vorstellungsvermögen übersteigt. Aber man kann 96 Mrd. Euro in Form von Papieren ganz einfach in zwei simplen Aktenkoffern verstauen. So wie es die beiden Männer mit japanischen Reisepässen getan haben, deren Geschichte schon so absurd klingt, dass man es kaum glauben kann: Am 3. Juni 2009 wollen zwei Männer, beide um die fünfzig Jahre alt, per Bummelzug aus Italien in die Schweiz einreisen. Am Grenzübergang in Chiasso behaupten sie, sie hätten nichts zu verzollen. Dann geraten sie in eine Routine-Kontrolle der italienischen Finanzpolizei. Und die Beamten machen vielleicht

den Fund ihres Lebens: Im doppelten Boden der Koffer finden sie US-Staatsanleihen im Wert von 134 Mrd. Dollar. Das Geld soll in der Schweiz deponiert werden. Die Papiere werden sichergestellt, die beiden Männer verhaftet.

Bei den Papieren handelt es sich um 249 US-Staatsanleihen mit einem Nennwert von je 500 Mio. Dollar, rund 358 Mio. Euro, sowie zehn »Kennedy-Bonds« zu je einer Mrd. Dollar (715 Mio. Euro). An der Echtheit der Papiere wurde bis zuletzt gezweifelt. Die italienische Finanzpolizei vermutet jedoch, dass zumindest ein Teil der Wertpapiere echt sei. »Was die Echtheit der Kennedy-Bonds betrifft, haben wir noch Zweifel, aber die US-Staatsanleihen scheinen glaubwürdig. Sie sind aus Filigranpapier von ausgezeichneter Qualität«, sagte Oberst Rodolfo Mecarelli von der italienischen Finanzpolizei in Como Mitte Juni. Außerdem liege den Papieren eine umfangreiche Bankdokumentation im Original bei. Bis heute allerdings ist die Echtheit der Papiere von offizieller Seite nicht bestätigt worden. In manchen Medien kursieren Gerüchte, die Anleihen seien »wahrscheinlich echt«. Andere wiederum behaupten, die Papiere seien »grandiose Fälschungen«.

## Funkstille seit 14. Juli

Öffentlich äußerte sich nur der Pressesprecher der amerikanischen Schuldenbehörde (Bureau of the Public Debt) des Finanzministeriums in der New York Times zu den Spekulationen. Obwohl er die Bonds nur auf Online-Bildern sah, behauptete er, die Papiere sähen überhaupt nicht aus wie echte Anleihen, die-

se würden Privatpersonen ohnehin nie in solch hohem Nennwert ausgestellt werden. Auch die Finanzagentur Bloomberg zweifelt offiziell die Echtheit der Papiere an. Seit dem 14. Juli gibt es allerdings weder offizielle noch inoffizielle Meldungen von italienischen, amerikanischen und japanischen Behörden, weder zur Originalität der Papiere noch zu dem Verbleib der Männer, die mit dem Koffer erwischt wurden, noch zu möglichen Ursachen.

## Gerüchteküche

Asianews und einem Radiosender wurde wiederum eine brisante Information zugespielt: einer der beiden Japaner sei Tuneo Yamauchi, ein Bruder von Toshiro Muto. Muto trat kürzlich als Vizegouverneur der Bank of Japan zurück. Dazu kommt, dass die italienischen Behörden an die Authentizität der Papiere glauben, und dass die beiden Japaner Angestellte des japanischen Finanzministeriums seien. Sie sollten die Bonds in die Schweiz bringen, da die japanische Regierung offenbar das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der USA verloren hat, die bei Japan horrende Schulden haben. Die japanischen Finanzbehörden seien angehalten worden, einen Teil der Sicherheiten zu verkaufen. Die im Schweizer Recht garantierte Anonymität hätte einen Finanzskandal verhindert.

Die verdächtige Verschwiegenheit der Behörden sowie die brodelnden Gerüchte im Internet erschweren die Recherche. Denn kaum findet man den neuesten Artikel der Financial Times, die schwört, die Anleihen seien »sicher« Fälschungen, titelt die AOL-News »Geschmuggelte Anleihen

# Chocolats Lindt



Und die Beamten machen vielleicht den Fund ihres Lebens: Im doppelten Boden der Koffer finden sie US-Staatsanleihen im Wert von 134 Mrd. Dollar. Das Geld soll in der Schweiz deponiert werden.

sind wohl echt«. Vielleicht auch deswegen ging dieser Milliardenkoffer in der Tages- und Wochenpresse unter. Es mangelte stets an Informationen, die Finanzpolizei gab sich bedeckt. Die Aussagen teilen sich, und wo es keine Gewissheit gibt, da brodeln die Gerüchteküche.

Die meisten englischsprachigen Medien ignorieren diesen Vorfall sogar. Erst, als die Finanz-Agentur Bloomberg die Papiere als wahrhaftige Fälschungen deklarierte, berichteten sie kurz. Anders jedoch die europäischen und asiatischen Medien. Je bedeckter sich die Behörden hielten – desto eifriger betätigte sich die Internet-Community als Detektiv und täglich finden sich neue Fragen und Verschwörungstheorien im Netz.

## Viele offene Fragen

Es bleibt rätselhaft, warum zwei Männer ausgerechnet in diesem Juni 2009 versucht haben, mit Werten über die Grenze zu kommen, die mehr als die Hälfte der österreichischen Staatsschulden ausmachen. Und warum sich zwei Männer im Business-Look in einen vorwiegend von Arbeitern frequentierten Bummelzug gesetzt haben, wo sie allein durch ihr äußeres Erscheinungsbild herausstechen – das klingt eher nach Amateuren.

Es bleibt rätselhaft, wer diese Beiden sind, und wer ihr Auftraggeber ist. Inzwischen ist auch nicht klar, ob die Männer, die zwar japanische Pässe vorweisen konnten, auch tatsächlich Asiaten sind. Beide wurden zwar kurzfristig festgenommen, sind aber längst wieder auf freiem Fuß. Mecarelli gibt sich darüber bedeckt mit Verweis auf die noch laufenden Ermitt-

lungen. Italienischen Medienberichten zufolge ist es eher ungewöhnlich, dass an der italienisch-schweizerischen Grenze asiatische Schmuggler erwischt werden. Es ist auch rätselhaft, dass sich laut der italienischen Tageszeitung »Il Giornale« der US-Sicherheitsdienst Secret Service eingeschaltet hat. Der Secret Service ist unter anderem für die Bekämpfung von Finanzkriminalität und den Schutz des US-Präsidenten zuständig.

Auch der Name »Kennedy-Bonds« gibt Rätsel auf, angeblich existiert ein Bond mit diesem Namen nicht. Laut Spiegel.de wurde die US-Börsenaufsicht eingeschaltet um auch die US-Anleihen nachzuprüfen. So kursiert das Gerücht, die ominösen Kennedybonds seien entweder Relikte aus dem Jahr 1934 oder einfach nur perfekte Fälschungen.

Und gerätselt wird auch, wer hinter diesem Milliardenkoffer steckt. Die Financial Times vermutet dahinter die italienische Mafia, die die Papiere gefälscht haben soll. Viele Medien weisen auf ein Gerücht hin, dass der nordkoreanische Geheimdienst dahintersteckt, dem ein Interesse an der Destabilisierung der westlichen Finanzmärkte nachgesagt wird. Andere wiederum behaupten, eine ominöse Sekte wäre in die Affäre involviert.

Das neueste Gerücht bringt Italiens Premierminister Silvio Berlusconi ins Spiel: der Fund der italienischen Zöllner sei kein reiner Zufall gewesen, sondern Berlusconi hätte von den schmierigen Geschäften bereits vorher erfahren und die Sache auffliegen lassen. Es soll ein Racheakt an der japanischen Regierung sein. Denn vergangenen Sommer wurde Berlusconi auf dem G8-Gipfel in Japan von den USA be-

leidigt: In einer Pressemappe wurde er als »politischer Dilettant«, Italien als Land der »Korruption und Lasterhaftigkeit« bezeichnet. Das weiße Haus hat sich zwar für den Fauxpas entschuldigt, aber Berlusconi ist bekannt dafür, dass er gerne Retourkutschen fährt. Vor allem, als im Juli wieder der G8-Gipfel an der politischen Tagesordnung stand, und zwar – in Italien.

## 38 Mrd. Euro Strafe

Vor allem stellt sich die Frage, welcher Staat etwas zu verbergen hat, dass die Behörden derart im Schweigen versinken.

Sollten sich die Papiere wider Erwartens doch als echt herausstellen, dürfte sich das tief verschuldete Italien über eine kleine Finanzspritze freuen. Denn es dürfen nicht mehr als 10.000 Euro unangemeldet in ein Land außerhalb der EU ausgeführt werden; im Schmuggelfall hat der Staat Anspruch auf bis zu 40 Prozent der Summe. Somit drohe den Schmugglern eine Strafe von bis zu 38 Mrd. Euro – dies wären fast 2,5 Prozent des italienischen BIP. Gleichzeitig wären die beiden Japaner die viertgrößten Gläubiger der USA, nach Russland (138 Mrd. Dollar) und noch vor Großbritannien (128 Mrd. Dollar).

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorIn  
[maja.nizamov@gmx.net](mailto:maja.nizamov@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Scheinheilig

*Schon in der Bibel ist vom Tanz um das goldene Kalb die Rede. TheologInnen sehen mittlerweile im Kapitalismus die erste weltumspannende Religion.*

Autor: Andreas Gjecaj

Bundessekretär der ChristgewerkschafterInnen  
im ÖGB

**B**ei uns in der Steiermark werden bei Hochzeiten gerne Kärntnerlieder gesungen. Und wenn beim Chor erklingt: »aber Du lasst kan Schein, von der Liab in die Herzkammerl ein« eilen schon die Trauzeugen mit dem Geldschein in der Hand.

Natürlich ist Geld wichtig. Das war es immer, wie Beispiele aus der Bibel belegen. Dort steht, dass man nicht zwei Herren dienen könne, man sich entscheiden müsse zwischen Gott und Mammon. Im Alten Testament, das Juden und Christen gemeinsam ist, und in seinen Wurzeln rund 3.500 Jahre zurückreicht, wird das einprägsame Bild vom »Tanz um das goldene Kalb« gezeichnet. Während Moses auf den Berg Sinai gestiegen ist und mit den Steintafeln der 10 Gebote zurückkehren wird, wird das Volk unruhig und bittet seinen Bruder Aaron, etwas zu unternehmen. So findet Moses bei seiner Rückkehr ein Volk, das in Ekstase um das goldene Kalb tanzt. Es ging schon damals nicht um die Frage, ob Geld wichtig ist, sondern darum, was im Mittelpunkt steht, was als letztgültig angesehen wird, um das, worum sich unsere Gesellschaft dreht.

## Der Markt als Religion?

Noch immer beschäftigt uns diese Frage. Was gilt in unserer modernen Gesellschaft als heilig? Nicht wenige TheologInnen

sehen mittlerweile im Kapitalismus die erste weltumspannende Religion. So meint die evangelische Theologin Dorothee Sölle: »Der neue Gott ist allgegenwärtig. Er bemüht sich, das alte Über-Ich, das Gut von Böse zu unterscheiden lehrt, zu entwichtigen. Hinter dem neuen Apparat, der alte Einrichtungen wie Kirche, Schule und Familie längst überholt hat, steht der größte, alles beherrschende Gott, der ‚MARKT‘ heißt. Hast du etwas anzubieten, ist es verkäuflich, rechnet es sich, fragt er. Andere Fragen kennt er nicht. Er sorgt dafür, dass die Äpfel von nebenan weggeworfen werden und die Frauen im Süden der Erdkugel, die vor zwanzig Jahren noch Bohnen und Mais für den eigenen Bedarf anbauen durften, heute Orchideen und Südfrüchte für den Export züchten. Es ist der Weltmarkt, der sie zu weiterer Verelendung zwingt.«

Nicht weniger radikal formuliert der Theologe Reimer Gronemeyer: »Wer den Marktgesetzen widerspricht, ist schlechter dran, als ein Ketzer, denn er ist nach allgemeiner Übereinkunft ein Trottel. Der Markt, der als neue Gottheit auftritt, ist deshalb so barbarisch, weil er nicht einmal vorgibt, ein guter Gott zu sein. Er ist vielmehr die Wiederverkörperung alter Schreckensgötter. Kaltlächelnd, so muss man befürchten, wird er die in den Jahrhunderten der Aufklärung gewachsenen Ansprüche der Menschen niedertrampeln: Gerechtigkeit für einen Schmarren und Humanität als eine unzeitgemäße Sentimentalität diskreditieren.«

Luise Gubitzer, Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien, zeichnet auch ein sehr treffendes Bild der gegenwärtigen Situation. Dabei unterscheidet

sie verschiedene Formen des Wirtschaftens, mit jeweils eigene »Rationalitäten«.

## Gewinnmaximierungsrationale

Im Profitsektor wird nach »Gewinnmaximierungsrationale« entschieden. Es wird getan, was den Gewinn erhöht. Im Öffentlichen Sektor haben Entscheidungen nach »Versorgungs-, Umverteilungs- und Vorsorge-, sowie Gleichstellungsrationale« zu erfolgen. Das Hauptaugenmerk gilt der Bereitstellung öffentlicher Güter für die BürgerInnen des Landes. Im Dritten Sektor, in dem viele – oft gemeinnützige – Vereine und Verbände tätig sind, wird nach »politisch-ethischen Rationalitäten« agiert. Sehr oft ehrenamtlich, leisten diese Bereiche der »Zivilgesellschaft« wertvolle Beiträge. In den Familien, im Haushaltssektor, wird nach »Fürsorge-, Versorgungs- und Vorsorgerationalität« gewirtschaftet. Nach wie vor leisten hier überwiegend Frauen einen wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft. Schließlich zählen auch »Schwarzarbeit« und andere Formen des »Illegalen Sektors« zur Ökonomie. Dort wird aus »Versorgungsrationale« Erwerbsarbeit nachgefragt, wird nach »Gewinnmaximierungs- und Umgehungsrationale« gewirtschaftet und es werden wirtschaftliche Interessen auch mit Gewalt durchgesetzt.

Ein Befund unserer Art zu wirtschaften ergibt, dass die »Gewinnmaximierungsrationale«, die aus der Profitwirtschaft stammt, alle anderen Bereiche zu beherrschen scheint. »Wenn der fundamentale Zweck von Wirtschaft, nämlich die Versorgung mit Gütern, zum alleinigen Sinn von Wirtschaft gedeutet wird,

**Noch immer beschäftigt uns diese Frage. Was gilt in unserer modernen Gesellschaft als heilig? Nicht wenige TheologInnen sehen mittlerweile im Kapitalismus die erste weltumspannende Religion.**

wird nicht nur aus einem einzigen Zweck das Ziel. Wettbewerb wird zum Wert an sich, der andere humane, ökologische, soziale und demokratische Werte verdrängt. Es kommt zu einer führungslosen Herrschaft des fundamentalen Zwecks der Wirtschaft, der sich keinem Ziel zu verantworten hat«, schreibt dazu der Theologe Franz Segbers.

### **Soll ein Sozialstaat Profite machen?**

Schon im 19. Jahrhundert – am Beginn der industriellen Revolution – wurde die Idee des »Nachtwächter-Staates« geboren. Selbstinteresse und Markt sollten dafür sorgen, dass geradezu automatisch das größte Glück für die größte Zahl verwirklicht werde. Der Staat sollte in diesen Mechanismus nicht eingreifen, sondern vielmehr dafür sorgen, dass dieser Mechanismus nicht behindert werde. Nach dem grandiosen Scheitern dieser Ideen – und zwei Weltkriegen – kann man das 20. Jahrhundert in Europa auch mit dem Aufbau von Sozialstaaten treffend beschreiben. Für das 21. Jahrhundert treffen Michael Reimon und Christian Felber mit ihrem »Schwarzbuch Privatisierung« ganz entscheidende Feststellungen zum Verhältnis von Staat und Privat:

■ Die Starken profitieren: Öffentliche Betriebe tragen gesellschaftliche Verantwortung, gewinnorientierte Konzerne nicht. Übernehmen sie die Grundversorgung, tragen sie aktiv zur Schaffung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft bei. Erstes Privatisierungsopfer ist die Landbevölkerung: Nicht genug damit, dass ihr aufgrund der Handelskonzentration Nah-

versorger vor der Nase zusperrten, es kommen auch Postämter, Nebenbahnen, Telefonzellen und Buslinien abhanden. Netzgebundene Anschlüsse (Strom, Gas, Wasser, Kanal, Telefon, Internet) werden nach Privatisierungen fast nur noch in Ballungszentren ausgebaut.

■ Ein Staat ist kein Arbeitgeber: »Der Staat ist ein schlechter Unternehmer«, hört man immer wieder. Aber Staaten existieren aus anderen Gründen als Aktiengesellschaften und PolitikerInnen sollten nicht versuchen, BetriebswirtInnen zu sein. Private Krankenkassen haben kein Interesse, Schwerkranken zu helfen. Im Gegenteil, profitorientiert müssten sie danach trachten, diese loszuwerden. Private Stromversorger haben kein Interesse an KleinkundInnen mit viel Verwaltungsaufwand und wenig Umsatz. Private Pensionsversicherer haben Interesse an einer möglichst hohen Gewinnspanne. Gleiches gilt für private Wasser- und Abwasserversorger, private Abfallentsorger usw.

■ Am Ende haftet der Staat: Die Gesellschaft trägt die Kosten für all jene »Nebeneffekte«, die eine Privatisierung mit sich bringt. Höhere Arbeitslosenzahlen, mehr Sozialfälle und Umweltschäden sind offensichtliche Kostenfaktoren, aber es gibt auch versteckte, die man nicht in Zahlen gießen kann. Wenn private Gefängnisse weniger Geld in die Ausbildung von Insassen investieren und diesen Menschen damit keine neuen Perspektiven für die Zeit nach der Haft eröffnen – was kostet das? Welchen Preis zahlt die Gesellschaft? Die Öffentlichkeit trägt auch

## W E B L I N K S

Aus der Skriptenreihe von VÖGB und AK: Politik und Zeitgeschehen, Band 2: Christliche Soziallehre  
[www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/pzg/PZG-15.pdf](http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/pzg/PZG-15.pdf)

die Kosten für das »Rosinenpicken« der privaten Betreiber. Darunter versteht man, dass Investoren nur die profitablen Sektoren öffentlicher Betriebe kaufen, die Verluste machenden Teile aber unverkäuflich sind. Der Politik bliebe die Wahl, diese Aufgaben aus Steuermitteln zu bestreiten oder ganz darauf zu verzichten.

### **Worum sich die Geschichte dreht**

Auch wenn Religion gerne zur »Privatsache« erklärt wird, scheint die Frage, was in einer Gesellschaft für »heilig« gehalten wird, wesentlich. Und es wird auch im 21. Jahrhundert entscheidend sein, ob wir den »Geldschein« zum obersten Prinzip machen oder ob es weiterhin gelingt, dem Trend – dem, was von selbst geschehen würde – täglich aufs Neue soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit abzurufen.

## K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[andreas.gjecaj@oegb.at](mailto:andreas.gjecaj@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Kulturtechnik Geld

*Geld und Zahl sind in unserer Sprache eng miteinander verwoben. Ohne Rechnen ist unsere wissenschaftlich-technische Zivilisation unvorstellbar.*

Autor:

Ass.-Prof. Dr. Wolfgang Pircher

Assistenzprofessor am Institut für Philosophie  
der Universität Wien

**G**eld ist zweifellos eine problematische (soziale) Erfindung. Es gibt praktische wie theoretische Probleme auf. Ernsthaft, wenn auch etwas dissidente Ökonomen sprechen vom Rätsel des Geldes und die Probleme des krisengeschüttelten Finanzmarktes sprechen für sich. Man könnte dem noch die prinzipiellen Vorbehalte der Moralisten hinzufügen, die schon seit je das Geld misstrauisch beobachten und jene verdammen, die es zu ihrem Lebenszweck gemacht haben. Dies alles in Rechnung gestellt, lässt sich gleichsam zur Ehrenrettung dieser Erfindung allein auf die zivilisatorische Wirkung hinweisen, die mit dem Geld verbunden ist. So sehr man z. B. einen »berechnenden« Menschen meiden mag, die Fertigkeit des Rechnens ist für unsere wissenschaftlich-technische Zivilisation unverzichtbar. Man kann an vielen Beispielen zeigen, wie der Erwerb dieser Fertigkeit mit dem Gebrauch des Geldes verknüpft war.

Wie eng Geld und Zahl in unserer Sprache verwoben sind, lässt sich etwa an dem

Wort »Z(z)ahlen« verdeutlichen, dessen Bedeutung wir nicht hören können. Erst die Schrift zeigt uns ob es sich um die Mehrzahl von Zahl handelt, oder das (be-)zahlen einer Rechnung. Bei dem Wort Rechnung hilft nicht einmal die Schrift, um eine mathematische Operation oder die Forderung einer Geldsumme zu unterscheiden. Wie so oft, ist auch in diesem Fall das Grimmsche Wörterbuch hilfreich. Es weist darauf hin, dass die Bedeutung von zahlen als der Erlegung einer Summe Geldes sich von der Verwendung des Zahlbrettes herleitet, vom **Abakus**.<sup>1</sup> Von Anfang an häufiger verwendet wurde das Verb bezahlen. Die Erläuterung dieses Verb wird mit der lateinischen Formel *solvere numerata pecunia* eingeleitet, mit aufgezähltem Geld. Schließlich bemerkt der Mathematiker John McLeish: »Die Wichtigkeit eines Geldsystems für die Entwicklung der Arithmetik (besonders der Brüche) ist kaum zu übertreiben.«<sup>2</sup>

## Kulturtechnik Geld

Wenn das Geld also eine menschliche Erfindung ist, könnten wir von einer Kulturtechnik sprechen. Diese Kulturtechnik sichert ein symbolisches System, das sich zwischen die Natur und den Menschen schiebt. Es handelt sich um ein Funktionssystem, das Bewegungen prozessiert, nämlich die Zirkulation von Dingen. Diese Zirkulation erfolgt in einer monetären Wirtschaft entlang der Bahnen, die die Geldströme vorzeichnen. Auch wenn man Geld auch nicht essen kann, ist es doch das privilegierte Mittel um zu Nahrung zu kommen und in diesem Sinne ist es ein Nahrungsmittel. Das

gilt nicht, wenn man wie Robinson Crusoe aus dem Rahmen der menschlichen **Sozietät** fällt. Insofern ist der Gebrauch des Geldes vom Umfang der symbolischen Ordnung bestimmt, welche die Sozietät ausmacht.

## Symbole und Zeichen

Als Kulturtechnik wurde im 19. Jahrhundert die ingenieurmäßige Bearbeitung des Bodens verstanden, also Fragen der Bewässerung, **Drainage**, Begradigung von Flüssen, etc.. Übernehmen wir aus diesem Begriffsverständnis die Trennung von Kopf- und Handarbeit, wie sie für alle ingenieurwissenschaftlichen Tätigkeiten entscheidend ist, wo einfache Handarbeit und Geschick durch Verwissenschaftlichung ersetzt werden, dann können wir sagen, eine Kulturtechnik zeichnet sich wesentlich durch das Prozessieren von Symbolen (und Zeichen) aus. Dies passt auch sehr gut auf die Kulturtechnik des Geldgebrauches, der sich durch ein bestimmtes Wissen auszeichnet.

Dieses Wissen verschränkt sich mit einer medientheoretischen Auffassung des Geldes, insofern es in das Kommunikationssystem Geld eingeht. Um über Geld zu kommunizieren, und das können komplexe Kommunikationsformen sein, braucht es bestimmte Kenntnisse. Aber die Medientheorie des Geldes abstrahiert üblicherweise von diesem Wissen, daher muss sie um den kulturtechnischen Aspekt ergänzt werden. »Der Begriff der Kulturtechnik stellt die Begriffe Medien, Kultur und Technik aufs Neue gemeinsam zur Disposition. Er bewerkstelligt dies, indem er Operationen bzw. Ketten von Operati-

<sup>3</sup> Bernhard Siegert: Weiße Flecken und finstre Herzen. Von der symbolischen Weltordnung zur Weltentwurfsordnung, in: Daniel Gethmann, Susanne Hauser (Hg.): Kulturtechnik Entwerfen. Praktiken, Konzepte und Medien in Architektur und Design Science, Bielefeld: transcript 2009, S. 19-48, hier S. 20

<sup>4</sup> Sybille Krämer, Horst Bredekamp: Kultur, Technik, Kulturtechnik, in: Sybille Krämer und Horst Bredekamp (Hg.): Bild, Schrift, Zahl, München: Fink 2003, S. 18.

Die Zinsrechnung ist operationalisierbar ohne Wissen über das ökonomische Wesen des Kredits. Diese Operationen werden dem Denken vorgestellt, insofern sie Dinge oder Symbole benutzen, die handgreiflich sind, wie z. B. Zählsteine beim Abakus oder schriftliches Rechnen.



© öbB-Verlag/Paul Sturm

onen als das historisch und logisch Primäre den Medienbegriffen, die aus ihnen hervorgehen, vorausgehen lässt.<sup>3</sup> So wie sich rechnen lässt, ohne zwangsläufig über einen Begriff der Zahl zu verfügen, so lassen sich Operationen durchführen, die wir heute dem Geld zuschreiben, ohne dass der Begriff und seine Vergegenständlichung etwa in der Form der Münze existierten. So kennen wir aus **Mesopotamien** Kreditverträge mit Zinsen lange vor der Einführung des Münzgeldes. Hier treffen wir auf die Kulturtechnik der Schrift, die in Mesopotamien entwickelt, zuerst Zahlzeichen notierte.

### Rechnen am Papier

Rechnen, wie es lange Zeit in Rechenbüchern abgehandelt wurde, war Formelrechnen ohne Beweisverfahren. Das ist möglich, weil die Anwendung eines Kalküls erfolgreich sein kann, auch wenn man über die Elemente und die Prozeduren nicht umfassend Auskunft geben kann. Das ist beim Geldgebrauch im Grunde genauso, man muss nicht wissen, was Geld ist, um es benutzen zu können. Es ist allerdings günstig sich über das Ergebnis einer Zinsrechnung klar zu werden, bevor man einen Kredit aufnimmt. Die Zinsrechnung ist operationalisierbar ohne Wissen über das ökonomische Wesen des Kredits. Diese Operationen werden dem Denken vorgestellt, insofern sie Dinge oder Symbole benutzen, die hand-

greiflich sind, wie z. B. Zählsteine beim Abakus oder schriftliches Rechnen. Zwar lässt sich einsehen, dass eine derartige Kulturtechnik »die Leistungen der Intelligenz durch Versinnlichung und exteriorisierende Operationalisierung des Denkens«<sup>4</sup> befördert, aber es liegt darin auch eine gewisse Blindheit, insbesondere wenn das kalkülisierende Rechnen einer Maschine überlassen bleibt, die keinen Begriff davon hat, was gerechnet wird.

Eine wesentliche Erleichterung des Rechnens war die Einführung des indisch-arabischen Zahlensystems in Europa, des dezimalen Stellenwertsystems mit einer Null. Damit konnten alle Rechenoperationen auf dem Papier ausgeführt werden, das Hantieren mit Rechensteinen entfiel. Es war wohl kein Zufall, dass ein Kaufmann, Leonardo Pisano, genannt Fibonacci, mit seinem Liber Abaci von 1202 wesentlich für die Etablierung dieser Innovation verantwortlich war. Luca Pacioli beruft sich in seiner 1494 erschienenen Summa, dem lange berühmtesten Mathematiklehrbuch, in dem auch die erste gedruckte Darstellung der doppelten Buchhaltung erschien, auf Fibonacci. Das zeigt die große Bedeutung des kaufmännischen Rechnens und Verschriftens, das auch in eigenen Schulen unterrichtet wurde, die man als die ersten nicht-geistlichen Schulen des Mittelalters bezeichnen kann. Dieser **Säkularisierungsprozess** verlief nicht ohne Spannungen, die nicht zuletzt durch das Verbot der Zinsnahme verstärkt wurden, ein Verbot, dem die Kaufleute mit Innovationen wie dem Wechsel zu begegnen suchten.

Historisch sind das Geld und die Null unabhängig voneinander erfunden, sie

<sup>1</sup> Jacob und Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch, Band 31, München 1984, Sp. 44.  
<sup>2</sup> »The importance of a monetary system in the development of arithmetic (especially fractions) is difficult to exaggerate.« (John McLeish, Number, London: Bloomsbury 1991, S. 41f.)

**W E B L I N K S**

Der Ursprung des Geldes:  
[www.oenb.at/de/ueber\\_die\\_oenb/geldmuseum/allg\\_geldgeschichte/ursprung/der\\_ursprung\\_des\\_geldes.jsp](http://www.oenb.at/de/ueber_die_oenb/geldmuseum/allg_geldgeschichte/ursprung/der_ursprung_des_geldes.jsp)

kommen im Prinzip auch jeweils alleine aus. Aber es war doch eine folgenreiche Begegnung von Geld und Null zu Anfang des 13. Jahrhunderts in Italien, welche das System der Geldkommunikation entscheidend verbessert hat. Weder mit dem Geld noch mit der Null bzw. mit dem Rechnen, verbinden sich historisch spektakuläre Ereignisse, sie verändern die Kultur gleichsam auf kleiner Flamme.

### Erstaunlich lange

Es kommt auch weniger auf Produkte als auf Prozesse und Vollzüge an, deren Übergang in den kulturellen Bestand erstaunlich lange dauern kann. So hat es in Europa Jahrhunderte gebraucht, bis die Grundrechnungsarten tatsächlich volkstümlich geworden sind. Für eine Zivilisation, in der die Zahl allgegenwärtig ist, eine durchaus erstaunliche Tatsache.

**K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[wolfgang.pircher@univie.ac.at](mailto:wolfgang.pircher@univie.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Kaufen und aussaugen

*Die Gewerkschaften verlangen eine effektive Regulierung von Private Equity Fonds, die Firmen aufkaufen – meist zu Lasten der Beschäftigten.*

Autor: Mag. David Mum

GPA-djp Grundlagenabteilung

**D**ie Krise trifft die Private Equity Fonds enorm. Da die aufgekauften Unternehmen mit Schulden belastet wurden und diese krisenbedingt vielfach nicht mehr bezahlen können, sind weitere Kreditausfälle in enormer Höhe zu erwarten. Allein in Europa handelt es sich dabei um ein Kreditvolumen von 500 Mrd. Euro. Schätzungen gehen davon aus, dass die Hälfte nicht einbringlich sein wird.

Es zeigt sich wieder, dass Finanzinvestoren in der Gier nach möglichst hohen Erträgen unverantwortungsvoll Risiken unglaublichen Ausmaßes eingegangen sind. Es bedarf daher einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte, um das Risiko zu beschränken. Appelle an Verantwortung, Selbstregulierung und freiwillige Verhaltenskodizes gehen ins Leere.

## Geschäftsmodell Heuschrecke

Das Geschäftsmodell der Private Equity Industrie beruht maßgeblich auf Steuervermeidung und extrem hohen Renditen, die auf einem Mittelabzug aus Unternehmen basieren. In vielen Fällen sind Private Equity Fonds nicht an der Erhöhung der Wertschöpfung sondern am Abzug von Mitteln aus den Unternehmen interessiert. Die ManagerInnen der Fonds sind nicht an der langfristigen Entwicklung der Unternehmen interessiert, sondern an maximalem raschen Gewinn.

Private Equity Fonds kaufen nicht Aktien auf der Börse sondern ganze Firmen. Um in kurzer Zeit extrem hohe Renditen zu erzielen, ziehen sie viel Geld aus den übernommenen Unternehmen ab, indem deren Vermögenswerte wie z. B. Immobilien verkauft, Schulden angehäuft und Kosten radikal gesenkt werden. Leidtragende sind die Beschäftigten, denn Firmen werden als ertragreiche Anlageobjekte betrachtet mit denen kurzfristig maximal mögliche Gewinne gemacht werden. Dementsprechend agieren die Fonds.

Nur ein kleiner Prozentsatz des Übernahmepreises wird dabei aus eigenen Mitteln des Fonds finanziert. Der größte Teil wird über Kredite fremdfinanziert (**Leveraging**). Ist die Übernahme abgeschlossen, muss das aufgekaufte Unternehmen die Schulden bedienen, und finanziert somit die eigene Übernahme. Zur Rückzahlung der Schulden werden z.B. Immobilien verkauft und zurückgeleast. So gehen die Fonds oft bei Hotels oder Handelsbetrieben vor. Angesichts der drastischen wirtschaftlichen Einbrüche können sich manche Unternehmen nun die Leasingraten nicht mehr leisten.

So wurde die Handelskette Mervyn's in den USA in den Konkurs getrieben. In dem Unternehmen waren 18.000 Menschen beschäftigt. Die Immobilien wurden ausgelagert und verkauft. Damit hatten auch die Gläubiger keinen Zugriff mehr auf das Vermögen der Firma. Mervyn's erhielt nach eigenen Angaben nur 8,3 Mio. Dollar und wurde seiner Immobilien entledigt. Die Private Equity Firma, Anwälte und Investmentbanker bezogen 58 Mio. Dollar an Gebühren!<sup>1</sup>

In der Folge werden die Unternehmen von den neuen Eigentümern noch gezwungen sich zusätzlich zu verschulden. Das Unternehmen nimmt Kredite auf, die sofort an den Fonds als Dividendenausschüttung weitergeleitet werden. Private Equity Fonds sind insbesondere an Unternehmen mit hohem Eigenkapital und stabilen Erträgen interessiert. Von diesem Eigenkapital ist jedoch nach kurzer Zeit fast nichts mehr übrig. Heinrich Weiss, Aufsichtsratsvorsitzender von SMS Siemag »Von denen sind manche so ausgesaugt worden, dass sie beim ersten Windstoß umfallen.«

Private Equity Fonds sind nicht nur Spezialisten beim Ausräumen von Unternehmen, sondern auch beim Vermeiden von Steuerzahlungen. Die aufgekauften Unternehmen bezahlen viel weniger Steuer als zuvor, weil die Zinsen für den Schuldendienst von der Steuer abgezogen werden. Die Private Equity Fonds selbst haben ihren Sitz meist in Steueroasen.

## Woher kommt das Geld?

Private Equity Fonds verwalten Gelder von InvestorInnen, wie privaten Organisationen, reichen Einzelpersonen, Banken, Versicherungen und Pensionskassen.

Pensionsfonds gehören zu den wichtigsten Private Equity Anlegern. 2006 zur Hochblüte des Private Equity-Booms stellten Pensionsfonds 29,2 Prozent der Mittel und waren damit die wichtigste Investorengruppe bzw. der größte Kapitalgeber der privaten Beteiligungsindu-

<sup>1</sup> [www.iufdocuments.org/buyoutwatch/2008/09/new\\_era\\_in\\_litigation\\_bankrupt.html](http://www.iufdocuments.org/buyoutwatch/2008/09/new_era_in_litigation_bankrupt.html)



Das Geschäftsmodell der Private Equity Industrie beruht maßgeblich auf Steuervermeidung und extrem hohen Renditen, die auf einem Mittelabzug aus Unternehmen basieren.

strie. Seit 2002 dürfen auch österreichische Pensionskassen in Private Equity Fonds investieren. Wo Gewerkschaften dort Einfluss haben, sollten solche Investitionen nur akzeptiert werden, wenn sich die Fonds zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und -bedingungen verpflichten.

Der Abzug des Eigenkapitals und die Verschuldung der Unternehmen macht diese in konjunkturellen Krisen konkursgefährdet. Hier könnte die Wirtschaftskrise besonders stark wirken und zu einer Pleitewelle der von Private Equity Fonds gekauften Unternehmen führen. Wir verlangen von Private Equity Fonds das Überleben der Unternehmen zu sichern und ihre Mittel für eine Eigenkapitalerhöhung dieser einzusetzen.

### Richtlinienentwurf inakzeptabel

Die Steuervermeidung und das Fehlen fast jeglicher Regulierung muss rasch beendet werden. Notwendig sind verpflichtende Eigenmittelquoten der Private Equity Fonds, mehr Transparenz, eine höhere Besteuerung der kurzfristig entnommenen Gewinne und eine Absicherung der ArbeitnehmerInnenrechte bei Firmenübernahmen.

Der von EU-Kommissar **McCreevy** Ende April 2009 präsentierte Richtlinienentwurf zur Regulierung von Hedgefonds und Private Equity Fonds greift viel zu kurz. Zwar werden Fondsmanager in Zukunft ihre Geschäfte anmelden müssen, die Fonds selber werden aber in ihrem Handlungsspielraum nicht begrenzt.

Der Entwurf sieht Transparenzvorschriften und eine Zulassungspflicht für Hedgefonds vor. Das aber nur wenn sie

mehr als 100 Mio. Euro verwalten, es gibt keine Beschränkung des Leverage, also des Einsatzes von Fremdkapital. Für Private Equity Fonds bringt dieser Entwurf kaum Änderungen. Der Kauf von Unternehmen mit bei Banken ausgeborgtem Geld wird nicht begrenzt. Die Richtlinie sieht keine ausreichenden Informationsrechte für ArbeitnehmervertreterInnen vor, wenn ihr Unternehmen von einem Private Equity Fonds übernommen wird. Die Praktiken der Steuervermeidung werden durch den Entwurf nicht tangiert.

Aus Sicht der Gewerkschaften sind derartige Alibimaßnahmen abzulehnen. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen, die Substanz der Firmen und damit die Arbeitsplätze müssen vor FinanzinvestorInnen geschützt werden, die die Unternehmen »ausräumen«.

■ Unternehmensübernahmen die durch Kredit finanziert werden, sollen beschränkt werden.

■ Es dürfen die Schulden nicht dem aufgekauften Unternehmen übertragen werden.

■ Es müssen verpflichtende Eigenmittelquoten für Private Equity Fonds festgelegt werden. Und zwar in Relation zum veranlagten Kapital. Die Richtlinie sieht lediglich ein Mindesteigenkapital von 125.000 Euro vor.

■ Kurzfristig entnommene Gewinne müssen höher besteuert werden.

■ Zinsen auf externes Kapital sind ab einer Grenze als Teil des Gewinns zu ver-

steuern. Denn mit der Fremdfinanzierung wird auch massiv Steuer gespart.

### Alternative Public Equity

Um Betriebe weiterführen zu können, die wirtschaftliche Schwierigkeiten aber positive Zukunftsperspektiven haben, setzen wir auf »Public Equity« statt »Private Equity«. Wir setzen uns dafür ein, dass es wieder eine staatliche Auffanggesellschaft für gefährdete Unternehmen gibt. Bis 2001 gab es die erfolgreiche Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen (GBI). Eine neue GBI soll gefährdete Unternehmen auf ihre Sanierbarkeit analysieren und gegebenenfalls erwerben. Nach Stabilisierung der Unternehmen sollen diese verkauft und die Erlöse zur Rettung anderer Unternehmen eingesetzt werden. So kann verhindert werden, dass Private Equity Fonds die Finanzkrise zur Einkaufstour nutzen.

Um zu verhindern, dass wichtige Unternehmen zu Übernahmekandidaten werden, wäre eine langfristige öffentliche Beteiligung zumindest im Ausmaß der Sperrminorität (25 Prozent plus eine Aktie) sinnvoll. Wer Betriebe privatisiert schafft den Markt auf dem Private Equity Fonds agieren.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[david.mum@gpa-djp.at](mailto:david.mum@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die süßesten Früchte...

*Steigende Gehälter für die Managerelite, hohe Ausschüttungen für Aktionäre, Kurzarbeit, Lohnverzicht und Kündigungen für die Beschäftigten.*

*AutorInnen: Mag. Markus Oberrauter, Mag. Christina Wieser*

AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft

**W**o bleibt die Verantwortung der heimischen Führungselite für die Wirtschaftsmisere, die sie durch neoliberales Gewinnstreben mit verursacht hat? Werden Top-ManagerInnen trotz Gewinnrückgängen oder sogar Verlusten »erfolgsabhängig« belohnt? Welche Ausschüttungspolitik wird betrieben, um für den Weg durch die Krise gerüstet zu sein? Diesen Fragen widmet sich eine aktuelle Studie der AK Wien, die sowohl die Vorstandsvergütung als auch die Ausschüttungspolitik der ATX Unternehmen<sup>1</sup> unter die Lupe genommen hat.

## Weiter wie bisher?

Die Devise in den heimischen Konzernen lautet offenbar »Weiter wie bisher ...« So gar angesichts der herrschenden Rezession belohnen sich Österreichs Top-Manager mit unmoralisch hohen Gehältern. Darüber hinaus werden Aktionäre mit Ausschüttungssteigerungen und Zusatzdividenden bestens bedient: Trotz Gewinnrückgängen und sinkender Aktienkurse verdienen ATX ManagerInnen im Krisen-

jahr 2008 mehr als 1,3 Mio. Euro pro Kopf, das ist das 48-fache (2007: 47-fache) eines Beschäftigten in den betreffenden Unternehmen. Dieses üppige Jahresgehalt entspricht einem durchschnittlichen Lebensseinkommen.

## Millionen für die Vorstandsetagen

Spitzenreiter bei der Managementvergütung sind die Vorstände von OMV, Andritz, der Vienna Insurance Group, der Erste Bank und von Raiffeisen International: Erste Bank Chef Andreas Treichl z. B. kassierte 2008 trotz Finanzkrise mit 3,3 Mio. Euro das 104-fache eines/r Angestellten im Bankkonzern. Aber auch die Vorstandsetage von Raiffeisen International kann sich über eine satte Erhöhung ihrer Gehälter freuen: Das Pro Kopf Einkommen stieg durch saftige Gewinne aus Aktienoptionen um mehr als die Hälfte auf knapp 1,6 Mio. Euro.

Der Trend zur variablen Vergütung – meist in Form von Aktienoptionen (Stock Options) hat sich in den letzten Jahren generell verfestigt: Während der erfolgsabhängige Anteil 2006 noch bei rund einem Drittel der Gesamtvergütung liegt, lockten im vergangenen Jahr bereits mehr als die Hälfte der untersuchten ATX-Unternehmen ihre Vorstandsriege mit Aktienoptionen, Boni oder Prämien. In Zeiten von Rekordgewinnen setzten die Führungskräfte alles daran, die definierten Erfolgskriterien wie Aktienkursanstieg oder künstlich hohe Ertragskennzahlen zu erreichen. Je stärker die Managerbezüge an den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens geknüpft sind, umso radikaler werden die Interessen der großen Kapitaleigner im

Konzern vertreten: Mit kurzfristig angelegten Maßnahmen wie z.B. Rationalisierungen wurde der Wert des Unternehmens für den Börsenhandel aufpoliert, langfristige und nachhaltige Strategien wie die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten oder die Schaffung von Arbeitsplätzen rückten dabei in den Hintergrund. Gerade dieses börsengetriebene Wirtschaften hat maßgeblich zu jener Krise beigetragen, mit der wir derzeit konfrontiert sind.

So gut die Top-Manager bis vor kurzem an der Börse verdient haben, so sehr wird die neoliberale Logik jetzt auch ihnen zum »Verhängnis«: Angesichts einbrechender Aktienkurse müssen Vorstände um sicher geglaubte, fette Gewinne aus Aktienoptionen fürchten. Damit das Managereinkommen aber auch in Krisenzeiten möglichst lukrativ bleibt, wurde entsprechend rasch gehandelt: In einer Art »Elitenagreement« zwischen Vorstand und Aufsichtsrat wird die Vorstandsvergütung derzeit gerade krisenfest geschnürt. Wie eine Umfrage des Wirtschaftsforums der Führungskräfte (WdF) zeigt, hat bereits mehr als die Hälfte der rd. 700 befragten ManagerInnen bis Ende April eine Erhöhung der Grundgehälter vereinbart.<sup>2</sup> Beschlossen werden die Vorstandsbezüge mit einem höheren, krisensicheren Fixum von den Kapitalvertretern im Aufsichtsrat, im Gegenzug erhalten die AktionärInnen wiederum üppige Ausschüttungen – ein klassisches Win-Win-Spiel!

## Fürstliche Ausschüttungen

Wie die AK Studie zeigt, ist die Ausschüttungspolitik der ATX Konzerne nämlich

<sup>1</sup> Zum Zeitpunkt der Untersuchung sind folgende 20 Unternehmen im ATX notiert: Andritz, AUA, BWIN, Erste Group Bank, EVN, Flughafen Wien, Intercell, Mayr-Melnhof Karton, Österreichische Post, OMV, Raiffeisen International, RHI, Schoeller-Bleckmann, Strabag SE, Telekom Austria, Verbund, Vienna Insurance Group, voestalpine, Wienerberger und Zumtobel.

<sup>2</sup> vgl. »Führungsgehälter 2008«; Wirtschaftsforum der Führungskräfte, WdF (April 2009)



Während sich die Führungseliten auch in Zeiten einer Rezession auf krisenfestes Einkommen in Form von hohen Ausschüttungen und steigenden Fixbezügen verlassen können, erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten umso massiver.

alles andere als maßvoll: Für das Jahr 2009 planen die untersuchten Unternehmen trotz Wirtschaftskrise Ausschüttungen in der Höhe von mehr als 1,9 Mrd. Euro. Dies entspricht in Summe der Lohnsteuerentlastung für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen durch die Steuerreform 2009. Die effektive Ausschüttungsquote der ATX Konzerne steigt – auf Basis des Konzernabschlusses – deutlich von 28,2 Prozent im Vorjahr auf 33,7 Prozent für 2009 an. Über besonders fürstliche Bonus- bzw. Treuedividenden dürfen sich die Aktionäre der Österreichischen Post und der Vienna Insurance Group freuen.

### Da geht die Post ab

Die Österreichische Post hat für das heurige Jahr rund 169 Mio. Euro an ihre Aktionäre ausgeschüttet, davon stammen 68 Mio. Euro aus Bonusdividenden. Um dieses gewaltige Ausschüttungsvolumen zu ermöglichen, mussten sogar Kapitalrücklagen, sprich eiserne Reserven, aufgelöst werden, bereits im Vorjahr wurde zu Lasten der Kapitalreserven ein ähnliches Aktionärszuckerl ausbezahlt. Paradox erscheint dabei, dass die Post AG in den letzten Wochen erneut die Schließung von hundert Filialen ankündigt, während auf der anderen Seite wichtige Rücklagen an Aktionäre geflossen sind. Aber auch beim führenden Versicherungskonzern Vienna Insurance Group (VIG) kommen die treuen AktionärInnen zusätzlich zu einer regulären Dividendenzahlung von 141 Mio. Euro in den Genuss eines Treuebonus von 115 Mio. Euro.

Um das großzügige Geschenk an die AktionärInnen ausschütten zu können,

wurden sogar Gewinnvorträge aus Vorjahren herangezogen. Die Ausdünnung der Eigenkapitaldecke als Folge hoher Ausschüttungen ist speziell in Krisenzeiten problematisch. Besonders unangebracht erscheint die herrschende Ausschüttungspolitik dann, wenn die Unternehmensführung von Einsparungen und Kündigungen spricht.

### Bonus für neue Werte!

Während sich die Führungseliten auch in Zeiten einer Rezession auf krisenfestes Einkommen in Form von hohen Ausschüttungen und steigenden Fixbezügen verlassen können, erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten umso massiver. Den jüngsten Arbeitsmarktdaten vom Juni zufolge, ist die Zahl der Arbeitslosen zum Vergleichsmonat des Vorjahres drastisch um 33 Prozent auf 229.703 Personen gestiegen, zudem sind derzeit noch immer rd. 52.000 ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit. Woran es eindeutig fehlt ist nachhaltiges Krisenmanagement der Konzerne: Gerade in schwierigen Zeiten sollten Geldmittel als Reserven im Unternehmen belassen bzw. Investitionen vorgenommen werden.

Jetzt sind die mehr als gut dotierten Top-Manager gefragt, Flagge zu zeigen und endlich gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen: Denn das österreichische Aktiengesetz sieht vor, dass »der Vorstand die Geschäfte so zu leiten hat, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der AktionärInnen, der ArbeitnehmerInnen sowie der Öffentlichkeit erfordert«.

Demzufolge ist es an der Zeit, die Prinzipien der Vorstandsentslohnung grund-

## WEBLINKS

Studie »Vorstandsvergütung und Ausschüttungspolitik der ATX Unternehmen 2008« inklusive dem Maßnahmenpaket der Arbeiterkammer Wien:

[www.arbeiterkammer.at/bilder/d96/StudieATX.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d96/StudieATX.pdf)

sätzlich zu überdenken und nach neuen Werten auszurichten. Die drei zentralen Säulen eines künftigen Vergütungssystems müssen Nachhaltigkeit, Angemessenheit und Transparenz sein. Diese Kriterien sind zudem richtungweisend für die Steuerung und Kontrolle der Unternehmen.

### Neuer Maßstab für Erfolg

Die Vorstandsvergütung muss per Gesetz transparent gestaltet werden und der Erfolg von Führungskräften sollte endlich nicht mehr am Börsenwert sondern insbesondere an sozialen und beschäftigungsrelevanten Kriterien (z. B. die Schaffung von Arbeitsplätzen oder Ausbildungsplätzen) gemessen werden.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[markus.oberrauter@akwien.at](mailto:markus.oberrauter@akwien.at)  
[christina.wieser@akwien.at](mailto:christina.wieser@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Sag mir wo das Geld ist ...

*... wo ist es geblieben? Ob AUA, Post oder Telekom: angeblich überall kein Geld da, weshalb gespart und Personal reduziert werden müsse. Wirklich?*

Autor: Dr. Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist in Wien

**D**ie Krise ist da und die Firmen bauen Personal ab. Gab es in den letzten Jahren zum Teil horrend Gewinne, wird jetzt der Krisenblues gespielt: »Kein Geld da.« Während die stattlichen staatlichen Pakete zur Absicherung von Banken und Industrie Milliarden verschlingen, bleibt für die ArbeitnehmerInnen »bestenfalls« Kurzarbeit, oft die Kündigung. Die beiden großen Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS gehen davon aus, dass bis 2010 die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um rund 100.000 steigt und die Arbeitslosenrate mit bis zu 8,8 Prozent so hoch sein wird wie seit 1953 nicht mehr<sup>1</sup>.

## Luftgeschäfte

Die AUA gehört seit Mai der Lufthansa. Die AUA- und ÖIAG-Manager, die das abgewickelt haben, haben sich schon vorweg selbst hoch belohnt dafür. Trotz des Rekordverlusts von 429,5 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2008, haben sich die Vorstandsgagen des AUA Managements von 1,4 Mio. Euro auf 2,8 Millionen Euro nahezu verdoppelt. »Werden die gesamt-

en Vorstandsbezüge auf die aktiven Vorstandsmitglieder umgelegt, kassieren die AUA-Vorstände demnach pro Kopf im Durchschnitt über 948.000 Euro, im Vergleich zum Vorjahr (419.000 Euro pro Kopf) mehr als doppelt soviel«, so eine aktuelle AK-Studie<sup>2</sup>. Und das, obwohl oder gerade weil (?) für die MitarbeiterInnen im Sinne des Herrichtens der AUA für die Lufthansa im »Sparpaket I« Kurzarbeit, Gehaltseinbußen und jetzt im »Sparpaket II« sogar 1.000 Kündigungen bis Mitte 2010 exekutiert werden. Nicht zu vergessen: die Lufthansa bekam die AUA um den offiziellen Kaufpreis eines Einfamilienhauses (366.000 Euro) geschenkt und der österreichische Staat, also die SteuerzahlerInnen, musste als Bedingungen für den Kauf noch als »Mitgift« eine halbe Milliarde Euro hinlegen. Zuvor hatte ÖIAG-Chef Peter Michaelis, selbst Bezieher eines 700.000 Euro Jahresgehaltes, die Angst verbreitet, dass die AUA ohne Lufthansa zur »Vienna-Air« verkommen würden. Im April wurden dann bezahlte Zeitungs-Inserate ähnlichen Inhalts von »Freunden der AUA« geschaltet. Falsche Freunde könnte man sagen: Aufgrund der Überschneidungen im Flugnetz zwischen AUA und Lufthansa, die ja gerade von der EU-Wettbewerbskommission wegen eines durch die Übernahme entstehenden Monopols auf gewissen Strecken geprüft werden, besteht bei der Lufthansa-AUA-Fusion dann wirklich die Gefahr, dass wohl der kleinere »Partner« – wie das schon beim Schlucken der Swissair durch die Lufthansa der Fall war – die AUA zu einer Mini-Airline zusammen gestutzt wird. Denn nach Aussagen des ehemaligen Lufthansa-Mana-

gers und nunmehrigen AUA-Vorstandes Andreas Bierwirth werden die jetzigen Maßnahmen auch noch nicht das Ende der Fahnenstange der Einsparungen sein, wird die AUA Strecken streichen und die Flotte verkleinern müssen<sup>3</sup>.

## AUA, das tut weh

Damit die Lufthansa die AUA mit 500 Mio. Euro Zuschuss aus Österreich schlucken darf, hat deren Chef, Wolfgang Mayrhuber, der EU zugesagt, die AUA-Kapazitäten um 15 Prozent zu kürzen und die österreichische Bundesregierung sogar aufgefordert, sich von der EU nicht »einlullen« zu lassen, sondern sich für den Deal stark zu machen<sup>4</sup>. Das heißt, die »Marktbeschränkung« der Lufthansa geht einseitig zu Lasten der AUA. Und dafür, dass die Lufthansa zum größten Fluganbieter in Europa wird, wird auch noch Geld aus der österreichischen Staatskasse beigesteuert. Zudem droht die AUA unter Umständen Verkehrsrechte außerhalb der EU, die an eine nationale Mehrheit gebunden sind, zu verlieren, gerade weil die Lufthansa die Mehrheit an der AUA hat<sup>5</sup>! Und wenn dann die AUA-Vorstände lapidar sagen, »wir müssen zu nachhaltig wirksamen Maßnahmen kommen. Das wäre sowieso notwendig geworden, egal in welcher Konstellation, allerdings müssen wir auch wettbewerbsfähiger werden im Lufthansa-Konzern«<sup>6</sup>, dann fragt man sich, wozu die »Krot« geschluckt?

Für den Schriftsteller Robert Menasse ist »die AUA ein Beispiel dafür, was passiert, wenn man einer wirtschaftlichen Ideologie folgt, die nur auf Profitmaxi-

<sup>1</sup> Wiener Zeitung, 27. 6. 2009

<sup>2</sup> AK-Wien: Vorstandsvergütungen und Ausschüttungspolitik der ATX-Unternehmungen, April 2009

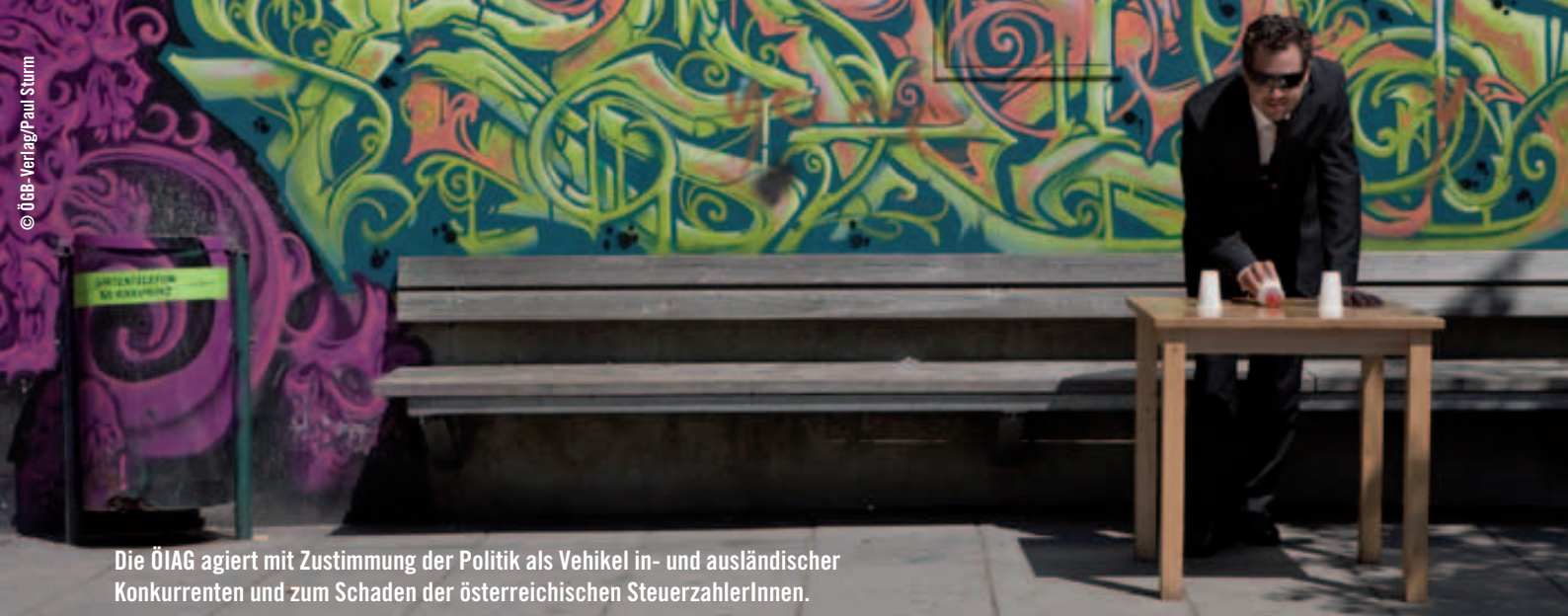
<sup>3</sup> Kurier, 5. 7. 09

<sup>4</sup> Kurier, 4. 7. 09

<sup>5</sup> Kurier, 18. 6. 09

<sup>6</sup> Kronen Zeitung, 3. 7. 09

<sup>7</sup> Kurier, 5. 7. 09



Die ÖIAG agiert mit Zustimmung der Politik als Vehikel in- und ausländischer Konkurrenten und zum Schaden der österreichischen SteuerzahlerInnen.

mierung aus ist<sup>7</sup>.« Man kann ergänzen, nicht nur bei der AUA: »Die Gagen der heimischen Managerelite steigen trotz sinkender Aktienkurse und Gewinnrückgängen auch im Jahr 2008 weiter leicht an. Die durchschnittliche Vorstandsgage in den analysierten ATX-Unternehmen liegt 2008 über 1,3 Mio. Euro pro Kopf, das ist das 48-fache (2007: 47-fache, 2006: 45-fache) des durchschnittlichen Bruttobezugs von 27.257 Euro eines Beschäftigten pro Kopf in diesen Unternehmen<sup>8</sup>.«

## Postraub

Auch bei Post und Telekom klaffen Kürzungsprogramme mit Personalabbau, Filialschließungen und versteckten und offenen Privatisierungs-, d. h. Ausverkaufsabsichten einerseits und den »Zuckerln« für Aktionäre und Manager andererseits weit auseinander.

So hat die Postführung sofort nach dem Auslaufen des sechsmonatigen Schließungsaufschubs ab 1. Juli mit dem Zusperrern der ersten 100 von knapp 300 Kleinpostämtern begonnen. Und schon Mitte Juni wurde für Oktober der nächste Post-General bestellt: Georg Pözl, der von T-Mobile, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom kommt. Diese ist wiederum an der Deutschen Post beteiligt, die schon seit Jahren unter kräftiger Schützenhilfe von Boss Peter Michaelis immer wieder versucht, an die österreichische Post AG heran zu kom-

men. Seitens der ÖIAG hieß das immer »strategische Partnersuche« – und das war auch vor dem jetzigen Lufthansa-AUA-Deal der umschreibende Sprachgebrauch für den geplanten Ausverkauf. Sieht man, wie die Dividendenpolitik der Post passiert, erinnert dies an das Ausräumen der AUA<sup>9</sup>. Die Post-Bosse berichten freudig, dass sie 75 Prozent des Nettogewinns an die Aktionäre ausschütten und – unabhängig vom Kurs – eine Rendite von 12 Prozent, einen internationalen Spitzenwert – schaffen<sup>10</sup>. Pferdefuß laut AK-Untersuchung; dafür wurden Kapitalrücklagen aufgelöst, 2007 und 2008 insgesamt 144 Millionen Euro. Die Shareholder freuen sich, die Beschäftigten müssen bluten (9.000 weniger bis 2015) und am Vorwand, die Post ist nicht mehr liquid, ein »Sanierungsfall«, hat kein Geld mehr und braucht einen strategischen Partner (Deutsche Post?) á la AUA »zum Überleben«, wird gearbeitet.

Eine SORA-Studie im Auftrag der AK zeigt: Über 75 Prozent der PrivatkundInnen sind der Meinung, dass die Post keine Filialen zusperrern soll, solange sie Gewinne macht.

## Zum Schaden der SteuerzahlerInnen

Ähnliche Methode bei der Telekom Austria: Trotz ausgewiesenem Verlust von 48,8 Mio. Euro wird eine Dividende in der Höhe von rund 332 Mio. ausbezahlt. Dafür werden Gewinnrücklagen von über 109 Mio. Euro aufgelöst.

Gegen ÖIAG-Chef und AUA-Aufsichtsratsvorsitzenden Peter Michaelis haben die Grünen Strafanzeige erstattet, weil er den Verkauf der AUA zu spät ge-

<sup>8</sup> AK-Studie: Vorstandsvergütungen, s. o.

<sup>9</sup> siehe A&W 12/07 + 2/09

<sup>10</sup> Kronen Zeitung, 4. 7. 09

<sup>11</sup> ÖIAG-Geschäftsbericht 2008, Seite 5

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)  
[www.gpf.at](http://www.gpf.at)  
[www.vida.at](http://www.vida.at)  
[wien-arbeiterkammer.at](http://wien-arbeiterkammer.at)  
[www.post.at](http://www.post.at)  
[www.aua.at](http://www.aua.at)  
[www.oia.g.at](http://www.oia.g.at)  
[www.wienerborse.at](http://www.wienerborse.at)

startet hätte. Ob da nicht das Pferd von hinten aufgezäumt wird? »Die Aufgabe der ÖIAG ist«, so im Geschäftsbericht 2008, »als Eigentümerin von Unternehmensteilen, deren Werterhalt und -steigerung zu sichern.«<sup>11</sup> Richtig. Jedoch: Weder frühere (z. B. Voestalpine) noch die jetzige, zum Teil bewusst herbei (herab) gemanagte und für die privaten Unternehmen als Käufer billig und für die (aus-)verkauften Unternehmen und den Staat teuer (d. h. unter dem Wert) durchgeführte Privatisierung entsprechen dem Auftrag der Werterhaltung. Die ÖIAG agiert mit Zustimmung der Politik als Vehikel in- und ausländischer Konkurrenten und zum Schaden der österreichischen SteuerzahlerInnen.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ende der Talfahrt

*Aber kein Ende der Krise? Auf die wirtschaftliche Stabilisierung müssen deutliche Wachstumsimpulse folgen.*

Autor: Dr. Robert Stöger

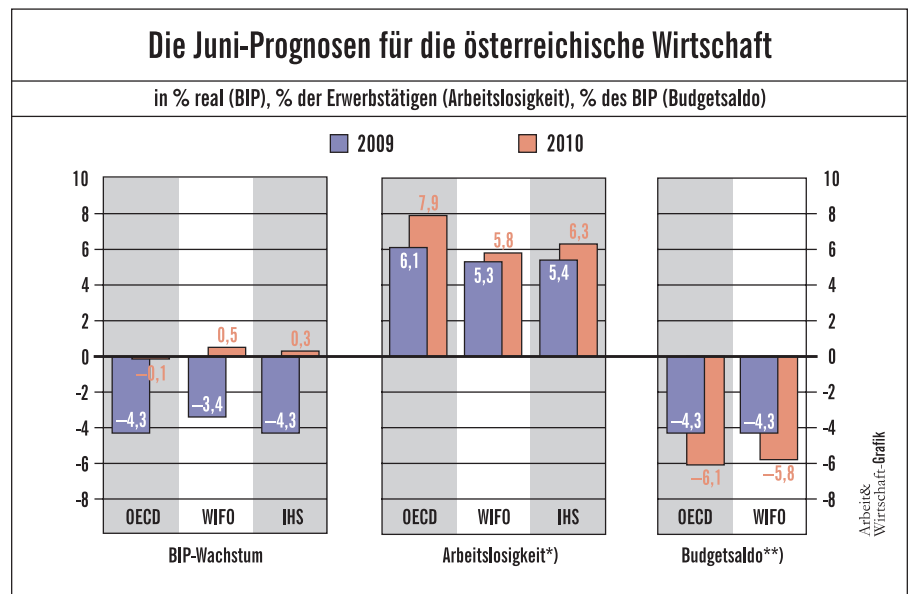
Koordinator Wirtschaftspolitik im  
Bundeskanzleramt

Nachdem Monate lang von ihnen nur Hiobsbotschaften ausgegangen waren, zeichnen die Konjunkturindikatoren seit einigen Wochen wieder ein freundlicheres Bild der Lage. In ihren Juni-Prognosen erwarten die WirtschaftsforscherInnen ein Ende der konjunkturellen Talfahrt der österreichischen Wirtschaft für den Herbst. Ein Aufschwung ist deswegen aber noch nicht in Sicht. Vielmehr dürfte die weltweit tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, die wir derzeit durchleben auch in ihrer Dauer einzigartig sein.

## Zuvor nicht gekannte Unsicherheit

Die vom Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September des Vorjahres ausgelöste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat im darauf folgenden halben Jahr nicht nur die Wirtschaftsleistung absacken lassen, sondern erzeugte auch eine zuvor nicht gekannte Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung. Laufend mussten daher die WirtschaftsforscherInnen ihre Wachstumsprognosen für das heurige Jahr nach unten revidieren.

Die im Juni veröffentlichten Prognosen für die österreichische Wirtschaft landeten schließlich bei Werten zwischen -3,4 Prozent (WIFO und Bank Austria) und -4,3 Prozent (OECD, OeNB und IHS).



Im Laufe des Herbstes (nach Ansicht des WIFO bereits im 3.Quartal und damit um eines früher als nach der des IHS) sollte die Talsohle der Rezession durchschritten werden. Angesichts der Stabilisierung der Lage und der damit verbundenen höheren Prognosesicherheit, dürften diese Vorhersagen nicht mehr weiter nach unten revidiert werden müssen.

## Schwerste Rezession nach 1945

Die aktuelle Rezession wird zwar mit großem Abstand die schwerste nach 1945 sein (seither schrumpfte die Wirtschaftsleistung bisher nie mehr als um ein Prozent in einem Jahr), sie wird aber weit entfernt von der manchmal herauf beschworenen »Großen Depression« der

1930er Jahre, als die Volkswirtschaften der westlichen Hemisphäre in einem einige Jahre dauernden Niedergang bis zu einem Drittel ihrer Wirtschaftsleistung verloren, bleiben. Dazu hat nicht zuletzt die Politik mit nicht immer im Detail, aber dem Prinzip nach richtigen Reaktionen entscheidend beigetragen.

Banken- und Konjunkturpakete sowie die Steuersenkung machen zusammen mit den automatischen Stabilisatoren den entscheidenden Unterschied zwischen Gegenwart und Vergangenheit, also zwischen Krise und Katastrophe aus. Für ein kleines und stark exportorientiertes Land wie Österreich ist es obendrein von eminenter Bedeutung, dass EU-weit die Konjunkturstützung koordiniert ist und jedes Land seinen Beitrag

leistet. Bei einer Importquote von 60 Prozent hätte ein im österreichischen Alleingang exekutiertes Konjunkturpaket bedeutet, dass ein Großteil der zusätzlichen Ausgaben nicht der heimischen Konjunktur, sondern der unserer Haupthandelspartner zugute gekommen wäre. Aus gesamteuropäischer Sicht wiederum war es notwendig, die Nachfrage innerhalb des Binnenmarkts, die für die EU als Ganzes die klar überwiegende Wachstumskomponente darstellt, in einer **konzertierten** Aktion zu stützen.

### Noch kein Wiederaufschwung

Einen Absturz aufgehalten zu haben, heißt jedoch noch nicht zwangsläufig, damit auch einen Wiederaufschwung eingeleitet zu haben. Genau vor dieser Situation steht die österreichische Volkswirtschaft derzeit – und mit ihr auch die des gesamten Euroraumes.

Weil Signale für eine echte Erholung kaum irgendwo zu erkennen sind, bleiben die aktuellen Prognosen für 2010 sehr zurückhaltend und gestehen der österreichischen Wirtschaft maximal ein Wachstum von maximal einem halben Prozent (WIFO) oder sogar etwas weniger (IHS) zu.

Angesichts der Tatsache, dass die Krise sich mittlerweile auch auf anfangs von ihr verschont gebliebene Sektoren und Branchen auszudehnen beginnt und im kommenden Herbst eine Insolvenzwellen nicht ausgeschlossen werden kann, erscheint selbst die OECD-Prognose mit -0,1 Prozent nicht zwangsläufig zu pessimistisch zu sein.

Damit wird voraussichtlich auch, was die Dauer der Krise betrifft, ein Nachkriegsrekord aufgestellt, denn bisher war noch auf jedes Rezessionsjahr wieder ein Jahr mit kräftigem Wachstum gefolgt. Gleichzeitig wird die Arbeitslosigkeit spätestens 2010 erstmals die Marke von 300.000 durchbrechen und sich bei der (nach inländischer Definition berechneten) Quote zielstrebig auf zweistellige Werte zubewegen. (Von strukturellen Problemen, wie etwa einer Zunahme von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, soll hier gar nicht im Detail gesprochen werden, ebenso wenig davon, dass sich dieser Sockel der Arbeitslosigkeit verfestigen wird, wenn längerfristig das Wachstum

nicht die für eine Reduzierung der Arbeitslosenzahl notwendige Marke von mindestens 1,5 Prozent erreichen sollte.)

Notwendig wären also über die erfolgte Stabilisierung hinaus echte Wachstumsimpulse. Woher diese kommen müssten, und woher sie nicht zu erwarten sind, zeigt ein Blick auf die Komponenten des BIP-Wachstums. Heuer werden ein stabiler und – durch die Steuer senkung gestützter – privater und ein leicht expansiver öffentlicher Konsum einem Einbruch bei den Investitionen (-neun Prozent) und vor allem bei den Exporten (-14 Prozent laut OECD) gegenüberstehen. Da sich der private Konsum durch die steigende Arbeitslosigkeit und mangels großzügiger Lohnabschlüsse kaum ausweiten wird, und viele Unternehmen bei Neuinvestitionen Finanzierungsprobleme haben, bedeutet dies, dass echte Wachstumsimpulse nur durch Ausweitung des öffentlichen Konsums und/oder von einem Anziehen der Exportkonjunktur zu erwarten sind.

Letzteres ist angesichts der Situation unserer Haupthandelspartner kurzfristig nicht zu erwarten. Die Volkswirtschaften Deutschlands und Italiens werden heuer laut OECD mit -6,2 Prozent bzw. -5,3 Prozent heuer noch schlechter abschneiden als der Durchschnitt des Euroraums (-4,8 Prozent) und Österreich. Im kommenden Jahr ist in beiden Fällen – wie für den Euroraum insgesamt – bestenfalls ein Wachstum knapp über der Nulllinie zu erwarten.

Die mit Österreich wirtschaftlich verflochtenen mittel- und südosteuropäischen Staaten innerhalb und außerhalb der EU befinden sich zwar nicht in ihrer Gesamtheit in einer so tiefen Rezession wie Ungarn, werden im Durchschnitt aber ebenfalls eine schrumpfende Wirtschaftsleistung aufweisen. Ihre Perspektiven über 2009 hinaus sind wegen ihrer hohen Abhängigkeit von Direktinvestitionen aus und Exporten nach Westeuropa noch unsicherer als für den Euroraum.

### Budgetpolitik hat Verantwortung

Bleibe also einzig der öffentliche Konsum, was zeigt, dass die Budgetpolitik weiterhin große Verantwortung für die Konjunktur hat. Man muss angesichts

## WEBLINKS

Konjunkturprognose  
Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO)  
[www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36042&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36042&typeid=8&display_mode=2)

Konjunkturprognosen Institut  
für Höhere Studien (IHS)  
[www.ihs.ac.at/index.php3?id=1070](http://www.ihs.ac.at/index.php3?id=1070)

OECD-Länderinformation Österreich  
[www.oecd.org/oesterreich](http://www.oecd.org/oesterreich)

der auf mindestens 75 Prozent des BIP (ein weiterer Nachkriegsrekord!) anwachsenden Staatsschulden nicht unbedingt sofort nach neuen Konjunkturpaketen rufen. Dennoch sollte diese Option – und mit ihr wiederum die einer EU-weit abgestimmten Vorgangsweise – nicht gänzlich ausgeklammert werden. Längerfristig schleppendes Wachstum und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit sind nämlich auch Gift für einen ausgeglichenen Haushalt.

### Nicht um jeden Preis sparen

Auf jeden Fall wird es aber notwendig sein, bei der für die Zeit nach 2010 geplanten Budgetsanierung behutsam mit dem Wirtschaftswachstum umzugehen. Das bedeutet, dass ausgabenseitig nicht um jeden Preis gespart werden wird können und die zweifellos notwendigen Einnahmenerhöhungen auf eine Wachstums schonende Weise lukriert werden müssen. Die auf uns zukommende Steuerdebatte wird also sowohl unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit als auch unter dem der Konjunkturstützung geführt werden müssen.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[robert.stoeger@bka.gv.at](mailto:robert.stoeger@bka.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Alle wollen Wachteleier

*Die Armut in Österreich wächst. Der Reichtum ebenso.  
Genaue Daten liegen nicht vor.*

*Autorin: Mag. Gabriele Müller*

*Freie Journalistin*

**W**ir wissen, wie viele Obstbäume in Deutschland wachsen, aber kaum etwas über Reichtum,« meint der Bochumer Sozialforscher Ernst-Ulrich Huster. In Österreich wird gerne über Wachteleier diskutiert, wenn es um die Frage geht, was Luxus ist.

## Die Reichen werden reicher

Laut dem »Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich,« veröffentlicht von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) im Dezember 2008, ist die Umverteilung von arm nach reich recht rapide im Gang. So konnten die obersten fünf Prozent der SpitzenverdienerInnen von 1995 bis 2006 ihr Einkommen um über fünf Milliarden steigern. Das ist in etwa so viel, wie die 60 Prozent mit geringen und mittleren Einkommen. Deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) jedoch ist deutlich gesunken. Schlussfolgernd bedeute dies, so die Studie, »dass sich die Einkommenszuwächse von Unternehmen und Selbstständigen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt haben.«

Unter »Selbständige« sind nicht die kleinen Ich-AGs zu verstehen, die oft am Rand des Existenzminimums leben. Die Begriffe »arm« und »reich« heißt es in den einschlägigen Studien, entzögen sich aufgrund ihrer Vielschichtigkeit der exakten

Definition. Armut ist jedoch, so heißt es im ÖGPP-Bericht »in der Regel keine Folge mangelnden Willens, an der Leistungsgesellschaft teilzuhaben, sondern das Ergebnis der ungleichen Verteilung von Gütern und Lebenschancen.« Ein Vergleich von Verwirklichungschancen ist methodisch kaum machbar. So beschränkt sich die Wissenschaft bei der Definition von Armut auch (fast) ausschließlich auf die Bewertung des Einkommens. 2006 lag die Schwelle zur Armutsgefährdung bei 10.711 Euro netto im Jahr. Durchschnittlich hat eine Million Armutsgefährdete aber um fast 16 Prozent weniger. Am oberen Ende der sozialen Skala, dem Reichtum, ist die Quellenlage dürftiger. Nur vereinzelt erscheinen Darstellungen über hohe Einkommen und große Vermögen. Sie zeigen aber alle den Trend: Ein überdurchschnittlich hohes Wachstum.

## Stiften

Zugenommen hat auch die Zahl der Privatstiftungen (von 2.500 auf 3.200) seit 2003. Eine offizielle Liste aller Privatstiftungen gibt es laut Verband Österreichischer Privatstiftungen nicht. Schließlich soll »die Diskretion der Stifter« gewahrt bleiben. Die von der ÖGPP erstellte Aufstellung überrascht kaum: Sie ist nahezu identisch mit jener der reichsten ÖsterreicherInnen.

Zu den großen Stiftern zählen alter Adel, etwa **Auersperg**, **Czernin** oder **Schwarzenberg**, große Unternehmersfamilien, wie Fürnkranz, Kapsch und Lugner, sowie die Zeitungsfürsten Dichand und Fellner. Auch einflussreiche Politiker,

wie Prinzhorn, Bartenstein oder Haselsteiner gehören dazu. »Wer vermögend ist, kann in Österreich gut Steuern sparen,« meint Wifo-Experte Alois Guger. In den vorrangig aus Steuergründen errichteten Stiftungen waren im Studienzeitraum Vermögen (Geld, Wertpapiere, Immobilien) im Wert von 60 Mrd. Euro veranlagt.

In den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben sich die Geldvermögen auf über zwei Mrd. Euro. 2007 überwog es das Bruttoinlandsprodukt um ein Achtfaches. Den Großteil davon besaßen Finanzwirtschaft (1.298 Mrd. Euro) und Wirtschaft (297 Mrd. Euro). Nur etwa ein Fünftel (454 Mrd. Euro) entfiel auf die privaten Haushalte und Organisationen, knapp 105 Mrd. Euro der öffentliche Sektor.

## Spekulationsgüter

Um 62 Prozent gestiegen ist das Sachvermögen, darunter auch Spekulationsgüter, wie Immobilien oder Wohnungen. Jährlich werden cirka 100 Mio. Quadratmeter landwirtschaftlicher Fläche in Bauland umgewidmet. Allein durch Umwidmung entsteht eine Wertsteigerung von oft mehreren tausend Prozent. Laut Studie der ÖGPP begünstigt »die öffentliche Hand damit nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, die Grundbesitzer.«

Beim Versuch, Reichtum zu definieren, scheitert die Expertenschaft. »Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen sein soll. Noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht,« heißt es etwa im zweiten Armuts-





**Beim Versuch, Reichtum zu definieren, scheitert die Expertenschaft. »Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen sein soll. Noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht«.**

und Reichtumsbericht 2004/2005, »Lebenslagen in Deutschland.«

Analog zur Festlegung der Einkommensgrenze, um Armut zu definieren, legt die ÖGPP auch die Grenzen des Reichtums auf Basis des Einkommens fest: Hohes Einkommen beginnt ab 200 Prozent des Medianeinkommens. 440.240 Menschen bezogen im Jahr 2005 ein solches. Von »Einkommensreichtum« nämlich 400 Prozent des Medianeinkommens, profitierten 2005 62.910 Personen. Sie erzielten einen Jahresdurchschnitt von 71.880 Euro (etwa eine Million Schilling).

### Vermögen wächst

Wo Geld vorhanden ist, wird es mehr. Schon vor Jahren hatte das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) einen kontinuierlichen Anstieg bei den Vermögenseinkommen konstatiert. Die Einkünfte, vorrangig aus Zinsen, Ausschüttungen und Entnahmen, betrug 2005 über 62.650 Mio. Wesentlichen Einfluss auf die Geldvermögensbildung in Österreich übt die Finanzwirtschaft in Form der Zinsen aus. So wurden für Spareinlagen 2007 im Schnitt 1,84 Prozent Zinsen verlangt, während für Privatkredite 6,29 Prozent eingehoben wurden. Noch teurer sind Überziehungskredite.

»Seltsam, dass jene, die bedürftig sind nachweisen müssen, dass sie wirklich arm sind«, meint die Politologin Margit Appel, die für ein bedingungsloses Grundeinkommen eintritt. »Reiche müssen in unserer Gesellschaft nicht nachweisen, was sie mit ihrem Reichtum tun.«

Was mit Vermögen zu machen ist, darüber könne man kaum entspannt dis-

kutieren, sagt der Reichtumsforscher Thomas, der einen Lehrstuhl für vergleichende Vermögenskultur an der Wiener Sigmund Freud Universität innehat. »Ab einer bestimmten Größenordnung macht es klick und die Tür ist zu. Doch diese Tabuisierung des Reichtums können wir uns nicht mehr leisten.« Die Politik, so meint der Forscher, habe große Scheu, das Thema Reichtum transparent zu machen. Unterschwellig herrsche ein Unbehagen in der Gesellschaft. Man könne es sogar laut herausschreien.

Systematischer geht das Netzwerk Attac vor, das sich für eine gerechtere Wirtschaft einsetzt. Das Problem massiver Steuerhinterziehung könne nur gelöst werden, wenn sich die Staaten über alle Kapitaleinkünfte informieren. So sieht es auch die EU-Zinsrichtlinie vor. »Österreich soll diese Regelung umsetzen, auf EU-Ebene müssen die Steuerschlupflöcher geschlossen werden«, fordert Attac Steuerexpertin Sybille Pirklbauer.

### Anonyme Gelder

Über ausländische Vermögen, die in Österreich liegen, kann nur spekuliert werden, schließlich bleiben die Anleger anonym. »Das Bankgeheimnis und das Stiftungsrecht sind zentrale Gründe für die österreichische Steueroase«, so John Christensen, Direktor des Netzwerks für Steuergerechtigkeit.

Innerösterreichisch tritt Attac für die automatische Meldung von Kapitaleinkommen an das Finanzamt ein, wie es auch bei Lohnneinkommen der Fall ist. Nur so könnten auch Kapitaleinkommen

### WEBLINKS

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP):  
[www.politikberatung.or.at/typo3/index.php?id=92](http://www.politikberatung.or.at/typo3/index.php?id=92)

fair besteuert und die Arbeitseinkommen entlastet werden.

»Unter dem Motto ‚Lohnnebenkostensenkung‘, ‚Entlastung der Wirtschaft‘, ‚Steuersenkung‘ liefern in den letzten Jahren Bemühungen der Bundesregierung, die auf Senkung der Steuern und Abgaben und somit auch auf Senkung der Einkünfte aus umverteilten Einkommen hinausliefen,« heißt es in der ÖGPP-Studie. Bei Haushalten mit sehr niedrigem Lebensstandard machen Sozialleistungen zwischen 17 Prozent und 37 Prozent des Haushaltseinkommens aus. »Ohne Sozial- und Versicherungsleistung wären 2006 nicht 13 Prozent sondern 43 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet gewesen«, konstatiert der Bericht.

Die Zahl der Menschen der »working poor« hat sich gegenüber 2003 um 12 Prozent auf rund 230.000 erhöht.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Biographie des Geldes

*Geld hat Vorteile gebracht, wie die Entwicklung moderner Demokratien, aber auch große Nachteile wie die Entkoppelung von Wert und Wertschätzung.*

Autor: Dr. Ulrich Schönbauer

Sozialforscher AK Wien

**A**lles schon mal da gewesen: In seiner 1900 erschienenen Schrift »Die Philosophie des Geldes« definiert **Georg Simmel** Geld als das »reinste« Symbol moderner Gesellschaft. Es hätte den Menschen zahlreiche Vorteile gebracht, wie die Überwindung des Feudalismus und die Entwicklung moderner Demokratien. Es wäre aber auch verantwortlich für die Beschleunigung aller Lebensbezüge sowie für die Entkoppelung des Wertes eines Produkts von der Wertschätzung. Indem alles gegen alles getauscht werden kann, findet eine Nivellierung statt, die keinen qualitativen Unterschied mehr kennt. Der Sieg des Geldes ist einer der Quantität über die Qualität, des Mittels über den Zweck. Es höhlt die Eigenarten und Unvergleichbarkeiten rettungslos aus und wird zum Generalnenner aller Werte. Geld wird zum Selbstzweck, oder besser: zum Selbstwert-Zweck, indem es das Selbstwertgefühl des Menschen und seine Einstellungen zum Leben bestimmt.

## Magie großer Zahlen

2008 meint der ehemalige Investmentbanker Karl Wengler in einem Interview im Rahmen der Studie »Die Biografie des Geldes«: »Geld ist etwas unglaublich Emotionales – es sind Wünsche, Vorstellungen, Träume. Und gleichzeitig ist Geld völlig abstrakt. Wenn du dir vorstellst,

was eine Milliarde Schilling in Kaffees oder in Schnitzeln bedeutet, dann hörst du auf, weil das ist das Abstrakteste dieser Welt – die Magie der großen Zahlen.«

## 108 Jahre später

Karl Wengler arbeitet jahrelang bei einem der weltweit führenden Investmenthäuser mit Stammhaus in New York. Ein Handelsraum in der Größe dreier Fußballfelder, darin aufgefädelt 4000 Leute, die tagein tagaus nichts anderes tun als kaufen und verkaufen. »Sie bewegen Geld mit dem Ziel, Profit zu machen, weil sie unmittelbar an dem Gewinn beteiligt werden. Teilweise mit einem Bonus von zig Millionen Dollar.« Der Kapitalmarkt als großes Casino mit einer unglaublichen Macht: »Eigentlich war es ein Kriegsschauplatz, wo **martialische** Schemen ablaufen. In militärisch organisierten Gruppen, mit ehemaligen Marines als Konzernchefs.«

Alles straff, diszipliniert organisiert nach der Marine-Grundsatzdoktrine: Den Zusammenhalt des Feindes zerschlagen durch eine Vielfalt von rasanten, gebündelten und überraschenden Abläufen. Eine Verkaufsempfehlung absetzen, nur antesten, die Aktie abtrudeln lassen.

Wieder Wengler: »Geld ist so abstrakt. Es ist völlig losgelöst von unserer Realität, wenn man Realität definiert als Miete, Kaffee und so weiter. Es geht nur mehr um Größe, und Größe in dem Sinn ist Macht. Dieser abstrakte Irrsinn unserer Geldwirtschaft, dieses Spiel, dieses gelenkte Spiel: Was bedeutet das für den Durchschnittsarbeiter?« Gut 100 Jahre Finanzgeschichte, in denen die Entkop-

pelung des Werts eines Produkts von der Wertschätzung zum »abstrakten Irrsinn unserer Geldwirtschaft« (© Karl Wengler) mutiert. In jüngster Zeit unter Nutzung des Shareholder Value Konzepts als wichtigstem Vermittler zur Realwirtschaft: Mit der Doktrin der Konzentration auf bestehende und erwerbbar Kernkompetenzen bei gleichzeitig maximaler Nutzung von Kostensenkungs- und Ertragssteigerungspotenzialen. All das eingebettet in eine entsprechende Beziehungspflege zu den Investoren. Der Unternehmensberater Rudi Wimmer kritisiert, dass dabei die zweite und dritte Führungsebene immer mehr unter Druck kommt. Während die Vorstände – nicht zuletzt auch aus Stock-Option getriebenem Eigeninteresse – mit der Kapitalmarktpflege beschäftigt sind, liegt es nämlich an ihnen, den »abstrakten Irrsinn unserer Geldwirtschaft« realwirtschaftlich umzusetzen, insbesondere was die personalwirtschaftlichen Konsequenzen von **Down-Sizing**, Umgründungen, **Mergers & Akquisitions** und ähnlichem betrifft.

## Boni der einen, Prekarität anderer

Während sich die wirtschaftlichen Konsequenzen der neuen Unternehmensführungskonzepte an einer Reihe von betriebswirtschaftlichen und Börsen-Kennzahlen ablesen lassen, gibt es für die gesellschaftspolitischen Auswirkungen vor allem Arbeitsmarktstatistiken. Damit hätte Österreich bis zum Ausbruch der Finanzkrise durchaus zufrieden sein können: Trotz Shareholder Value Kapitalismus war die Beschäftigung zwischen 2000 und 2008 in einem Zeitraum von



»Die Malls, es geht nur um Business, es geht nur um ›wer hat was‹, es geht nur um Statussymbole, um Geld und Macht.«

zehn Jahren um acht Prozent gestiegen und die Arbeitslosenquote, nach einem Anstieg bis 2005 (5,5 Prozent), auf den relativ niedrigen Stand von 3,8 Prozent gefallen. Diese Werte verdecken allerdings, dass es in den letzten Jahren zu massiven Veränderungen in der Arbeitskräftezusammensetzung gekommen ist: Absolut gesehen wäre also vor allem die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten und der geringfügig Beschäftigten für die guten Arbeitsmarktdaten verantwortlich. Die größte Dynamik ist allerdings bei neuen Freiberuflern (neuen Selbständigen) und bei ZeitarbeitnehmerInnen verzeichnet. Das dürfte doch in einem engen Zusammenhang mit den kapitalmarktgetriebenen neuen Managementkonzepten stehen: Die Boni der einen sind die Prekarität der anderen.

### Entkoppelte Werte

Den Auswirkungen dieser Arbeitsmarktdynamik auf die Lebenswelt der Betroffenen wurde in einer qualitativen Studie (»Biographie des Geldes«, L&R Sozialforschung im Auftrag der AK Wien) nachgegangen. InterviewpartnerInnen waren VertreterInnen unterschiedlichster Beschäftigungsformen, aber auch Arbeitslose. Die zwei zentralen Ergebnisse: Die schleichende Zersetzung standardisierter Berufskarrieren basierend auf dem Normalarbeitsverhältnis führt dazu, dass das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit, insbesondere Freizeit, neu gedacht werden muss. Einerseits sind immer mehr Menschen zu Karriere- und Einkommensabstrichen bereit, wenn sie sich dadurch dem kapitalistischen Ge-

schwindigkeitsrausch entziehen können: Hobbys, Familie, Freunde – kurzum »das Leben« ist einfach zu wichtig, als dass man es dubiosen Unternehmenszielen opfern wollte. Andererseits spielt Freizeit gerade bei den an den Rand gedrängten, bei den Arbeitslosen und prekär Beschäftigten, eine immense Rolle. Sie müssen soziale Netze knüpfen und pflegen, sich untereinander austauschen, damit soziales Kapital aufbauen, um im Spiel um Lebenschancen nicht völlig unterzugehen.

Das zentrale Ergebnis der Untersuchung war allerdings das empfundene oder vermutete zunehmende Auseinanderklaffen von Arm und Reich. Nicht nur sozial Benachteiligte glauben, dass die Unterschiede in der Gesellschaft zunehmen werden, auch beruflich Etablierte sehen diese Tendenz. Mit einem entsprechenden Appell an die Politik, die dafür zu sorgen hat, dass alle Menschen halbwegs auskommen. Eine Interviewpartnerin im O-Ton: »Die paar, die nix tun wollen, finanziere ich gerne mit, wenn andere Personen dann nicht in dieser Armutschiene drinnen sind.« Ein anderer Interviewpartner steigt genervt aus seinem hoch dotierten Job in Dubai aus: »Die Malls, es geht nur um Business, es geht nur um ›wer hat was‹, es geht nur um Statussymbole, um Geld und Macht. Irgendwann hab ich das als sehr hohl und leer empfunden. Du merkst, in welcher Welt du lebst, und unmittelbar daneben siehst du, in welcher Welt andere Menschen leben. Und irgendwann widert es dich dann an.«

Vor über 100 Jahren beklagt der Kulturphilosoph Georg Simmel, dass durch die moderne Geldzirkulation der Wert

### WEBLINKS

Studie »Biographie des Geldes«:  
[www.lrsocialresearch.at/content.php?pg=archiv&aid=485&lng=de](http://www.lrsocialresearch.at/content.php?pg=archiv&aid=485&lng=de)

eines Produkts von der Wertschätzung entkoppelt wird. 100 Jahre später und nach dem jüngsten »abstrakten Irrsinn unserer Geldwirtschaft« meint ein kleiner teilzeitbeschäftigter Altenpfleger in einem unserer Interviews: »Es gibt keine Solidarität. Man will einfach nicht wahrhaben, dass es Ereignisse oder Schicksale geben kann, die einen aus der Bahn werfen können. Der Wert des Menschen wird immer mehr über materielle Dinge gemessen. Und es gibt wahrscheinlich nichts schlimmeres, als wenn ein Mensch keine Möglichkeit hat, durch seine eigene Kraft zu existieren ...«

### Leben in Würde

Da ist sie wieder: Die alte Forderung nach Rahmenbedingungen, die ein Leben in Würde möglich machen. Eine aktiv gestaltende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist wieder gefragt.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[ulrich.schoenbauer@akwien.at](mailto:ulrich.schoenbauer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die anderen Banken

*Wenn etablierte Banken die Zusammenarbeit verweigern, dann gibt es einen Ausweg: in Österreich und auch international bieten Banken Hilfe zur Selbsthilfe.*

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

**U**ngefähr 40.000 ÖsterreicherInnen sind durch Scheidung, Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. so verschuldet, dass ihnen von normalen Geldinstituten ein Bankkonto verweigert wird. Die Zweite Sparkasse bietet diesen Menschen eine zweite Chance.

## 400 Ehrenamtliche beraten

Sie wurde als Zweite Wiener Vereinssparcassee 2006 von der ERSTE Stiftung gegründet, heute gibt es österreichweit fünf Filialen und mehrere Kooperationspartnerschaften mit örtlichen Banken. Mit 400 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen werden derzeit rund 4000 Kunden betreut. »Wir hatten von Anfang an sowohl bei unseren aktiven MitarbeiterInnen als auch bei den PensionistInnen regen Zuspruch und keine Probleme, das Personal dafür zu finden.«, erzählt Maribel Königer, Sprecherin der ERSTE Stiftung. Die Beratungen bei der Zweiten Sparkasse erfolgen nach persönlicher Vereinbarung und nur über die Vermittlung von speziellen Organisationen wie der SchuldnerInnenberatung oder über die Vermittlung von Wohlfahrts- oder Beratungsorganisationen wie Caritas, Schuldnerberatung, Anonyme Spieler u. ä.... Die KundInnen erhalten ein Habenkonto (das nicht überzogen werden darf) inklusive Bankomat-Karte, außerdem –

dank einer Kooperation mit der Wiener Städtischen – eine kostenlose Rechtsberatung pro Quartal sowie eine Gratis-Unfallversicherung. Falls gewünscht, wird eine Haushaltsversicherung zu einem stark ermäßigten Preis angeboten.

150 bis 200 NeukundInnen pro Monat verzeichnet die Zweite Sparkasse derzeit. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind hier noch nicht abzulesen »Aber wir rechnen mit einem Ansteigen der Privatinsolvenzen und damit stärkerem Kundenandrang.« so Königer. »Aktuell kommt es noch nicht zu längeren Wartezeiten. Wer sich über eine der Beratungsorganisationen meldet, hat nach sieben bis zehn Tagen sein Konto inklusive Bankomatkarte.« Selbstverständlich ist ein Konto bei der Zweiten Sparkasse als Übergangslösung für schwierige Zeiten gedacht. Da sich Privatinsolvenzverfahren über sieben Jahre erstrecken und die Bank erst seit drei Jahren besteht, kann noch nicht wirklich abgeschätzt werden, wie lange der durchschnittliche Kunde bei der Bank bleibt.

## Neustart mit 100 Euro

Wesentlich kleiner sind die Summen, mit denen Menschen in Afrika oder Asien nachhaltig geholfen werden kann. Während in Europa auch 30.000 Euro noch unter Kleinkredite fallen, können anderswo schon 100 Euro das Leben einer ganzen Familie verändern. Mit einem derartigen Mikrokredit kann beispielsweise eine Kuh, eine Wasserpumpe, eine Nähmaschine oder ein kleiner Marktstand gekauft werden. Von normalen Banken bekommen diese »unbankable

poor« kein Geld – wegen fehlender Sicherheiten und weil »arme Menschen mit dem Geld sofort Lebensmittel kaufen würden statt es zu investieren.« Außerdem können viele weder lesen noch schreiben. Und die Wucherzinsen örtlicher Geldverleiher schaffen wieder nur neue Abhängigkeiten. International tätige Banken und Organisationen vergeben daher Mikrokredite und vermitteln grundlegendes Managementwissen an all jene, die sonst kaum eine Chance hätten. Das System funktioniert seit Jahrzehnten erstaunlich gut, die Rückzahlungsquoten sind hoch.

Bereits seit 1976 unterstützt die Grameen (= Dorf)-Bank Menschen mit Mikrokrediten zu gerechten Zinsen. Gegründet wurde die mittlerweile in fast 85.000 Dörfern und Städten tätige Bank in Bangladesch von dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Muhammad Yunus, der dafür 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Die Bank arbeitet mit Gewinn, die Rückzahlungsquote der Kredite liegt mit 98 Prozent höher als bei herkömmlichen Banken. Die Grameen-AktionärInnen sind zu 96 Prozent (ehemalige) Kreditnehmer der Bank. Um genau zu sein: Kreditnehmerinnen, denn 97 Prozent der KundInnen sind Frauen, unter anderem weil sie sich punkto Rückzahlungen als zuverlässiger erwiesen haben.

## Gegenseitige Verantwortung

Das ursprüngliche Grameen-System ist ein System der »sozialen Sicherheiten«: Menschen, die ein Darlehen brauchen, bilden kleinere Gruppen zu je fünf bis



Die Beratungen bei der Zweiten Sparkasse erfolgen nach persönlicher Vereinbarung und nur über die Vermittlung von speziellen Organisationen wie der SchuldnerInnenberatung oder über die Vermittlung von Wohlfahrts- oder Beratungsorganisationen.

zehn Personen. Zuerst erhalten nur einige davon ein Darlehen. Wenn das Geschäft läuft und die Raten bezahlt werden, dann können nach einer Beobachtungszeit neue Kredite vergeben werden. Hat ein Mitglied Schwierigkeiten bei der Rückzahlung, dann springen die anderen ein. Aber auch die örtlichen Berater der Mikrokreditbanken stehen den JungunternehmerInnen mit Rat und Tat zur Seite.

Diese BeraterInnen sind durchwegs einheimische Fachleute, die allerdings meist nicht in klimatisierten Büros sitzen, sondern mit dem Rad und manchmal sogar zu Fuß in die Dörfer kommen und die Menschen vorab erst einmal über Mikrokredite, Genossenschaften etc. aufklären. Statt einer Unterschrift setzen so manche KundInnen dann unter Umständen ihren Fingerabdruck unter den Kreditvertrag.

### Veränderung ist möglich

Was mit einem kleinen Kredit, mit einer Kuh oder einer Nähmaschine beginnt, wächst sich nicht selten zu einem gut funktionierenden Unternehmen aus. Wie bei Miriam Ng'ang'a aus Kenia, die mit 57 Jahren keine Perspektiven mehr für sich sah. Sie war Pensionistin, hatte sechs erwachsene Kinder und einen gewalttätigen Ehemann. Heute, sechs Jahre später ist sie Kleinunternehmerin mit eigenen Visitenkarten und zahlreichen Geschäftsverbindungen. Die Milch von mittlerweile sieben Kühen verarbeitet sie händisch zu Jogurt. Sobald ihr dritter Kredit abbezahlt ist, will sie mehr Kühe, Maschinen und ein Auto kaufen.

Ein (halbwegs) geregeltes Einkommen, das bedeutet nicht nur Essen, ein Dach über den Kopf und Kleidung, sondern auch mehr Selbstvertrauen. Irene Castro Quilca war eine arme Kleinbäuerin, als sie die Mikrofinanzinstitution Confianza kennenlernte. »Confianza gab mir nicht nur die Mittel, um Produktivität und Einkünfte des Betriebes zu steigern, sondern mehr Selbstvertrauen und überzeugte mich, dass ich Dinge verändern konnte, die ich bisher für unabänderlich gehalten hatte.«

### In 70 Ländern

Ihre Kredite bekamen die Frauen über Oikocredit, einen Kooperationspartner der Grameen Bank. Die internationale Kreditgenossenschaft unterstützt weltweit Mikrofinanzinstitute und örtliche Genossenschaften. Oikocredit wurde 1975 auf Initiative des Ökumenischen Weltkirchenrates gegründet, die Zentrale befindet sich in Amersfoort in den Niederlanden. Heute ist Oikocredit in 70 Staaten in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa tätig und der weltweit größte mit Privatkapital arbeitende Finanzier von Mikrokrediten. Gemeinsam mit seinen Partnern hat Oikocredit bisher 15 Millionen Menschen erreicht. So wie die Grameen-Bank verzeichnet auch Oikocredit überall sehr hohe Rückzahlungsraten. Bisher hat noch kein Anleger Geld verloren. Und selbst Ende 2008, wo viele Unternehmen unter der Wirtschaftskrise stöhnten, konnte sich die (nicht Gewinn orientierte) Entwicklungsgenossenschaft über ein erfolgreiches Jahr freuen.

### WEBLINKS

Die Zweite Sparkasse:  
[www.diezweitesparkasse.at](http://www.diezweitesparkasse.at)

Oikocredit Österreich  
[www.oikocreditaustria.at](http://www.oikocreditaustria.at)

Schuldnerberatung  
[www.schuldnerberatung.at](http://www.schuldnerberatung.at)

Seit 1990 ist Oikocredit auch in Österreich vertreten, drei Teilzeitangestellte und viele ehrenamtliche MitarbeiterInnen setzen sich für die Idee der sozialen Geldanlage ein. 1200 ÖsterreicherInnen haben bisher insgesamt 10 Millionen Euro veranlagt.

### Sinnvoll angelegt

Die Anteilszeichnung ist in jeder Höhe möglich, der Mindestanteil beträgt 200 Euro. Mit einer maximalen Dividende von zwei Prozent kann man sein Geld zwar nicht effektiv vermehren, aber im wahrsten Sinne des Wortes sinnvoll anlegen. Die Rückzahlung der Anteile ist jederzeit problemlos möglich.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Kosten der Krise ...

*... tragen wir alle. Die Ursachen liegen in Ungleichheit, Ungleichgewicht und Unvernunft. Werden diese nicht beseitigt, steigen die Kosten.*

Autor: Mag. Josef Zuckerstätter

AK Wien, Lohn- und Einkommensentwicklung,  
Lohnstruktur, Arbeitsmarkt

**D**ie aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wirft die Frage auf, wer die Kosten dafür tragen wird: Sowohl die Kosten, die im Finanzsystem durch Abschreibungen von Wertpapieren und Forderungen entstanden sind, als auch die realen Folgekosten der damit ausgelösten Wirtschaftskrise.

## Vier Billionen Dollar Verlust

Für die Finanzverluste gibt es eine Schätzung des Internationalen Währungsfonds, die von Verlusten von vier Billionen \$ ausgeht, zwei Drittel dürften Banken treffen. Zum Vergleich: die gesamte Welt produziert einen Wert von 54 Billionen \$ im Jahr. Abschreibungen von Finanztiteln sind zum Teil »nur« Buchverluste, ebenso wie die vorher hochgejubelten Wertzuwächse größtenteils nur Buchgewinne waren, was aber weder Aktionäre noch Manager davon abhielt, diese zu verteilen – zu einem nicht unerheblichen Teil zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.

Mit den Bankenrettungspaketen ist inzwischen der Staat als neuer Zahler aufgetaucht. So erhielt die Deutsche Bank 11,8 Mrd. \$ allein durch das US-amerikanische Rettungspaket für den Versicherer AIG. Geld, das sie ohne Rettungspaket hätte abschreiben müssen. Auch bei den anderen Rettungspaketen sind die Hauptprofiteure jene, die Forderungen an die geret-

teten Banken haben sowie die Eigentümer der Banken, sofern diese nicht verstaatlicht wurden.

Die Summen für die österreichische Bankenrettung sind beträchtlich. Derzeit haftet der Bund für Bankanleihen im Wert von ca. 16,8 Mrd. € und ist mit ca. sechs Mrd. Partizipationskapital an den Banken beteiligt. Nur wenn die Krise gut überstanden wird, kostet das die SteuerzahlerInnen nichts. Verschärft sich die Krise, dann wird der Staat jedoch verlieren. Das Beispiel der Hypo Alpe Adria, die die Zinsen für das staatliche Geld derzeit nicht zahlen kann, zeigt, dass dies eine reale Möglichkeit ist.

Zu behaupten, die Bankenrettung sei ein gutes Geschäft für den Staat, ist als würde man einen Lotto Tipp als Gewinn verkaufen, obwohl die Ziehung noch aussteht. Die Chancen bei der Bankenrettung stehen aber hoffentlich besser.

Wer letztlich die Kosten für diese Rettungspakete trägt, hängt von der Bereitschaft der Regierung ab, die Banken und ihre Eigentümer nach der Krise zur Verantwortung und Finanzierung heranzuziehen. Sonst zahlen die unselbständig Erwerbstätigen für die Krise, da 80 Prozent der öffentlichen Einnahmen aus Arbeit und Konsum kommen.

## Realwirtschaftliche Folgen

Wesentlicher als die Finanzverluste sind die realwirtschaftlichen Folgen der Krise. Der Internationale Währungsfonds schätzt für 2009 einen Rückgang des Welt BIP von -1,3 Prozent und für die Industriestaaten sogar -3,8 Prozent. Für Österreich rechnet das WIFO mit einem Rückgang von -3,4 Prozent, was mit Abstand der

schwerste Einkommensverlust der Nachkriegszeit ist. Die Ursachen dieser Krise beruhen auf Ungleichheit der Einkommensverteilung, Ungleichgewichten im Außenhandel und unverantwortlichen Finanzkonstruktionen.

## Nur eine Frage der Zeit ...

Durch die Ungleichheit und das schwache Wachstum der Löhne konnte die Nachfrage in einigen Ländern (USA, Großbritannien etc) nur durch eine steigende Verschuldung von Privathaushalten stabilisiert werden. In anderen Ländern (Deutschland, China etc) wurde die Nachfrage durch Lohnunterbietungswettläufe und steigende Exporte aufrecht erhalten. Die daraus resultierenden Ungleichgewichte im Außenhandel konnten nur über unverantwortliche Finanzmarktstrukturen finanziert werden.

Werden die Krisenursachen nicht beseitigt, so werden die Kosten enorm. Die Arbeitslosigkeit wird steigen, wenn der Konsum nicht mit der Wirtschaftleistung wächst. Die Exporte werden diesen Ausfall nicht wie bisher wettmachen. Und sofern das Finanzsystem nicht strenger und besser reguliert wird, ist die Wiederholung der Krise nur eine Frage der Zeit.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[josef.zuckerstaetter@akwien.at](mailto:josef.zuckerstaetter@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Statistiken sind Argumente

|                             | Harmonisierte VPI |             |
|-----------------------------|-------------------|-------------|
|                             | April 09          | Mai 09      |
| Belgien (BE)                | 0,7               | -0,2        |
| Deutschland (DE)            | 0,8               | 0,0         |
| Irland (IE)                 | -0,7              | -1,7        |
| Griechenland (EL)           | 1,1               | 0,7         |
| Spanien (ES)                | -0,2              | -0,9        |
| Frankreich (FR)             | 0,1               | -0,3        |
| Italien (IT)                | 1,2               | 0,8         |
| Zypern (CY)                 | 0,6               | 0,5         |
| Luxemburg (LU)              | -0,3              | -0,9        |
| Malta (MT)                  | 4,0               | 3,4         |
| Niederlande (NL)            | 1,8               | 1,5p        |
| <b>Österreich (AT)</b>      | <b>0,5</b>        | <b>0,1p</b> |
| Portugal (PT)               | -0,6              | -1,2        |
| Slowenien (SI)              | 1,1               | 0,5         |
| Slowakei (SK)               | 1,4               | 1,1         |
| Finnland (FI)               | 2,1               | 1,5         |
| <b>Eurozone (VPI-EWU)</b>   | <b>0,6</b>        | <b>0,0p</b> |
| Bulgarien (BG)              | 3,8               | 3,0         |
| Tschech. Republik (CZ)      | 1,3               | 0,9         |
| Dänemark (DK)               | 1,1               | 1,1         |
| Estland (EE)                | 0,9               | 0,3         |
| Lettland (LV)               | 5,9               | 4,4         |
| Litauen (LT)                | 5,9               | 4,9         |
| Ungarn (HU)                 | 3,2               | 3,8         |
| Polen (PL)                  | 4,3               | 4,2         |
| Rumänien (RO)               | 6,5               | 5,9         |
| Schweden (SE)               | 1,8               | 1,7         |
| Vereinigtes Königreich (UK) | :                 | :           |
| <b>EU (EVPI)</b>            | <b>1,2</b>        | <b>0,7p</b> |
| Island (IS)                 | 16,3              | 15,7        |
| Norwegen (NO)               | 2,9               | 2,9         |
| <b>EWU (VPI-EWR)</b>        | <b>1,3</b>        | <b>0,8p</b> |
| Schweiz (CH)                | -0,6              | -1,1        |

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

| Der Arbeitsmarkt im Mai 2009                      |                  |                          |                |
|---|------------------|--------------------------|----------------|
|   | Stand Mai 09     | Veränderung zum Vormonat | Vorjahresmonat |
| Unselbstst. Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdienler | 3.371.090        | 16.442                   | -53.043        |
| ArbeiterInnen                                     | 1.288.620        | 16.161                   | -52.692        |
| Angestellte u. Beamte                             | 2.082.470        | -375                     | 9.323          |
| Männer  | 1.793.832        | 9.461                    | -50.096        |
| Frauen  | 1.577.258        | 6.981                    | -2.947         |
| AusländerInnen                                    | 428.584          | 5.214                    | -12.638        |
| <b>InländerInnen</b>                              | <b>2.942.506</b> | <b>11.228</b>            | <b>-40.405</b> |
| Vorgemerkte Arbeitslose                           | 239.777          | -18.463                  | 54.967         |
| Männer  | 136.314          | -11.290                  | 40.085         |
| Frauen  | 103.463          | -7.173                   | 14.882         |
| AusländerInnen                                    | 44.589           | -4.811                   | 11.924         |
| InländerInnen                                     | 195.188          | -13.652                  | 43.043         |
| Jugendliche (bis unter 19)                        | 8.566            | -1.262                   | 1.756          |
| Jugendliche (19 bis unter 25)                     | 31.363           | -3.110                   | 9.240          |
| Ältere (50 bis unter 55)                          | 25.035           | -1.839                   | 5.467          |
| Ältere (55 bis unter 60)                          | 18.100           | -1.087                   | 2.567          |
| <b>Ältere (über 60)</b>                           | <b>4928</b>      | <b>-92</b>               | <b>483</b>     |
| Arbeitslosenquote                                 | 6,6              | -0,5                     | 1,5            |
| Offene Stellen                                    | 27.839           | 399                      | -14.647        |
| Lehrstellensuchende                               | 4.384            | -101                     | 529            |
| Offene Lehrstellen                                | 2.971            | -165                     | -520           |
| Geringfügige Beschäftigung*                       | 286.625          | -3.954                   | 6.248          |
| Männer  | 97.187           | -1.896                   | 5.393          |
| Frauen  | 189.438          | -2.058                   | 855            |
| ArbeiterInnen                                     | 161.802          | -2.753                   | 2.623          |
| Angestellte                                       | 124.823          | -1.201                   | 3.625          |

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

**Datenquellen:** EUROSTAT, Ird, Monat.  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.  
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar**

# Korruptionsgefährdet

*Erstmals in der EU-Geschichte wurden einem Mitglied Fördermittel gestrichen. Gründe: Korruption und Verstrickung von Politik und organisiertem Verbrechen.*

Autorin: Dr. Barbara Lavaud

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit GPA-djp

**E**ine Bilanz namhafter Südosteuropa-ExpertInnen im April in Wien zum Thema »Bulgarien 20 Jahre nach der Wende« fiel recht düster aus: Laut einer aktuellen Studie konnten nur 15 Prozent der Befragten in dem Balkanland eine Verbesserung ihres Lebens erkennen.

»Die junge Generation ist viel zu schnell im Westen angekommen. Wir haben die Ellbogentechnik exportiert«, stellt der frühere Koordinator des **Südosteuropa-Stabilitätspaktes** Erhard Busek fest. Um die Parteienlandschaft zu stabilisieren, müsste die Mittelschicht in dem Land weit mehr ausmachen als jetzt – nicht einmal ein Sechstel der Bevölkerung Bulgariens gehört zum Mittelstand. Vor allem das Thema Korruption, mit dem Bulgarien seit geraumer Zeit in der EU für Schlagzeilen sorgt, blieb bei der ExpertInnen-Tagung nicht ausgespart. »Bei uns ist das schon System«, klagte ein bulgarischer Politikwissenschaftler, als er vom Interesse ökonomischer Gruppen sprach, die »kein Interesse an einem europäischen Rechtsstaat haben«. Erhard Busek gab offen zu: »Bulgarien und Rumänien waren auf den EU-Beitritt nicht vorbereitet.« Er nahm dabei auch die alten EU-Länder in die Pflicht, die »Markt, aber nicht soziale Marktwirtschaft exportiert« hätten.

Auch den Stabilitätspakt, der 2008 durch den Regionalen Kooperationsrat für Südosteuropa (SEECP) abgelöst wurde,

nahm dessen einstiger Sonderkoordinator von der Kritik nicht aus: Viel zu wenig sei in Ausbildung und Verwaltungstraining investiert worden, Mittel im Mediensektor politisch vergeben worden.

## Weiterführung der Reformen

Bulgarien ist zusammen mit Rumänien am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten. Brüssel fordert jedoch die Weiterführung begonnener Reformen: Auch nach dem Beitritt stehen die neuen Mitglieder unter verstärkter Beobachtung. Alle sechs Monate müssen sie in Brüssel über ihre Fortschritte berichten. Insbesondere der Kampf gegen die Korruption steht im Vordergrund.

Zur wirksameren Korruptionsbekämpfung will Bulgarien nun in verschiedenen Ministerien EU-ExpertInnen auf Schlüsselpositionen einsetzen. Die bulgarische Regierung wolle auf diese Weise möglichst schnell die »besten Praktiken der EU« umsetzen.

Doch auch das Justizsystem lässt noch immer zu wünschen übrig. Bulgarien sei weiter den Nachweis schuldig, dass seine Justiz »in der Lage ist, Korruption und organisiertes Verbrechen aufzudecken«, schrieb die EU-Kommission in einem im Februar dieses Jahres veröffentlichten Bericht.

Wegen Verdachts auf Unterschlagung von EU-Fördermitteln hatte die EU-Kommission bereits im vergangenen Jahr Subventionen in Höhe von fast 500 Mio. Euro für Bulgarien auf Eis gelegt.

Damit hat erstmals in der Geschichte der Europäischen Union ein Mitgliedstaat wegen grassierender Korruption Förder-

## BUCHTIPP

**Ilija Trojanow**  
**Die fingierte Revolution.**  
Bulgarien, eine exemplarische Geschichte.

dtv, 2006, 251 Seiten,  
€ 12,90,  
ISBN 3-423-34373-7



### Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

gelder in Millionenhöhe eingebüßt. Bulgarien werden 220 Mio. Euro endgültig gestrichen. Weitere 340 Millionen Euro blieben eingefroren. Das Land habe bislang keine ausreichenden Garantien gegeben, dass das Geld für die vorgesehenen Projekte verwendet werde. »Es ist wichtig, dass wir die Interessen der europäischen Steuerzahler im Auge behalten«, ließ die EU-Kommission verlautbaren: »So etwas hat es noch nie gegeben.«

## Korruption steigt

Transparency International teilte bei der Vorlage des Korruptionswahrnehmungsindex 2008 mit, dass auch in dem neuen EU-Land Bulgarien die Bestechlichkeit im öffentlichen Sektor gestiegen sei. Dieser jährlich erstellte Korruptionswahrnehmungsindex basiert auf der Auswertung von verschiedenen Expertisen, etwa der Weltbank und der Bertelsmann-Stiftung. Darin werden derzeit 180 Staaten mit



**Wegen Verdachts auf Unterschlagung von EU-Fördermitteln hatte die EU-Kommission bereits im vergangenen Jahr Subventionen in Höhe von fast 500 Mio. Euro für Bulgarien auf Eis gelegt.**

einem Punktwert zwischen 0 (als extrem korrupt) und 10 (frei von Korruption) bewertet. Spitzenreiter Dänemark hat 2008 die Note 9,3 erhalten, Schlusslicht Somalia 1,0.

Bulgarien ist im Korruptionsindex tief abgerutscht und erhält mit einer 3,6 einen Wert wie zuletzt im Jahr 2000 (3,5). Weltweit ist Bulgarien auf Platz 72, unter den Mitgliedstaaten der EU ist es das Schlusslicht. Die Note bedeutet, dass Bulgarien nun nicht mehr als »korruptionsgefährdet«, sondern als »stark korruptionsgefährdet« eingestuft wird.

### **Organisierte Kriminalität**

Eng verknüpft mit der extremen Korruption sind in Bulgarien auch Bandenkriege und organisierte Kriminalität. Die bulgarische Regierung bekräftigt zwar immer wieder ihren politischen Willen, die staatlichen Institutionen im Kampf gegen Bestechung und organisierte Kriminalität zu mobilisieren, die Erfolge lassen aber auf sich warten. Seit 2001 gab es in Bulgarien mehr als 150 Bandenmorde. Bisher wurde kein Täter verurteilt.

Ein anderer Faktor politischer Instabilität und Korruption ist der massenhafte Kauf von Wählerstimmen. Laut Experten wurden bei der EU-Wahl im Juni Stimmen für sechs Milo. Euro gekauft. Das Geld komme aus schwarzen Kassen, eine Wählerstimme koste dem Auftraggeber etwa 100 Lewa (51 Euro). Von diesem Geld erhalte der Wähler rund die Hälfte. Der Rest gehe an die Vermittler.

Immerhin versuchen die Behörden nun dem Betrug mit den EU-Förderungen nachzugehen. Die Justiz hat erst kürzlich

hunderte von Ermittlungsverfahren wegen Erschleichung von EU-Zuschüssen durch bulgarische Landwirte eingeleitet. Ein Teil der Bauern steht im Verdacht, übertriebene Angaben über die Größe ihrer genutzten Flächen gemacht zu haben, um mehr Beihilfen zu bekommen.

Außerdem wurden 150 Ermittlungen wegen Unregelmäßigkeiten und Betrugs im Zusammenhang mit dem Landwirtschafts-Hilfsprogramm der EU (SAPARD) eingeleitet, mit dem der bulgarische Agrarsektor zuvor auf den EU-Beitritt des Landes vorbereitet werden sollte.

Mittlerweile kam es auch zu einigen politischen Rücktritten und Skandalen rund ums Innenministerium: Bulgariens Vize-Innenminister ist nach Medienberichten, wonach er in einen Korruptionsfall verstrickt sein soll, im Juni zurückgetreten. Er soll als Vermittler zwischen einem Unternehmer und einem hohen Beamten der Agentur für Fischerei und Aquakulturen agiert haben. Erst Ende Mai wurde sein Vorgänger entlassen. Und im Vorjahr musste der Innenminister unter dem Druck von Korruptionsvorwürfen und mutmaßlichen Kontakten zur bulgarischen Unterwelt den Chefsessel räumen. Auch einer seiner engsten Mitarbeiter, der bulgarische Polizeichef, trat damals zurück.

### **Bemühungen**

Trotz solcher beunruhigender Vorfälle hat die Europäische Union einen Teil der Millionen-Hilfen für Bulgarien wieder freigegeben. Die Kommission entspernte eine Tranche von 115 Millionen Euro, die vor allem für den Autobahnbau bestimmt ist. Der Großteil der Finanzhilfen in Höhe

### **W E B L I N K S**

Wikipedia über Bulgarien:  
[de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien](https://de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien)

von 465 Millionen Euro liegt allerdings weiter auf Eis und die Freigabe der Gelder fand im Europaparlament keine ungeteilte Zustimmung.

Kurz vor den Parlamentswahlen im Juli hat das Gericht in Sofia den früheren Chef des Heizwerks der bulgarischen Hauptstadt wegen Veruntreuung von fast sechs Millionen Lewa (drei Millionen Euro) schuldig gesprochen. Er wurde zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt. Dieser Prozess gilt als symbolträchtig für das Vorgehen gegen die Korruption.

Bleibt zu hoffen, dass auch nach den Wahlen der Eifer nicht nachlässt. Denn, wie es ein Vertreter des europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) recht nüchtern ausdrückt, kam man in Brüssel zu dem Schluss, »dass es trotz der Bemühungen, die notwendigen Institutionen aufzubauen und die vorgeschriebenen Verfahren und Prozesse einzuführen, nur wenige Belege dafür gibt, dass das System tatsächlich ordnungsgemäß funktioniert.«

### **K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Krise des Nordens

*Im Gegensatz zu früheren Krisen, so wird behauptet, ist die momentane Wirtschaftskrise eine Krise des Nordens. Der Süden sei besser vorbereitet.*

Autorin: Mag. Ruth Bauer

Freie Journalistin

**F**rühere Krisen, wie in den Jahren 1982 und 1998, waren stark durch die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer geprägt. Seither wurden verschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Entwicklungsländer von Weltbank und IWF gesetzt. Die Maßnahmen waren jedoch teilweise kurzfristig und für die Armutsbekämpfung nur wenig hilfreich.

## Übertragung in den Süden

Wenn es sich nun aber um eine Krise des Nordens handelt, warum sind dann die Länder des Südens so stark betroffen? Die Situation ist verständlicherweise sehr komplex und wird oftmals von IWF und Weltbank zu optimistisch dargestellt. Tatsächlich ist es jedoch so, dass die Krise im Norden bedeutet, dass die Entwicklungsländer keine Märkte mehr für ihre Rohstoffe und Exportgüter finden bzw. sich mit Dumpingpreisen begnügen müssen. Zum Beispiel profitierte Somalia bis zum Jahr 2005 vom Kupferpreis-Boom. Seither gingen die Preise rapide zurück, eine Katastrophe für das Land, das zu einem hohen Prozentsatz von seinem Kupferexport abhängig ist. Banken sind grundsätzlich risikoscheu. Dadurch verteuern sich Kredite gerade in der Krise beträchtlich. Länder, die wie Ghana oder die Republik Kongo gerade wieder auf dem Kapitalmarkt Fuß gefasst

haben, sind keine sehr sicheren Kreditnehmer. Sie sind nun jedoch durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mehr und mehr wieder darauf angewiesen, bei dubiosen Gläubigern Kredite zu nehmen. Die Schuldenfalle schnappt also wieder zu.

## Weniger InvestorInnen

Problematisch ist außerdem, dass private InvestorInnen weniger und weniger in »südliche« Geldanlagen investieren. Das Institute of Finance in Washington schätzt, dass sich bis zum Jahr 2010 die Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern halbieren werden, was zu großen finanziellen Verlusten für diese Länder führen wird.

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass viele Entwicklungs- und Schwellenländern von Zahlungen ihrer im Ausland lebenden BürgerInnen abhängig sind. Die Geldsendungen der ArbeitsmigrantInnen machen in manchen Ländern an die 20 Prozent des BIP aus. Der Einbruch auf dem europäischen Finanzsektor geht auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einher. Auch ArbeitsmigrantInnen sind davon bereits massiv betroffen, was teilweise schon an den Wirtschaften der betroffenen Länder deutlich wird.

Letztlich wird es auch ab dem Jahr 2009 zu einem Einbruch bei der Entwicklungszusammenarbeit kommen. Die wirtschaftliche Verlangsamung bis hin zur Rezession reduziert auch die Steuereinnahmen, wodurch sich die in die Entwicklungsländer fließenden Gelder stark reduzieren werden.

## INFO & NEWS

### Beispiele für den positiven Effekt von Entschuldung:

- In Mosambik konnten die Ausgaben für die Armutsbekämpfung zwischen 1999 und 2006 mehr als verdoppelt werden. Ursache dafür waren Gelder, die aus Schuldenerlassen stammten.
- In Tansania hat die Regierung nach der Entschuldung die Grundschulgebühren abgeschafft. Danach stieg die Einschulungsquote von 57% (2000) auf 95% (2005) an.
- 500 000 Kinder konnten in Mosambik geimpft werden, nach dem freiwerdende Gelder aus dem Schuldenerlass in den Kauf von Medizin investiert wurden.

Quellen:

[www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de) Schuldenreport 2009

United Nations University »The Financial Crisis of 2008 and the Developing Countries«

Für verschuldete oder von der Verschuldung bedrohte Länder wird sich die Situation weiter verschärfen. Der Schuldenerlass, der bei einigen Ländern vorgenommen wurde, hat die Länder nicht so weit entlastet, wie es hätte sein müssen.

## Demnächst zahlungsunfähig

Andere Länder sind auf leichtfertige Weise, durch zu große Entwicklungsanstrengungen oder auch durch zu starkes Ver-

**Oftmals machen die Forderungen solcher Geierfonds nämlich große Teile – sogar bis zur Hälfte, wie das Beispiel Liberia zeigt – des BIP aus.**



trauen in die Konjunktur erneut dazu verleitet worden, als Kreditnehmer aufzutreten. Die Organisation erlassjahr.de hat eine Liste von Ländern veröffentlicht, die in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich zahlungsunfähig sein werden: dazu gehören Benin, Burundi, Gambia, Liberia, Mosambik, Niger und San Tomé & Príncipe. Eine Reihe weiterer Länder, ist beinahe ebenso gefährdet. In der Krise könnte sich diese Situation weiter verschärfen, denn zur Krisenbekämpfung werden wiederum Kredite vergeben. Dabei handelt es sich keineswegs um Umverteilungsmaßnahmen, Entwicklungszusammenarbeit oder armutsbekämpfende Maßnahmen. Vielmehr verfolgen die reichen Industrieländer eigene wirtschaftliche Interessen und sind darauf bedacht, dass es zu sicheren Rückflüssen, also Zinsen und Rückzahlung des Geldes kommt.

### **Neue Kredite – neue Probleme**

Da traditionelle Geldgeber teilweise ausfallen, treten neue Geldgeber auf den Plan: China investierte in den vergangenen Jahren intensiv in Afrika: Die DR Kongo, ebenso wie Djibouti und Ghana bereiten derzeit eine große Kreditaufnahme bei China vor. Solche Kredite sind allerdings nicht im Interesse der europäischen und US-amerikanischen Geldgeber, weil diesen Ländern in der Vergangenheit Schulden erlassen wurden. Man versucht daher als »Abschreckungsmanöver« bestehende Kreditbedingungen zu verschärfen. Diese teilweise rigorosen Maßnahmen hindern die Länder jedoch nicht an der Kreditaufnahme, sondern

zwingen sie erst recht dazu, sich auf Kreditgeschäfte mit China oder Indien einzulassen.

### **Zu wenig Geld für Armutsbekämpfung**

Ein großes Problem der derzeitigen Methode des Schuldenerlasses ist, dass IWF und Weltbank so wenig wie möglich belastet werden wollen. Wem geholfen werden soll, das entscheiden nicht unabhängige internationale Gremien, sondern IWF und Weltbank selbst – sie sind also Gutachter in eigener Sache. Die Gelder, die den Ländern erlassen werden, reduzieren gleichzeitig die Entwicklungshilfe. Die Schuldner zahlen die Schulden also ohnehin wieder selbst und verfügen über keine zusätzlichen Geldmittel – ein Nullsummenspiel.

Als Ausweg schlägt erlassjahr.de ein faires und transparentes Schiedsverfahren vor. Dieses müsste, ebenso wie ein nationalstaatliches Insolvenzverfahren, allen Ländern offen stehen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sobald das Verfahren eingeleitet wäre, müsste es automatisch zu einem Zahlungsstopp kommen, sodass nicht einige Gläubiger auf Forderungen verzichten und andere sich an den frei werdenden Finanzmitteln bereichern.

Es würde dadurch auch den so genannten Geierfonds ein Riegel vorgeschoben, die sich dadurch auszeichnen, die Schulden von Entwicklungsländern zu »kaufen« und rigoros einzutreiben. Oftmals machen die Forderungen solcher Geierfonds nämlich große Teile – sogar bis zur Hälfte, wie das Beispiel Liberia zeigt – des BIP aus. Liberia ist

## **W E B L I N K S**

Entwicklung braucht Entschuldung:  
[www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

derzeit mit mehr als zehn Verfahren mit Geierfonds konfrontiert. Die von Gerichten zugewilligte Entschädigungssumme beträgt 49 Prozent des BIP!

In jedem Fall müsste eine neutrale Instanz die Entscheidungen über den Schuldenerlass treffen. Bisher ist das nicht der Fall – eine Situation, die in jedem Rechtsstaat untragbar wäre.

### **Verantwortungsvolle Kreditvergabe**

Beim Beschluss darüber, welche Kredite erlassen werden, sollten Kredite, die sinnvollen Entwicklungsprojekten zugute kamen bevorzugt werden gegenüber Diktatorschulden oder Krediten, die ohne Risikoprüfung vergeben und Mensch und Umwelt geschadet haben.

Dadurch würden vielleicht auch Kreditgeber in Zukunft im Sinne einer verantwortungsvollen Kreditvergabe diszipliniert.

## **K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[ruth.bauer@gmx.net](mailto:ruth.bauer@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Noch Hoffnungsträger?

*Nach der finsternen Ära Bush wurde sein Nachfolger Obama fast überall auf der Welt gefeiert und mit Vorschusslorbeeren überhäuft. Eine erste Bilanz.*

*AutorIn: Mag. Martin Bolkovac,  
Mag. Lucia Bauer*

*GPA-djp, Grundlagenabteilung  
GPA-djp, Büro des Vorsitzenden*

**F**alke Obama – härter als Bush?« titelte ein Artikel des deutschen Nachrichtenmagazins »Der Spiegel«. Und das »This magazine«, eine Zeitschrift des nördlichen Nachbarn der USA, Kanada, setzte dem noch eines drauf und forderte seine LeserInnen auf: »Just say no to Obama!«

Stein des Anstoßes war in beiden Fällen die massive Aufrüstung von US- und ausländischen Truppen in Afghanistan. Für einen Krieg, der nach Aussagen vieler ExpertInnen nicht zu gewinnen sein wird, forderte Obama Verbündete wie Deutschland oder Kanada offen zu mehr Engagement auf. Die vom Westen gestützte Regierung von Präsident **Karzai** ist unpopulär, die Taliban-Milizen nehmen immer größere Teile des Landes ein. »Mit Feuer und Schwert schafft man keine neuen Demokraten, sondern neue Taliban-Kämpfer«, schlussfolgert der Spiegel.

## Streitpunkt Guantanamo

Kritik kommt auch von der Menschenrechtsorganisation Amnesty international. Diese kritisiert, dass die Regierung Obama, obwohl versprochen, die weltweit kritisierten Foltergefängnisse nicht

schließt und auch die dort tätigen US-MitarbeiterInnen nicht unter Anklage stellt. Obama hatte die von der Bush-Regierung erlaubten zweifelhaften Verhörmethoden kürzlich verboten. Zugleich sicherte er CIA-Mitarbeitern für mögliche Rechtsverstöße bei Verhören jedoch Straffreiheit zu. Auch bei der Abschaffung besonders brutaler Folterpraktiken muss die berechtigte Frage gestellt werden, wie streng das in den auf dem Boden von Drittweltstaaten befindlichen Gefängnissen kontrolliert wird.

Besonders stark emotional behaftet ist die Schließung des berüchtigten Gefängnisses Guantanamo auf Kuba. Immerhin war das eine jener Botschaften im Wahlkampf, die auch viele EuropäerInnen für Obama begeisterte. Nun droht die Schließung von Guantanamo am Widerstand des US-Senats zu scheitern, der weder die notwendigen Finanzmittel genehmigt, noch die Unterbringung der Gefangenen auf dem Gebiet der USA erlauben will. Auch einige demokratische Abgeordnete stehen in dieser Frage auf Seite der RepublikanerInnen. Daher kann Obama im Kongress keine Mehrheit bekommen und sein Plan B, die 230 Gefangenen auf andere Gefängnisse im Ausland zu verteilen, war bisher nur von mäßigem Erfolg gekrönt.

Besonders hohe Erwartungen an den neuen Präsidenten hatten die Gewerkschaften. Schließlich haben die amerikanischen Gewerkschaften für die Wahl von Obama geworben. Entsprechend groß war auch ihre Freude über den Wahlsieg. Die einflussreiche US-Gewerkschaft Teamsters sprach von »einem neuen Tag« für die ArbeiterInnen: »End-

lich haben wir ein Weißes Haus, das mit uns zusammenarbeiten will.« Obama dankte es ihnen gleich zu Beginn seiner Amtszeit mit einem Dekret, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen verbietet, welche die Bildung von ArbeitnehmerInnenvertretungen in ihrem Betrieb behindern. Eine weitere Anweisung des Präsidenten verpflichtet Unternehmen mit Staatsaufträgen, ihre Angestellten über die grundsätzlichen Rechte von ArbeitnehmerInnen zu informieren. Beides sind wichtige Verbesserungen in einem grundsätzlich eher gewerkschaftsfeindlichen Umfeld wie den USA.

## Verbitterte GewerkschafterInnen

Eher gemischte Gefühle gegenüber Obama hat derzeit wohl die US-Autoarbeiter-Gewerkschaft, die United American Workers (UAW). Im Wahlkampf hatte Obama noch von den hoch bezahlten Arbeitsplätzen in der Autoindustrie gesprochen und wie wichtig diese für das Land seien. In den Verhandlungen rund um die Pleite von Generalmotors sprach Obama von der Notwendigkeit der ArbeiterInnen Opfer zu bringen und zwang die Gewerkschaft nun zu wesentlichen Zugeständnissen. »Ich bin darüber sehr verbittert. Wir haben viel von dem aufgegeben, was wir uns erkämpft haben«, sagt ein UAW-Gewerkschafter. Zwar ist es Obama so gelungen, die sofortige Liquidation von General Motors abzuwenden. Dennoch sollen 21.000 der 56.000 GM-Jobs gestrichen werden.

Auch in der Gesundheitspolitik ist nicht alles eitel Sonnenschein. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat Obama Mil-



**Verbesserungen hat Obama nun auch für College-StudentInnen angekündigt. Wegen der hohen Studiengebühren werden die meisten College-Ausbildungen über Kredite finanziert.**

lionen von amerikanischen Kindern zum ersten Mal mit einer staatlichen Krankenversicherung versorgt. Allerdings bleiben über 40 Millionen Menschen in den USA nach wie vor ohne Versicherungsschutz. Obama hat sich von seiner ehemaligen Kontrahentin um das höchste Amt im Staate, Hillary Clinton, bereits in der Frage der Gesundheitspolitik distanziert.

Während Clinton eine Befürworterin einer allgemeinen Krankenversicherungspflicht ist, will Obama weder etwas von Versicherungspflicht, noch von Pflichtversicherung wissen. Stattdessen verlangt er Einsparungen im Gesundheitsbereich in der Höhe von zwei Billionen Dollar innerhalb der nächsten 10 Jahre.

Nachdem die mächtige Pharmaindustrie sich von ihren Preismonopolen wahrscheinlich nicht sehr viel nehmen lassen wird, bleibt als Hauptsparposten der Spitalsbereich. Wenn nun die Subventionierungen ausgerechnet für jene Spitäler gestrichen werden, die für die Behandlung von **Medicaid- und Medicare**patientInnen aufkommen, sind Leistungskürzungen für die unter diesen Systemen erfassten SozialhilfeempfängerInnen und PensionistInnen zu befürchten.

### Teure Konjunkturprogramme

Obamas erste 100 Tage waren insgesamt die teuersten der US-amerikanischen Nachkriegsgeschichte. Riesige Konjunkturprogramme und Bankenpakete in Milliardenhöhe verschlangen schon in wenigen Monaten das Budget der Re-

gierung Obama. Dabei dürfen die Bankboni trotz staatlicher Finanzierung wieder so hoch ausfallen wie vor der Krise. Das Budgetloch lässt befürchten, dass auch für andere sozialpolitische Vorhaben, wie den Pensions- oder Bildungsbereich, kein Geld da ist.

### Viele Versprechen

Im Wahlkampf hatte Obama versprochen, die Steuern für 95 Prozent der Bevölkerung zu senken.

Nun zeichnet sich ein Kurswechsel ab. Zur Finanzierung der Gesundheitsreform schlagen die DemokratInnen im Repräsentantenhaus eine »Reichensteuer« vor. Wer mehr als 1 Million Dollar verdient soll 5,4 Prozent mehr Einkommenssteuer bezahlen. Paare, die mehr als 350.000 Dollar zur Verfügung haben 1,5 Prozent mehr. Obama hat angekündigt diese Vorschläge zu unterstützen. 544 Milliarden Dollar an Einnahmen soll das in 10 Jahren bringen.

Verbesserungen hat Obama nun auch für College-StudentInnen angekündigt. Wegen der hohen Studiengebühren werden die meisten College-Ausbildungen über Kredite finanziert. In den USA rechnet man damit, dass zwischen 2001 und 2010 der Collegebesuch für etwa zwei Millionen junger AmerikanerInnen unerschwinglich bleiben wird. Das soll sich nun ändern. Kredite zur Bezahlung der Studiengebühren sollen wesentlich günstiger werden und statt privaten Kreditinstituten soll der Staat eine größere Rolle spielen. Ähnlich wie bei der Schließung von Guantanamo muss Obama aber auch vor seinen Reformen im Bil-

### W E B L I N K S

Barack Obama bei Wikipedia:  
[de.wikipedia.org/wiki/Barack\\_Obama](http://de.wikipedia.org/wiki/Barack_Obama)

dungsbereich erst die Widerstände in den Reihen der DemokratInnen überwinden.

### Resümee

Mit vielen Versprechen ist Obama in den Wahlkampf gegangen und hat weltweit Hoffnungen auf einen Neubeginn geweckt. Inzwischen macht sich eine erste Ernüchterung breit.

Die Wirtschaftskrise aber auch die amerikanische politische Realität haben Obama eingeholt und erschweren ihm die Umsetzung seiner hochgesteckten Ziele. Wenn sich die VerfechterInnen einer Steuererhöhung für Reiche durchsetzen können, so könnte das Obama langfristig mehr Spielraum für sozialpolitische Reformen (vor allem im Gesundheitsbereich) bringen. Leicht wird es trotzdem nicht, denn die RepublikanerInnen haben bereits Widerstand angekündigt.

### K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[lucia.bauer@gpa-djp.at](mailto:lucia.bauer@gpa-djp.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Abakus:** antikes Rechenhilfsmittel in Form eines Rechenbretts oder eines Zählrahmens, bei dem verschiebbare Perlen in mehreren Reihen auf Stäben angeordnet waren. Damit ließen sich sowohl die Grundrechenarten durchführen als auch Quadrat- und Kubikwurzeln ziehen. (Seite 22)

**Allokation:** Zuteilung von beschränkten Ressourcen (finanzielle Mittel, Arbeitskräfte, Material); Zuordnung von Risiken. (Seite 14)

**Amtshilfeabkommen:** Abkommen zwischen zwei Staaten, mit dem die gegenseitige Unterstützung von z.B. Steuer- und Justizbehörden geregelt ist. (Seite 15)

**Antillen:** Teil der Westindischen Inseln, wobei Kuba, Jamaika, Puerto Rico und Hispaniola (Haiti und Dominikanische Republik) die Großen Antillen bilden. Die östlich davon gelegenen Kleinen Antillen reichen von den Jungferninseln bis zur Küste Venezuelas. (Seite 14)

**Auersperg:** österreichisches Adelsgeschlecht, dessen Angehörige vor allem im 16. und 17. Jahrhundert als Feldherren und Staatsmänner großen Einfluss hatte. Bis heute bekannt ist allerdings Anton Alexander Graf von Auersperg (1806–1876; Pseudonym: Anastasius Grün). Er war ein bedeutender Lyriker und liberaler Politiker während des Vormärz. (Seite 32)

**Cayman Islands:** Inselgruppe in der Karibik; die Hauptstadt George Town zählt – wegen der dort herrschenden Steuerfreiheit – zu den größten Finanzplätzen der Welt. Die Staatsausgaben der Kaimaninseln werden über Verwaltungsgebühren und eine Zollabgabe von 20 Prozent auf alle Importgüter finanziert. (Seite 14)

**Czernin von Chudenitz:** böhmisches Adelsgeschlecht, deren Familienchronik bis ins 12. Jahrhundert zurückreicht. Ein bekannter Vertreter der Familie war der Journalist und Verleger Hubertus Czernin (1956–2006), der unter anderem maßgeblich an der Aufdeckung der Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims beteiligt war. (Seite 32)

**Downsizing:** Verkleinern eines Unternehmens (Seite 34)

**Drainage** (frz.; sprich: drenasch): Trockenlegung, Ableitung von Flüssigkeiten (Seite 22)

**Getty, John Paul, II.:** britisch-amerikanischer Milliardär und Philanthrop (1932–2003), führte nur kurz den Familienbetrieb Getty Oil, danach ein ausschweifendes Leben und spendete später insgesamt mehr als 80 Millionen Dollar für wohltätige Zwecke. (Seite 12)

**Gini-Koeffizient:** auch Gini-Index: Statistisches Maß, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelt wurde, um Ungleichverteilung punkto Vermögen und Einkommen darzustellen. Je höher der Gini-Index (zwischen 0 und 1), desto größer die Ungleichheit. (Seite 13)

**Harmful Tax Competition:** An Emerging Global Issue: Übersetzt: Schädlicher Steuer-Wettbewerb: Ein weltweit zunehmendes Problem (Seite 14)

**Jersey:** größte der im Ärmelkanal gelegenen Kanalinseln. Diese sind als Kronbesitz direkt der britischen Krone unterstellt und nicht in der EU. Es verfügt über eigene Gesetze und einen Höchststeuersatz von nur 20 Prozent. Durch den Einfluss des Golfstroms ist das Klima dort ganzjährig mild. (Seite 14)

**Karzai, Hamid:** afghanischer Politiker, geb. 1957; stammt aus vornehmer Familie, unterstützte mit einem Teil seines Vermögens die Mudschaheddin gegen die sowjetische Intervention. 1992–1994 Vize-Außenminister, später unterstützte Karzai zuerst die Taliban, wandte sich dann aber gegen sie. Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 kooperierte er mit den USA, um das Taliban-Regime zu stürzen. Anfang Dezember 2001 wurde Karzai auf Druck des Westens und der UNO zum Präsidenten der Übergangsregierung ernannt. (Seite 44)

**konzentriert:** aufeinander abgestimmt, gemeinsam (Seite 31)

**Lehman Brothers:** 1850 von drei emigrierten deutschen Juden in Alabama gegründete Investmentbank. Nach dem Bürgerkrieg verlegten Henry, Emmanuel und Maier Lehman ihre Geschäfte nach New York. Im Zuge der Subprime-Krise musste die Bank mehr als drei Milliarden Dollar abschreiben. Im Herbst 2008 schließlich meldete Lehman Brothers nach mehreren Rettungs- und Verkaufsversuchen Insolvenz an. Die Regierung, die davor schon drei große Banken gestützt hatte, hat Lehman dann keine Unterstützung mehr gewährt. (Seite 9)

**Leveraging** (engl.; sprich: leveredsching): Finanzierungsvorgang, bei dem Eigenkapital durch Fremdkapital unterstützt wird. (Seite 24)

**martialisch:** kriegerisch, verwegen (Seite 34)

**McCreevy, Charlie:** liberal-demokratischer irischer Politiker, geb. 1949; seit Ende 2004 EU-Kommissar für den Binnenmarkt und den Dienstleistungssektor. (Seite 25)

**Medicaid:** Krankenversicherungssystem der USA, dessen Zielgruppe Personen mit geringem Einkommen, Kinder, ältere Menschen und Behinderte sind, Medicaid entstand 1965 im Rahmen des Social Security Act. (Seite 45)

**Medicare:** richtet sich eher an Menschen über 65, hier gibt es im Unterschied zum Wohlfahrtsprogramm Medicaid sehr wohl Beiträge, Selbstbehalte u. ä. (Seite 45)

**Mergers & Acquisitions:** Sammelbegriff für Unternehmenstransaktionen, bei denen sich Gesellschaften zusammenschließen oder den Eigentümer wechseln. (Seite 34)

**Mesopotamien:** Bezeichnung für das Zwischenstromland zwischen Euphrat und Tigris, in dem die

Reiche bzw. Stadtstaaten der Assyrer, Babylonier, Aramäer und Sumerer lagen. Erste Siedlungen dürften ca. 10.000 v. Chr. dort entstanden sein. Heute befinden sich dort der Irak sowie Teile Syriens und der Türkei. (Seite 23)

**Realkapital:** Gesamtheit des Bestands an Sachgütern, z.B. Maschinen in einem Unternehmen oder in einer Volkswirtschaft. (Seite 10)

**Säkularisierung:** Loslösung eines Einzelnen oder einer gesellschaftlichen Gruppe aus den Bindungen der Kirche. (Seite 23)

**Schwarzenberg:** seit dem 10. Jahrhundert bekanntes böhmisch-fränkisches Adelsgeschlecht; seit 1979 ist Karl zu Schwarzenberg (geb. 1937) das Oberhaupt des Hauses Schwarzenberg. Er war von 2007–2009 Außenminister der Tschechischen Republik. (Seite 32)

**Simmel, Georg:** deutscher Philosoph und Soziologe (1858–1918), seine Vorlesungen über Ethik, Logik, Sozialpsychologie etc. waren durch seinen faszinierenden Vortragsstil derart populär, dass sie in den Zeitungen angekündigt wurden, und Simmels Ideen beeinflussten Künstler wie Kurt Tucholsky. Dass das Geld immer mehr zum Gott des modernen Menschen werde, war eine seiner zentralen Aussagen. Hauptwerk: Die Philosophie des Geldes. (Seite 34)

**Sozietät:** menschliche Gemeinschaft, Verband, Gruppe (Seite 22)

**Subprime Krise:** US-Immobilienkrise, die bereits im Frühjahr 2007 begann und die derzeitige Wirtschaftskrise einleitete. Die Überwertung von Geldanlagen (insbesondere Immobilien) hatte davor zu erhöhtem Konsum und gleichzeitig zu erhöhten Investitionen und Überproduktion geführt. (Seite 15)

**Südosteuropa-Stabilitätspakt:** Instrument der internationalen Gemeinschaft, das vor allem nach dem Ende der NATO-Intervention in Serbien 1999 ein umfassendes Herangehen an die Probleme Südosteuropas ermöglichen sollte. 2008 wurde der Stabilitätspakt durch den Regionalen Kooperationsrat für Südosteuropa (SEECP) abgelöst. Damit zeigten die betroffenen Staaten, dass ihnen Zusammenarbeit und positive Veränderungen (u. a. auch das Erfüllen der EU-Beitrittskriterien) ein Anliegen sind. (Seite 40)

**Trust:** Zusammenschluss mehrerer Unternehmen unter einer Leitung. Ziel dabei ist, den Wettbewerb auszuschalten. (Seite 15)

**World Wealth Report:** jährliche Erhebung, die von der US-Investmentbank Merrill Lynch und der Pariser Unternehmensberatung Capgemini erstellt wird. Als Millionäre gelten Personen mit einem Finanzvermögen von mehr als einer Million in der jeweiligen Landeswährung, ohne Berücksichtigung von selbst genutzten Immobilien. US-Dollar-Millionäre werden im World Wealth Report als High Net Worth Individuals (HNWI) bezeichnet. (Seite 12)



Robert Hauser  
Gerhard Höbart  
Peter Hoffmann  
Helga Hons  
Roland Lang  
Heinz Leitsmüller  
Willi Mernyi  
Gernot Mitter  
Ruth Naderer  
Johann Ofner  
René Schindler  
Hannes Schneller

## Unternehmenskrise

**Krisen erkennen.  
Krisen analysieren.  
Krisen bewältigen.**

300 Seiten, € 19,90  
ISBN 978-3-7035-1385-5

## Unternehmenskrise

**Krisen erkennen.  
Krisen analysieren.  
Krisen bewältigen.**

Die weltweite Wirtschaftskrise hat in vielen Unternehmen Auftragseinbrüche und Produktionsrückgänge zur Folge. BetriebsrätInnen stehen als Verhandlungspartner der ArbeitgeberInnen stark unter Druck.

Das Buch zeigt auf, wie sich drohende Krisen frühzeitig in Bilanzen erkennen lassen und welche Informationsrechte über die wirtschaftliche Lage eines Betriebes den BetriebsrätInnen auf Grund der gesetzlichen Lage zustehen.

Die Sorge um die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens belastet alle Beteiligten. Wie eine derartige Situation BetriebsrätInnen mit Management und MitarbeiterInnen kommunizieren, wie BetriebsrätInnen psychischen und körperlichen Stress bewältigen, und wann aktionistische Maßnahmen in Betracht zu ziehen sind, das alles finden Sie in diesem Werk.

Nicht außer Acht gelassen wird die Frage, wann eine Lastenverteilung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen fair ist und wann die Krise nur dazu benutzt wird, um die Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen langfristig zu verschlechtern.

Neben einem umfassenden Überblick von Krisenfrüherkennung bis zur Krisenbewältigung finden sich im Buch noch Checklisten, Tipps, Literaturhinweise und AnsprechpartnerInnen in ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammern.

*Inklusive Arbeitsmarktpaket Juni 2009.*

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

### BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung  
oder direkt bei der ...

## Bestellung:

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
per Fax: 01/405 49 98-136

### Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

**Ja**, ich bestelle \_\_\_\_ Exemplar/e von **Unternehmenskrise**

€ 19,90

|                     |     |           |
|---------------------|-----|-----------|
| Name                |     |           |
| Firma/Institution   |     |           |
| PLZ                 | Ort | Anschrift |
| Telefon, E-Mail     |     |           |
| Datum, Unterschrift |     |           |

**Ja**, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.  
Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 7-8/09



Die **Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)**  
hat für dich durchgesetzt:

## **ERHÖHUNG DEINER KOHLE**

1. und 2. Lehrjahr **90 Euro mehr** >> **jetzt 240 Euro**  
3. Lehrjahr **405 Euro mehr** >> **jetzt 555 Euro**

[WWW.OEGJ.AT/JASG](http://WWW.OEGJ.AT/JASG)

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW